

Karl-Heinz Ohlig

## Abschied

---

Es fällt uns nicht leicht, aber es muss sein: Wir werden mit dem vierten Heft dieses Jahres unsere Publikationen beenden.

imprimatur gibt es seit 55 Jahren, eine lange Zeit. Und nicht wenige lesen die von uns veröffentlichten Beiträge gerne und werden unsere Entscheidung bedauern. Zwar sind viele unserer früheren Abonnenten ebenfalls alt geworden, durch Krankheit und Tod aus dem Leserkreis ausgeschieden. Aber wir haben in jüngster Zeit auch viele neue Abonnenten gewonnen, so dass es imprimatur weiterhin geben könnte.

Wir beenden also ein durchaus erfolgreiches Projekt. Aber nicht aus Willkür. Der Kreis der Redakteure ist alt geworden und durch Krankheit und Tod dezimiert. Er kann die Sache nicht mehr weiterführen. Ich bin das letzte noch lebende Gründungsmitglied, auch die noch verbliebenen Redakteure Irmgard und Prof. Dr. Benno Rech sowie Dr. Werner Müller sind fast von Anfang an dabei.

Wir könnten durchaus Nachfolger finden und imprimatur von Jüngeren weiterführen lassen. Aber wir waren von Anfang an der Meinung, die Zeitschrift nicht in andere Hände zu geben. Wer weiß, was daraus würde. So hören wir also auf.

Wir danken unseren Abonnenten und Lesern sowie den Autoren unserer Beiträge für ihr Interesse und Engagement. Die „Nachrichten und kritischen Meinungen aus der Katholischen Kirche“ waren für uns und viele andere wichtig, obwohl unsere Kritik nicht allzu viel an Reformen bewirkt hat. Im synodalen Prozess werden viele Anliegen aufgegriffen, die imprimatur seit vielen Jahren vertritt. Aber es sieht so aus, dass auch dieser Prozess nicht viel erreichen wird.

Es war (und ist) aber dennoch notwendig, kritische Meinungen nicht zu verschweigen, sondern öffentlich zu machen. Sie werden von vielen geteilt, nicht aber von

denen, die Korrekturen durchsetzen könnten.

Wir hoffen trotzdem – gegen alle Hoffnung –, dass es Reformen geben wird, irgendwann, wenn es dann nicht zu spät ist. Wir wünschen Ihnen allen und auch der Kirche, in der Nachfolge Jesu zu verbleiben und somit ein humaneres Leben anzustreben.

Wir nehmen ab 2023 keine Abonnement-Abbuchungen mehr vor. Wer von den Abonnenten einen Dauerauftrag eingerichtet hat, möge ihn bitte stornieren. Wir haben nicht die man-power, um vergessene Überweisungen rückzuerstatten.

\*\*\*

Rudolf Uertz

## Ignaz Döllinger und Lord Acton – ihr Kampf gegen das Unfehlbarkeitsdogma und ihre Kontroversen um die Folgen

---

*Die Katholisch-Theologische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) hat sich schon früh mit ihrem berühmtesten Mitglied, Ignaz von Döllinger (1799–1890) und seinen Arbeiten zur Geschichte des I. Vatikanischen Konzils beschäftigt. Doch erst durch die umfangreichen Editionen von Victor Konzemius' „Briefwechsel: Döllinger–Lord Acton“ wurde deren Zusammenarbeit und die Berichterstattung während des Konzils sowie ihre umfangreiche Korrespondenz in der Folgezeit weiter erhellt.<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> Der vorstehende Beitrag stützt sich auf meinen Artikel Lord Acton, ein Theoretiker der Politik. Rechtfertigung und Missbrauch politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Macht, in: Chr. Böhr/Ph. W. Hildmann/J. Chr. Koecke (Hg.): Glaube, Gewissen, Freiheit, Lord Acton und die religiösen Grundlagen der liberalen Gesellschaft, Wiesbaden 2015. S. 180–197.

## Ignaz Döllinger, der Kirchenhistoriker

Ignaz von Döllinger (\* 28.02.1799 in Bamberg; + 10.01.1890 in München) studierte in Würzburg und Bamberg Kirchengeschichte und Kirchenrecht. Im Zuge der Verlegung der Universität von Landshut nach München 1826 übernahm er dort die Professur für Kirchengeschichte. Döllinger war Mitglied des Bayerischen Landtags (1845 – 47, 1849 – 51); der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 gehörte er als geistlicher Führer des Parlamentskatholizismus an. Mit seinen *Papst-Fabeln des Mittelalters* (1863) legte er seine erste größere Studie zur Papstgeschichte vor. Döllinger war mehrfach Rektor der Universität München. 1873 wurde er Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 1857 hatte Döllinger eine Italienreise unternommen, die ihm die desolaten politischen, kirchlichen und sozialen Zustände im Kirchenstaat vor Augen führte. Mit Sorge nahm er wahr, „dass viele Katholiken aller Ränge den Kirchenstaat als ein Stück Kirche selbst betrachteten“.<sup>2</sup> Im Frühjahr 1861 hielt er im Münchener *Odeon* zwei Vorträge, in denen er die Entbehrlichkeit des Kirchenstaates thematisierte. Kirche und Papsttum habe es schon vor dem Kirchenstaat gegeben, und diese würden als „göttliche Stiftung auch bestehen, wenn der Kirchenstaat einmal verlorengehen sollte“. Auf der Gelehrtenversammlung im Herbst 1863 in München hielt er das Eröffnungsreferat zum Thema „Über Vergangenheit und Gegenwart der katholischen Theologie“.<sup>3</sup> Er forderte für den Theologen „dort, wo es sich nicht direkt um den Glauben handelt, völlige Bewegungsfreiheit“. Entsprechend sollten „theologische Irrtümer mit ‚rein wissenschaftlichen Waffen‘ statt mit kirchlichen Zensuren“ bekämpft werden. In der Kirche müsse es „neben der regulären Gewalt eine außerordentliche Macht geben: die öffentliche Meinung, deren Bildung Sache der Theologen“ sei. Dabei stellte er dem „völligen Verfall der Theologie in den lateinischen Ländern“ die Formen deutscher Theologie gegenüber, ei-

<sup>2</sup> G. Schwaiger: Ignaz von Döllinger: *Der Apologet – Jahre der Wandlung*, in: MThZ 3/ 1990, 197ff.

<sup>3</sup> Rede von I. Döllinger, in: *Verhandlungen der Versammlung katholischer Gelehrten in München* vom 28.09.–01.10.1863, Regensburg 1863, S. 25–59.

ne Charakterisierung, die nicht von allen Tagungsteilnehmern geteilt wurde.<sup>4</sup>

In dem Breve *Tuas libenter* vom Dezember 1863, einer Reaktion auf die Gelehrtenversammlung, tadelt Pius IX. die „Angriffe auf die Scholastik“ und kritisiert, dass eine „Theologenversammlung ohne Auftrag der Hierarchie“ zusammengetreten war, obwohl es doch „deren Aufgabe ist, die Theologie zu leiten und zu überwachen“.<sup>5</sup> Am 6. Dezember 1864 folgte die Enzyklika *Quanta cura* mit dem *Syllabus*. Neben zeitgemäßen/zeitgenössischen „bürgerlichen Theorien“ wurden auch Forderungen wie das Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes, die Trennung von Kirche und Staat, die Presse- und Meinungsfreiheit und andere Formen liberaler Kultur und Wissenschaft verurteilt. Mit *Quanta cura* sollten in Rom die Vorbereitungen des Vatikanischen Konzils und zugleich eine beispiellose Agitation – vor allem der römischen Presse, an ihrer Spitze die Jesuitenzeitschrift *Civiltà Cattolica* – einsetzen.

Döllinger war besorgt wegen der von Rom ausgehenden Entwicklung der Neuscholastik, in der sich in eigenartiger Weise theologische und philosophische, glaubens- und vernunftorientierte Elemente verbanden, mit deren Synthese sich ein neuer Integralismus abzeichnete. Mit Sorge verfolgte er das Aufkommen des Ultramontanismus und die zunehmende Aufspaltung der Theologie in eine „deutsche und römische Schule“.

Im Kampf gegen die sich abzeichnende Dogmatisierung der Unfehlbarkeit und des Jurisdiktionsprimats des Papstes durch das Vatikanum sollten sich die Wege Döllingers und seines berühmtesten Schülers, Lord Acton, wieder kreuzen.

## Lord Acton, der „Historiker der Freiheit“

In markanter Weise zeigt sich die Verbindung von christlicher Religion und liberal-

<sup>4</sup> Vgl. R. Aubert/R. Lill: *Die Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Liberalismus*, in: Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. IV/1, Freiburg 1985, S. 696ff.

<sup>5</sup> Enchiridion Denziger–Hünemann, Nr. 2875ff. Vgl. ebd., Nr. 2865, die Enzyklika Pius IX. *Quanto conficimur moerore*, vom 10.08.1863 an die italienischen Bischöfe, wonach die Heiden nach ihrem subjektiven Gewissen, gemäß dem *natürlichen Gesetz*, von Gott gerichtet werden, die Katholiken dagegen gemäß „der Autorität und den Definitionen“ der Kirche.

politischem Denken im Leben und Schrifttum des englischen Historikers John Emerich Edward Dalberg-Acton (\* 10. Januar 1834 in Neapel; + 19. Juni 1902 in Tegernsee). Acton war von 1859 bis 1866 Mitglied des britischen Unterhauses und Förderer sowie Vertrauter des liberalen Politikers William Ewart Gladstone, der zwölf Jahre das Amt des Premierministers bekleidete, zunächst in den Jahren 1868 bis 1874. Als erster Katholik nach der Abspaltung der Anglikanischen Kirche von der Papstkirche im Jahre 1534 zog Acton 1869 ins britische Oberhaus ein. Sicherlich war diese Ehre für den englischen Adeligen eine späte Genugtuung dafür, dass sein Wunsch, in England zu studieren, wegen seiner katholischen Konfession von drei Universitäten, darunter Cambridge, abgelehnt worden war.<sup>6</sup> Das führte ihn seinerzeit zum Studium ins schottische Edinburgh, sowie nach Deutschland, wo er bei Ignaz von Döllinger an der Universität München von 1850 – 54 Geschichte und Theologie studierte. In späteren Jahren unterhielt er auch mit Historikern wie Alexis de Tocqueville, Heinrich von Sybel, Leopold von Ranke und weiteren europäischen und amerikanischen Gelehrten engere Kontakte. 1872 wurde er zum Ehrendoktor der Philosophie an der Universität München ernannt und 1876 als auswärtiges Mitglied in die Bayerische Akademie der Wissenschaften aufgenommen. 1880 wurde er Fellow des All Souls College in Oxford. Schließlich erhielt Acton 1891 die Ernennung zum Regius Professor of Modern History in Cambridge. Im Jahre 1859 hatte der junge John Acton die Zeitschrift *The Rambler* übernommen. Sie war 1848 von einer Gruppe liberaler Konvertiten mit dem Ziel gegründet worden, „gegen die intellektuelle Inferiorität des englischen Katholizismus“ anzugehen. Wiederholt hatte sich diese Zeitschrift „zum unvorsichtigen Verteidiger einer gewissen Autonomie der Laien in der Kirche gemacht. Ihre ‚Enfant-Terrible‘-Allüren“ sollten sich noch verschärfen, als Acton die Direktion übernahm.<sup>7</sup> Diese unabhängige Zeitschrift hatte ebenso wie auch die nachfolgende *Home and Foreign Review* mit ih-

rem liberalen Kurs die Kardinäle Wiseman und Manning provoziert. Dies führte zu Kontroversen, in die auch Kardinal Newman sowie Gladstone involviert waren.<sup>8</sup>

### Das Vatikanische Konzil und das Unfehlbarkeitsdogma

Lord Actons Berufung am 11. Dezember 1869 als Peer ins britische Oberhaus erfolgte drei Tage nach der Eröffnung des Vatikanischen Konzils in Rom. Dieser zeitliche Zusammenhang war nicht zufällig. Wie sein Lehrer Döllinger teilte er als Historiker die Bedenken gegen das neue, in Vorbereitung befindliche Dogma; doch fürchtete er „noch viel stärker als dieser die möglichen indirekten Folgen der Definition für die künftigen Möglichkeiten des Katholizismus in einer immer stärker um die Idee der Freiheit sich bewegenden Gesellschaft“. Acton war einer der markantesten Kritiker der Entscheidungen des Konzils, wobei er als „der eigentlich führende Kopf der Minorität“ fungierte. Dank seiner zahlreichen internationalen Verbindungen und seiner Sprachkenntnisse hat er dazu beigetragen, dass schon zu Beginn des Konzils die wichtigsten Häupter der Opposition zusammenfanden, und ihnen darüber hinaus mit seinem parlamentarischen Sinn die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens aufgezeigt, ihnen mehrere Unternehmungen suggeriert, ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Intelligenz gelenkt und ihnen Dokumente zur Unterstützung ihrer Einwände geliefert. Bedeutsam war auch seine „Mittlerrolle, die er zwischen den Führern der Minorität und mehreren ausländischen Regierungen spielte.“<sup>9</sup>

Am 18. Juli 1870 wurde in der 4. Sitzung die Konstitution *Pastor aeternus*, die das Unfehlbarkeitsdogma beinhaltete, mit 522 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen. Acton hielt während des Konzils über den diplomatischen Kurierdienst der englischen Botschaft in Rom engen Kontakt mit Gladstone, der – wie auch andere Staatsmänner in Europa – größtes Interesse an den dogmatischen Entscheidungen des Konzils haben musste. Als Oberhausabgeordneter hatte Acton einen diplomatischen Status; dadurch sowie durch seine

<sup>6</sup> Vgl. J. B. Müller: *Lord John Emerich Edward Dalberg-Acton*, in: Lexikon des Konservatismus, C. v. Schenk-Notzing (Hg.), Graz 1996, S. 13ff.

<sup>7</sup> Vgl. Vgl. R. Aubert/R. Lill: Die Auseinandersetzung, a.a.O. S. 696ff.

<sup>8</sup> Vgl. D. Burkard: *Die Bindung im Gewissen und die Freiheit des Glaubens. Acton, Newman und die Moderne*, in: Chr. Böhr u.a., a.a.O. 129–153.

<sup>9</sup> Vgl. R. Aubert/R. Lill, a.a.O. S. 786.

guten Verbindungen zur Kurie und den führenden Vertretern der Befürworter und Kritiker des Unfehlbarkeitsdogmas sowie zu den zahlreichen Publizisten war er bestens über die Beratungen der Konstitution und die Absichten ihrer Urheber und Gegner im Bilde. Von Rom aus informierte er auch Ignaz Döllinger, der in der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* unter dem Pseudonym *Janus* regelmäßig über die Interna der Vorbereitungen und der Konzilsberatungen berichtete.<sup>10</sup>

Das Unfehlbarkeitsdogma und dessen Vorgeschichte war für die Katholische Kirche und nicht zuletzt für das Gros der europäischen Staaten ein Politikum ersten Ranges. Es war nämlich zu befürchten, dass die Konstitution der Infallibilität des Papstes weitgehende politische und sozialetische Befugnisse des römischen Pontifex beinhalten würde, so dass die Sorge nicht unberechtigt war, das Konzil würde auch Normen dekretieren, die den bürgerlichen Gehorsam und die Treuepflichten gegenüber dem weltlichen Herrscher betrafen. Zudem gab es gute Gründe anzunehmen, dass die Konzilsbeschlüsse durch extensive Auslegung der katholischen Moral- und Glaubenslehre in Staaten mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung zu Spannungen zwischen Katholiken, Protestanten und Anglikanern führen könnten. Entsprechende Sorgen hatte auch die Bayerische Regierung geäußert.<sup>11</sup>

Die Konzilsvorbereitungen standen also zeitlich und inhaltlich in Zusammenhang mit den Verurteilungen der Prinzipien liberaler Staatlichkeit und Gesellschaft durch den *Syllabus*, so dass zu befürchten war, dass der Papst seine Lehrgewalt dermaßen weit auslegen könnte, dass nicht nur künftige Aussagen des Papstes, sondern auch

<sup>10</sup> Vgl. Ignaz von Döllinger, *Das Papsttum*, Neudruck: Darmstadt 1968; 2. Auflage der in der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* unter dem Pseudonym *Janus* erschienenen Artikel *Der Papst und das Concil* (1869)

<sup>11</sup> Anlässlich der Feierlichkeiten zum 400-jährigen Bestehen der Ludwig-Maximilians-Universität München im Sommer 1872 verlieh diese Ehrendoktorate der Philosophie unter anderem an Lord Acton, William Ewart Gladstone und John Stuart Mill. „Im Mittelpunkt der Festlichkeiten aber stand als wichtigste Gestalt der Rektor der Universität, Ignaz von Döllinger. In offenkundiger Anspielung auf die Exkommunikation wurde ihm vom Bayerischen Ministerpräsidenten der höchste Grad des bayerischen Verdienstordens verliehen“; R. Hill, *Lord Acton*, Freiburg, 2002 S. 264.

die offensichtlichen Fehlurteile und Häresien früherer Päpste dem Unfehlbarkeitsanspruch unterliegen würden.

### Politische und kirchliche Auswirkungen des Konzils

Tatsächlich hat das I. Vatikanische Konzil mit der feierlichen Verabschiedung der Konstitution *Pastor aeternus* eine nicht ganz so weitgehende Definition päpstlicher Macht und Ansprüche durchgesetzt, indem es die autoritativen Lehraussagen des Papstes an bestimmte Bedingungen geknüpft hat. Aber das änderte nichts an dem Umstand, dass das Unfehlbarkeitsdogma sich nicht nur nicht auf Aussagen des Neuen Testaments stützen konnte, sondern dass es angesichts der lediglich historisch gewachsenen Machtfülle und Autorität des Papsttums widersinnig erschien, diese Gewohnheit gar als Glaubens- und Rechtssatz zu positivieren. Historisch beruht das Papsttum lediglich auf einem Ehrenprimat. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma und dem Jurisdiktionsprimat aber wurde der Anspruch päpstlicher Befugnisse weit überzogen.<sup>12</sup>

In diesem Sinne kann sehr wohl Lord Actons berühmtester Ausspruch auf die päpstliche Herrschaftsgewalt bezogen werden: „Power tends to corrupt and absolute power corrupts absolutely.“<sup>13</sup> Das Argument der Inopportunität der dogmatischen Definition päpstlicher Unfehlbarkeit, wenn auch nicht die päpstliche Unfehlbarkeit an sich, vertraten viele europäische und amerikanische Bischöfe, darunter die gebildeten Theologen des Konzils, wie beispielsweise der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler, der, wie auch die anderen Inopportunisten unter den Bischöfen, schon vor dem Synodenbeschluss abgereist war, sich jedoch später der päpstlichen Autorität unterwarf. Immerhin konnte die Opposition von Bischöfen, Priestern und Laien für sich beanspruchen, durch ihren teilweisen Widerstand die Definition umfanglicherer Machtbefugnisse des Papstes, wie sie zuvor in den kirchlichen Presseorganen zirkulierten, verhindert zu haben.

<sup>12</sup> Vgl. K.-H. Ohlig: *Braucht die Kirche einen Papst?* Düsseldorf 1973; August Bernhard Hasler, *Wie der Papst unfehlbar wurde*, München 1979.

<sup>13</sup> Acton an Mandell Creighton am 5. April 1887, zit. nach John Emerich Edward Dalberg-Acton, *Select-ed Writings of Lord Acton*, 3 Bde., hg. von R. Fears, Indianapolis 1985, Bd. 3: *Essays*, S. 519.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis zwischen Acton und seinem einstigen Lehrer Döllinger. Beide stimmten darin überein, dass die Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht nur aus politisch-kulturellen und kirchenpolitischen Gründen inopportun sei, sondern auch darin, „dass die Lehre falsch ist“. Für Lord Acton entstammte das Unfehlbarkeitsdogma einem geistigen Klima, das der theologisch-ethischen Lehre von der Gewissensfreiheit zutiefst widerspricht. Das heißt: Der Wahrheitsanspruch des Dogmas beruht auf einer irrigen Meinung und einer gravierenden Fehlentscheidung, die eigentlich gar nicht mehr gut zu machen ist.

„Acton war in gewissem Sinn stärker von der Kirche desillusioniert als Döllinger; aber auch weniger, denn er rechnete immerhin mit der Möglichkeit, dass das Unfehlbarkeitsdogma eines Tages ‚wegerklärt‘ oder, mit den Worten der Katholikengeneration des Zweiten Vatikanums, in einen theologischen Kontext gesetzt würde, während sein Lehrer auf eine Rücknahme des Dogmas hoffte, die niemals erfolgen würde. Acton und Döllinger stimmten darin überein, dass unter Katholiken eine unmoralische Einstellung zur Religion existierte.“<sup>14</sup> Was Döllinger, der wohl ein hervorragender Kirchenhistoriker, jedoch nicht so sehr in den systematischen Fragen bewandert war, Acton zufolge nicht genügend bedachte, war das religiös-sittliche und sozialpsychologische Klima, in dem die Definition des Unfehlbarkeitsdogmas erfolgen konnte, ohne dass es genügend Mechanismen gab, die das Schlimmste hätten verhindern können. So ist es sicherlich ein Paradoxon, dass sich Döllinger und Lord Acton exakt in dieser Frage zerstritten.<sup>15</sup>

Ausgerechnet an einem Nachruf auf Félix Antoine Philibert Dupanloup (1802–1878),

<sup>14</sup> Tatsächlich hat das II. Vatikanum die Unfehlbarkeitserklärung in einen anderen Kontext gestellt und damit eine Modifizierung des Dogmas von 1870 vorgenommen. W. Kasper schreibt hierzu in *Publik*, 12.12.1969: „Die Überwindung des Triumphalismus durch das Vatikanum II betrifft also auch das Wahrheitsverständnis der Kirche und fordert eine neue und tiefere Interpretation des Begriffs der Unfehlbarkeit. Dieser Begriff gehört zu der noch unbewältigten Vergangenheit des Vatikanum I.“ zit. nach H. Küng, *Unfehlbar? Eine Anfrage*, Frankfurt am M. 1980, S. 162f.

<sup>15</sup> U. Noack, *Liberale Ideen auf dem ersten Vatikanischen Konzil. Lord Acton in Rom 1869/70*, in: *Historische Zeitschrift* 205 (1967), S. 81ff., hier S. 85.

Bischof von Orléans und Mitglied der Akademie Française, an dessen Würdigung Ignaz Döllinger unter Pseudonym mitgewirkt hatte, entbrannte der Streit zwischen Acton und seinem einstigen Lehrer. Wohl gehörte Dupanloup zu den Inopportunisten unter den Konzilsteilnehmern; aber er hatte in einer Besprechung den *Syllabus*, der die liberale Staats- und Gesellschaftstheorie verurteilte, gewürdigt und war dafür von Pius IX. eigens belobigt worden.

### Die unmoralische Einstellung des römischen Katholizismus zur Religion

Für Acton war es nicht nachvollziehbar, dass Döllinger der „unmoralischen Einstellung“ des römischen Katholizismus zur Religion nicht auf den Grund ging und ignorierte, dass zwischen der Verurteilung liberaler Prinzipien durch Pius IX. im *Syllabus* und dem Unfehlbarkeitsdogma mit dem Jurisdiktionsprimat unübersehbare Zusammenhänge bestanden. So konnte oder wollte Döllinger nicht erkennen, dass der *Syllabus* mit seinen Verurteilungen der Religions-, Gewissens- und Meinungsfreiheit erst den geistigen Humus bildete, auf dem das Unfehlbarkeitsdogma aufruht. Zu seinen Entstehungsbedingungen zählten nicht nur ein religiöser Irrationalismus, sondern auch ein Argumente ersetzender Wunderglaube, dem viele Katholiken anhängen – darunter auch Mitglieder des Jesuitenordens, ferner Kardinäle, Kurienbischöfe und gar der Papst selbst.<sup>16</sup>

Acton beschreibt in einem Brief an Döllinger diese unsittliche Einstellung der römischen Katholiken zur Religion, die darin bestehe, dass man glaubt, „die Sünde höre auf Sünde zu seyn, wenn sie für die Zwecke der Kirche begangen wird. Raub ist nicht Raub, Lüge nicht Lüge, Mord nicht Mord, wenn sie durch religiöse Interessen oder Autoritäten sanktioniert sind. (...) Wir haben also zu thun, nicht mit Häretikern

<sup>16</sup> Vgl. HILL, *Lord Acton*, a.a.O., S. 321 f.; in welchem geistig-religiösen Klima die Konzilsvorbereitungen stattfanden, zeigt eine Rede des Erzbischofs von Messina, Luigi Natoli, wonach Petrus selbst in Sizilien bereits die Unfehlbarkeit gepredigt habe. Schließlich habe dies die ‚Madonna‘ einer Deputation von Gläubigen bestätigt; vgl. ebd., S. 233; zum Wunderglauben im Rom im 19. Jahrhundert und seinen Schattenseiten vgl. Hubert Wolf, *Die Nonnen von Sant’Ambrogio. Eine wahre Geschichte*, München 2013.

oder Skeptikern, sondern mit Lügneren, mit Räubern und mit Mördern – sei es aktueller, sey es potentialiter. Wir haben da einen viel schlimmeren Gegner als den Protestantismus, weil Protestantismus mit der strengsten Moral sich verträgt und weil diese Richtung eben die Quelle der Wahrheit, die Heilmittel der Kirche vergiftet.“<sup>17</sup> Die liberale Haltung Lord Actons, die in Bezug auf die Redlichkeit keine Unterschiede zwischen moraltheologischer und philosophisch-ethischer Position kannte, zeigt sich hier in ihren umfänglichen Dimensionen. So nimmt Acton für seine Überzeugungen sogar den Konflikt mit Döllinger, seinem Lehrer und langjährigen Freund, in Kauf – ein Umstand, welcher der Wirkungsgeschichte des Unfehlbarkeitsdogmas noch eine weitere, persönlich tragische Note hinzufügt.

Döllinger wurde 1871 vom Münchener Erzbischof, Gregor von Scherr, seinem einstigen Schüler, exkommuniziert, weil er sich nicht dem Unfehlbarkeitsdogma unterworfen hatte. "Gestern noch rechtgläubig, war ich heute ein des Bannes würdiger Ketzer; nicht, weil ich meine Lehre geändert hatte, sondern weil andere für gut gefunden hatten, die Änderung vorzunehmen und Meinungen zu Glaubensartikeln zu machen", schrieb Döllinger verbittert.<sup>18</sup> Er hat die Abspaltung der Altkatholischen Kirche indirekt gestützt, war jedoch kein Mitglied geworden.

## Resümee

Victor Conzemius zieht folgende Bilanz der Vatikanischen „Tragödie“, die –so der Rotenburger Bischof von Hefele – zur „Katastrophe“ umschlug: „Döllinger widersprach, weil er in den Konzilsbeschlüssen einen Bruch mit der bestehenden Kirchenverfassung sah“. Für Acton „stellte sich die Unfehlbarkeit in einem ganz bestimmten

Licht dar. Es war für ihn Gewissenspflicht, diese Lehre zu bekämpfen, weil er fürchtete, sie sanktioniere geschichtliche Irrtümer und Herrschaftsansprüche des Papsttums und verleihe ihnen eine besondere Weihe. Daher sah er eine unermessliche Gefahr für die Wahrheitsfindung im kirchlichen Raum und eine Weichenstellung für eine unzeitgemäße Mythenbildung zugunsten des Papsttums.“ – Die Folgen des papstzentrierten Unfehlbarkeitsglaubens reichen bis in die aktuellen Hemmnisse, den weltweiten klerikalen Machtmissbrauch an ihrer Wurzel zu packen.

Dennoch, so Conzemius weiter, hat Lord Acton zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, sich den Altkatholiken anzuschließen. „Er war bereit, aus der Kirche herausgeworfen zu werden, aber selbst wollte er den Hinauswurf nicht provozieren.“ Am 25. November 1874 schrieb er an seinen Lehrer in München: „Aus langen Unterredungen mit Gladstone, dem sein Besuch in München (sc. bei Döllinger) wie eine Offenbarung war, habe ich den Schluss gezogen, dass Sie weniger Hoffnung für die Kirche hegen als ich; oder wenigstens, dass die Hoffnungslosigkeit für Sie fester steht und klarer erwiesen ist als mir. Ich will nicht sagen, dass sie Unrecht haben. *Im Zweifelsfalle enthalte ich mich zu verzweifeln.*<sup>19</sup> Ich müsste viel klarer sehen als ich sehe um die Kirche aufzugeben, die ich gerade durch Sie in ihrer Größe kennen und lieben lernte.“<sup>20</sup>

\*\*\*

Gregor Tischler

## Die Resl von Konnersreuth jetzt im Museum

Zu Pfingsten erschien im Bayernteil der Süddeutschen Zeitung ein nicht unkritischer und etwas ironisch verfasster Artikel

<sup>19</sup> Im Original heißt es: *Dans le doute, je m'abstiens de désespérer.*

<sup>20</sup> V. Conzemius: Actons Ethos der Wahrhaftigkeit, in: Chr. Böhr u.a. (Hg.), a.a.O. S. 25–35.28f.

<sup>17</sup> Acton an Döllinger, um 1879/80, hier zitiert nach Ignaz von Döllinger, *Briefwechsel, 4 Bde.*, hg. v. Victor Conzemius, München 1963–1981, Bd. 3: *Ignaz von Döllinger – Lord Acton 1871–1890*, 1971, S. 212 f.

<sup>18</sup> Zit. nach *katholisch.de*, Zugriff 12.07.2022 – „Man sah den hageren Greis bisweilen in der Dämmerung noch die Frauenkirche oder auch die Kirche des Heiligen Kajetan betreten, seine Stiftskirche, und ihn – fast versteckt hinter dem letzten Pfeiler – lange im Gebet versunken knien“; G. Schwaiger: Ignaz von Döllinger, Münchener Universitätsreden, NF 37, 1963, S. 18.

über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Söder bei der Einweihung des "Theres-Neumann-Museums" in Konnersreuth, überschrieben: "Der Resl zur Ehr". In dem Bericht wird auch Josef Hanauer (1913 - 2003) erwähnt, ein in Kirchengeschichte promovierter Religionslehrer, der sich in zahlreichen Veröffentlichungen bis zu seinem Tod dem Kampf gegen Wundersucht und Aberglauben in der Kirche widmete. Er versuchte, seinen Schülern (zu denen auch ich gehörte) zu vermitteln, dass der christliche Glaube und eine kritische Vernunft keine Gegensätze sein dürften.

In Konnersreuth, und nicht nur dort, tut man alles, um die Seligsprechung der Resl zu erreichen (Söder dürfte das egal sein - Hauptsache, er bekommt Wählerstimmen...). Käme es aber wirklich dazu, würde dies einen weiteren Rückschlag für die Akzeptanz der Kirche in einer weitgehend aufgeklärten Gesellschaft bedeuten. Die Glaubensverkündigung hat allzu lange "Leidensliebe" im "irdischen Jammertal" als Ausdruck besonderer Gottesnähe verstanden - was ja hieße, Gott selbst wolle das Leid der Menschen! Und ja, Therese Neumann wurde schon zu Lebzeiten als "Leidensbraut Christi" verehrt...

Freilich darf man auch in ihrem Fall keinem Schwarz-Weiß-Denken verfallen. Gott schreibt gerade auch auf krummen Zeilen: Nicht nur ihr Einfluss auf den späteren Märtyrer Fritz Gerlich, der ja engstens mit der Vorgeschichte der Süddeutschen Zeitung verbunden ist, und ihre katholisch-kritische Distanz zum NS-Regime sind zu würdigen; auch ihre Liebe zur Natur als Gottes Schöpfung, wovon auch die Inschrift auf ihrem Grabstein zeugt, kann uns heute durchaus zur Orientierung dienen.

Allein deshalb wird die Resl jedoch nicht verehrt - ihre (angeblichen) Stigmata sind der Hauptgrund. Also nichts gegen ein "Theres-Neumann-Museum"! Ist doch auch ein Wunderglaube - oder, wie Hanauer es nannte: "Wundersucht" - schon seit der Zeit der Aufklärung genau dies: *museal*.

\*\*\*

## **Franz-Xaver Kaufmann zum 90. Geburtstag:**

Rudolf Walter

## **Franz-Xaver Kaufmann: katholisch – kritisch und integer**

Der renommierte Schweizer Soziologe Franz-Xaver Kaufmann, der seit 1963 in Deutschland lebt und an der Universität Bielefeld lehrte, feierte am 22. August in Bonn seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ihn - den *imprimatur* zu seinen (gelegentlichen) Autoren zählen darf - in dieser Rubrik „Theologenjubiläen“ zu ehren, bedeutet keineswegs ihn für die Theologie zu vereinnahmen. Er ist mit ihr aufgrund seiner familiären Herkunft – sein Bruder Ludwig war Jesuit und lange Jahre Chefredakteur der *Orientierung* (der Schweizer Jesuitenzeitschrift, der *imprimatur* sich verbunden wusste - solange es sie noch gab) – nicht nur vertraut, sondern aufgrund eigener intellektueller Beschäftigung mit dem Christentum in dieser heimisch wie wenige zünftige Theologen. Seine Beiträge zur Religionssoziologie, einem seiner Hauptarbeitsgebiete, weisen den Ehrendoktor zweier theologischen Fakultäten als profunden Kenner der Theologie aus. Statt auf die vielen Publikationen zu verweisen, die hier zu nennen wären, sei nur erwähnt, dass in diesem Herbst noch ein Buch des Jubilars erscheinen soll mit der vielsagenden Titelei *Katholische Kirchenkritik*. „... man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!“ (Exodus Zürich 2022).

Für eine Zeitschrift, die sich von Anfang an Kirchenkritik aufs Papier geschrieben hat, ist es geradezu innere Verpflichtung, auf dieses Buch jetzt schon hinzuweisen – und eine Ehrenpflicht, seinen Autor zu ehren. Diese Aufgabe übertragen wir gerne dem langjährigen Cheflektor des Herder-Verlags, der zahlreiche Werke von Franz-Xaver Kaufmann betreut hat, u.a. auch die 37-

bändige Enzyklopädie *Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft*, bei der Kaufmann mit den ‚Großtheologen‘ Karl Rahner und Franz Böckle als Herausgeber fungierte. Wir danken dem Laudator und gratulieren dem Jubilar nachträglich!

Redaktion (WM)

\*\*\*

Weder gehört er zu den „weisen“ Alten, die über alles den Schleier abgeklärter Milde decken, noch ist er der Typ „zorniger alter Mann“. Der Schweizer Soziologe F.X. Kaufmann, einer der bedeutenden seiner Zunft, der am 22. August 90 wurde, dieser ebenso freundlich gelassene wie nüchternklare Wissenschaftler, lässt sich ungern auf emotionale Aspekte festlegen. Aber die Fähigkeit zur Empörung hat er durchaus. Und wenn er sie zulässt, wird sie in einem durch immenses Wissen gezügelten Temperament umso wirksamer.

## Moralische Lethargie in Rom

Als beim Ostergottesdienst 2010 Kardinal Sodano eine Ergebenheitsadresse des Kardinalskollegiums an den Papst verlas und die Missbrauchsvorwürfe als haltlos erklärte, verfasste Kaufmann spontan eine ebenso zornige wie argumentativ glasklare Reaktion, die in der FAZ erschien. Darin nennt er den römischen Würdenträger auf Grund von dessen persönlicher Involviertheit „scheinheilig“, konstatiert Realitätsverlust, sieht auch den Verdacht des Verschweigens und Vertuschens bestätigt. Sein Urteil: die Glaubenskongregation leide an so etwas wie „moralischer Lethargie“. Aber der Autor benennt auch wirksame historische, gesellschaftliche, institutionelle, ideologische, also strukturelle Gründe für solches Verhalten. Er sucht Erklärungen für das Phänomen, ohne seine Bestürzung und Erschütterung zu relativieren: dass Verbrecher an Kindern, denen schon Jesus einen Mühlstein an den Hals gewünscht hatte, bis in jüngste Zeit von kirchlichen Behörden wissentlich gedeckt und vor rechtsstaatlicher Verfolgung geschützt wurden.

## Mit dem Katholizismus vertrauter Soziologe

„Katholische Kirchenkritik“ wäre in der Tat ein Wort, mit dem sich ein Strang seines Werks zusammenfassen lässt. Dieser hat seine biographische und wissenschaftliche Vorgeschichte. Mit Karl Rahner,

Franz Böckle, Bernhard Welte und Robert Scherer war er in den 80er Jahren Mitherausgeber der interdisziplinären Enzyklopädischen Bibliothek „Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft“. Mit diesem Titel ist der größere Rahmen seines Interesses beschrieben.

Wie kommt er zum Kirchenthema? In Schweizer *understatement* hat er einmal gesagt, er sei halt als ein mit dem Katholizismus vertrauter Soziologe von Theologen immer mal wieder angefragt worden und so in das Thema hineingewachsen. Zufällig war das nicht. Und auch kein Randthema.

## Lebenswerk

Die Forschungsschwerpunkte und Hauptarbeitsgebiete dieses promovierten Ökonomen und habilitierten Sozialwissenschaftlers sind zahlreich: Geschichte und Theorie der Sozialpolitik, Familiensoziologie, aber auch Religionssoziologie. Er gehörte zu den Mitgründern der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und wirkte dort von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1997 als Professor für Sozialpolitik und Soziologie. Von 1979 bis 1983 war er Direktor am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, von 1980 bis 1992 am von ihm ebenda gegründeten Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik. Seine Auszeichnungen sind zahlreich. Dass unter seinen drei Ehrendoktoren zwei von theologischen Fakultäten sind, ist aufschlussreich. Und dass er als Wissenschaftler immer auch an Wirksamkeit orientiert war, zeigt sich darin, dass er Berater vieler wissenschaftlicher, kirchlicher und politischer Einrichtungen war.

## Reflektierte Identität

Als Katholik in der Zwinglistadt Zürich aufgewachsen, wurde prägend, dass er zu einer Minderheit gehörte, die gezwungen ist, über ihre Identität zu reflektieren. Die Familie stand dem Sozialkatholizismus nahe, Hans Urs von Balthasar war früh theologische Bezugsperson. Der Vater, angesehener Jurist, war politischer Sprecher der katholischen Minderheit. Als Franz-Xaver auf eine evangelische Schule gehen soll, hat sein Vater sich zunächst beim Bischof rückversichert. Der ließ es nicht zu. Vorfahren verweisen aber auch ins tiefkatholische Münsterland. Schweizer Herkunft und soziale Verwurzelung und westfälische Verwandte: „Nähe und Ferne“, das hat er

einmal als spezifische Sensibilität in seiner Existenz als Soziologe bezeichnet. Das gilt in der Betrachtung gesellschaftlicher aber auch religiöser Phänomene.

Kennzeichnend für Kaufmann: Als Soziologe öffnet er den Blick für die werthafte Dimension gesellschaftlicher Wirklichkeit, von Politik und Staatlichkeit. Was ihn interessiert ist das Zusammenspiel von Ideenentwicklung, politischer Auseinandersetzung und administrativer Durchführung. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und dessen Steuerbarkeit im Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik lenkt die Aufmerksamkeit auf die Normen sozialpolitischer Diskurse: Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinwohl, Inklusion, Verantwortung, Vertrauen. Ihn interessiert, was die Bedingungen des Gelingens und Misslingens sozialen Handelns sind. Die Frage, ob dahinter ein moralischer Impetus liege, lässt ihn antworten: „Wenn mir das nicht wichtig wäre, würde ich mich mit der Beschreibung eines exotischen Stammes zufriedengeben oder mich mit theoretischen Klärungen beschäftigen, anstatt mit dem Sozialstaat, der Familie oder der Kirche.“

## Gesellschaftliche Dimension von Religion und Kirche

Wenn Soziologie Aufklärung über das Zusammenleben von Menschen ist, kommt die gesellschaftliche Dimension von Religion und Kirche als sozialer Institution in ihren Blick. Kaufmann fragt auch nach ihrer geschichtlichen und kulturellen Ausprägung, dem untergründigen Zusammenhang von kirchlichem Bewusstsein und gesellschaftlichen Wertungen - und zeigt eben auch die strukturellen Voraussetzungen kirchlicher Fehlleistung: Zentralismus, monokratisches Selbstverständnis, Klerikalismus, Mangel an Rechtssicherheit sind Stichworte.

Der Glaube ist für ihn eine Position, die es möglich macht, distanziert auf die Welt zu schauen. Er hilft ihm klar zu erkennen, dass man auf dem Prinzip einer auf bloßen Eigennutz ausgerichteten Freiheit keine Kultur aufbauen kann, die menschenwürdig ist und auch Schwache einschließt.

„Brüderlichkeit“ ist ein zentrales Stichwort für ihn, ein urchristlicher Wert, der in der modernen Gesellschaft, aber auch in einer bürgerlich-christlichen Kirche nicht mehr leitend ist – und doch seine Faszination für ihn bewahrt. Begründet ist sie im Gottesglauben und in der Botschaft Jesu.

Eine persönliche Annäherung an das Spannungsfeld von eigener Glaubenserfahrung und gesellschaftlicher Analyse von Religion ist sein Buch „Zwischen Wissenschaft und Glauben“ (Herder 2014). Darin erzählt Kaufmann autobiographisch, durchaus augenzwinkernd, vom turbulenten Schulstart des 12jährigen katholischen Bürgersöhnchens am Benediktinergymnasium in Disentis, wo er es während nahezu der ganzen ersten Gymnasialklasse verstand, aus Schulstunden wegen Störungen zu fliegen: „Aber alle Unarten hatten ein Ende, als ich gefirmt wurde. In der Woche vor der Firmung schaffte ich noch vier Rauswürfe, und nach der Firmung wurde ich nie mehr des Klassenzimmers verwiesen. Durch diesen Verhaltenswandel wollte ich die Wirksamkeit des Heiligen Geistes an meiner Person beweisen!“ Sein Interesse an der Theologie war also früh Relevanzorientiert, und eben auch betont existentiell, am persönlichen Leben ausgerichtet.

## Die Brüder Kaufmann und das Konzil

Wissenschaftlich mit dem Thema Religion, Theologie und Kirche hat sich Kaufmann erst unter dem Einfluss des Konzils beschäftigt. Der Bruder Ludwig Kaufman, Jesuit, der als gefürchteter Konzilsberichterstatter in Rom mit listiger Unschuldsmiene Fragen stellte, die keiner beantworten wollte, ist da sicher auch Wegbegleiter.

In der ersten Veröffentlichung zum Thema »Theologie in soziologischer Sicht« (1973) gab er seine konkrete Absicht zu erkennen: Kirche von überflüssigem und einengenden Beiwerk der Tradition befreien. Eine klare Ansage und ein hoher Anspruch. Unter den deutschen Lesern mögen die einen dahinter Schweizer Aufmüpfigkeit, andere das Wirken des Heiligen Geistes gespürt haben.

## Evangelium als Kompass

Die Krise der Kirche zeichnete sich in der modernen Gesellschaft immer deutlicher ab. „Wie überlebt das Christentum?“ (2000) – ist eine Frage, auf die manche von einem Wissenschaftler wie ihm Antwort erhofften. Seine Antwort: Die Frage sei falsch gestellt, sie suggeriere eine Antwort in der Form menschlicher, wissenschaftlich aufgeklärter Vernunft. Als Wissenschaftler sagt er dazu nur: „Kein Anschluss unter dieser Nummer!“. Aber einen Kompass hat er doch: Er beschreibt die Krisen-

symptome radikal und nüchtern, verweigert sich optimistischen Prognosen, aber setzt als glaubender Mensch auf die Kraft des Evangeliums.

Das Hören auf „den Klang des Evangeliums“, wo auch immer er wahrnehmbar ist, ist ihm wichtig. Von den Kirchen fordert er, dass sie die grundlegenden Botschaften Jesu im kollektiven Gedächtnis der Menschen lebendig halten. Und als Überzeugung bekennt er, der Bezug auf Gott sei die zentrale Frage, wenn es um die Zukunft des Christentums geht. Aber auch: „Das Christentum ist *eine* Antwort auf die Frage nach Gott. *Eine* Antwort.“

Beeindruckend bei alledem: die Bereitschaft zur persönlichen Aussage. Auch mit dem Thema Alter hat sich der Neunzigjährige nicht nur wissenschaftlich auseinandergesetzt. Ebenso mutig wie ungewöhnlich: dass er - mit der Sorge um seine pflegebedürftige Frau beschäftigt, von chronischen Krankheiten geplagt und im existentiellen Wissen darum, wie Polymorbidität sich anfühlt - auch ganz persönlich und offen darüber schreibt und die eigenen Erfahrungen einordnet („Vom Altwerden“, in: *Älterwerden – wie geht das? 2022*). Aber auch da letzten Fragen nicht ausweicht, selbst wenn es nur vorläufige Antworten gibt: „Und wenn die Schmerzen überhandnehmen, so lege ich mich hin und versuche, auf andere Gedanken zu kommen, häufig durch ein Gebet.“ Und er bekennt sogar die Vorstellung von einer Gottesbegegnung im Augenblick des Sterbens. Nicht ohne hinzuzufügen: „Allerdings: Ignoramus et Ignorabimus“ (ein Zitat des Physiologen Du Bois-Reymond).

Zwischen Wissenschaft und Glaube Sein Weg zwischen seiner Existenz als Wissenschaftler und sein Weg als Christ lassen sich nicht trennen: „Der Ort dieses Zwischen ist meine Person“. Integrität eines Lebens ist etwas sehr Persönliches. Sie definiert sich durch die Kohärenz von Leben und Tun. Max Weber hat gesagt, der Wissenschaftler sei nur Wegweiser, er müsse sich nicht ins Ziel bewegen. Kaufmann selber dagegen hat auf die Frage, was wichtig sei im Leben, das Bild des Wegs anders gebraucht: Wichtig sei der Mut, in der Spur dessen zu bleiben, was man für gut befindet. Das sei etwas, „das trägt“, sagt er: „Vielleicht sogar bis zur Ahnung Gottes“. Er selber hat sich immer als lebendigen Teil

des lebendigen Feldes gesehen, das er beobachtet hat. Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Glauben blieb er bewegt von der Suche danach, was für ein Gemeinwesen gut ist. Aber auch für das, was ein Leben trägt. „Integrität als Tugend“: Das könnte auch über diesem 90jährigen Leben und seinen Suchbewegungen stehen. In diesem Sinn ist dieser katholische Intellektuelle mehr als nur statischer Wegweiser. Sondern jemand, an dessen Haltung man sich orientieren kann.

\*\*\*

Irmgard und Benno Rech

## **Wer hat sich verirrt? Die Gläubigen, die Probleme mit ihrer Kirche haben, oder die Kirche, die sich den Problemen ihrer Gläubigen nicht stellt?**

Wer mag es nicht, das Gleichnis vom guten Hirten und seinem verlorenen Schaf! (Mt 18, 12-14) Wer hat ihn nicht vor Augen, diesen Hirten, der seine Schafe liebt, dennoch die Herde im Stich lässt, um das eine, das sich verirrt hat, durch Fels und Dornengebüsch so lange zu suchen, bis er es gefunden hat, es zärtlich um Hals und Schulter legt und fürsorglich zur Herde zurückträgt! Das Gleichnis, so schön es uns die Liebe Jesu zu den Sündern veranschaulicht, hat in der Vergangenheit oft ein behagliches Kirchenbild bedient. Das formte die Vorstellung von einer Kirche, die den verirrtten Sünder, wenn er reumütig in den Schoß der Kirche zurückkehrt und weiter bereitwillig ihren Lehren und Gesetzen folgt, barmherzig aufnimmt. So erhält er wieder seinen alten Platz in der heimatlichen Geborgenheit seiner Pfarrgemeinde. Das verhinderte jeden Gedanken daran, dass eine Katholikin oder ein Katholik je aus tiefer Enttäuschung, gar aus moralischer Empörung seine Kirche verlassen hätte. Dadurch geriet die Papstkirche in ei-

ne immer trägere Selbstherrlichkeit, die sie in ihrer Vorstellung verfestigt hat, dass sie die rechte Kirche ist, die keiner Bekehrung bedarf.

In dieser Selbstgewissheit blind geworden für die Notwendigkeit einer Reform, machte sie jeden Reformen zu einem Ketzer, ohne wahrzunehmen, dass sie sich selber damit in Schuld verstrickt. Ihre führenden Kleriker erkannten nicht, wie der Hochmut des Klerikalismus ungerechte Verhältnisse schafft, die nicht mehr dem jesuanischen Bild einer geschwisterlichen Kirche entsprechen. Sie entwarfen sich ihre eigene Vollmachtstheologie, mit der sie ihren Stand bis ins Heilige überhöhten und absicherten. Für die damit einhergehende Entwürdigung der Laien, vor allem der Frauen, blieben sie unempfindlich. Noch nach dem II. Vatikanischen Konzil galt das Verbot des Priesteramtes für Frauen und damit verbunden das Verbot jeglicher Leitungsfunktion und bevollmächtigten Verkündigung in der Gemeinde den meisten Theologen als so gefestigt, „dass es auch bei noch fortschreitender Emanzipation der Frau in der modernen Gesellschaft weitergelten würde.“ (Rupert Berger, Kleines liturgisches Wörterbuch, Herder-Bücherei 1969, S.133)

In jedem Gestus der Betonung des männlich-zölibatären Priestertums liegt immer zugleich Abwertung und Geringschätzung der Frau. So konnte in dem kleinen liturgischen Wörterbuch folgendes Zitat stehen: „Infolge ihres von Natur aus stärker rezeptiven Wesens hat die Frau dem Gottesdienst gegenüber eine andere Haltung als der Mann. Sie ist leichter bereit, herkömmliche Gottesdienstformen einfach anzunehmen, in stiller Versenkung einem ihr unverständlichen Gottesdienst zu folgen, einen Gottesdienst aus Pflichtgefühl auch ohne innere Einsicht zu besuchen.“ (S. 133)

Sind hier nicht die schlimmen Folgen der Erziehung zum Zölibat erkennbar, die bis ins kleine Lexikon aus dem Herder-Verlag durchdringen. Hier zeigt sich, wie Männer über Frauen spekulieren, wenn ihnen der vertraute Kontakt mit ihnen untersagt wird. Der halben Menschheit als Nichtverstehende dennoch eine tumbe Gutmütigkeit als zu ihrem Wesen gehörend zuzuerkennen und so ihrer Frömmigkeit jede Mündigkeit abzuspriechen, ist anmaßender Zynismus. Noch nach dem Konzil fehlt den meisten

Theologen die Erkenntnis, dass das Verbot der Priesterweihe für Frauen durch die Jahrhunderte theologisch immer zusammenhing mit der Aufwertung des Mannes und der Abwertung der Frau.

Ganz unerwartet hebt das Lexikon dann als Besonderheit der von Priestern ausgeführten Liturgie hervor, dass diese die „Rezeptivität betont und die aktiven Elemente zurückschraubt“ (ebd. S. 134). Was heißt das anders als: Der Priester ist der aus der Gemeinde herausgehobene Hauptakteur. Müssen wir nicht heute, da die Kirchen sonntags stetig leerer werden, die Gläubigen von der derzeitigen Form der Eucharistiefeier nicht mehr angesprochen werden, darin eine mögliche Ursache erkennen für diese Verweigerung? Alte Formulierungen wie „die hl. Messe mit Andacht hören“, „der hl. Messe beiwohnen“ bei der Beschreibung der Sonntagspflicht belegen die passive Rolle, die den Laien im vom Priester dargebrachten Messopfer zugeschrieben wird. Die Liturgie degradiert die sog. praktizierenden Katholiken zu bloßen „Besuchern“ der Priestermesse.

Ist das nicht überhaupt die Haltung vieler Katholiken zu ihrer Kirche geworden: eine rezeptive Gefolgsamkeit! Heute wird vielen in der Kirche immer deutlicher bewusst, dass die herkömmliche „Priestermesse“ wie die gesamte „Priesterliturgie“ an der Intention Jesu, Zugehörigkeit und Tischgemeinschaft ohne Rangunterschiede zu stiften, vorbeigeht. Die Eucharistie feiert ja nicht der Priester, sondern die Gemeinde. Doch was lesen wir in der Berichterstattung über die letzte Vollversammlung des „Synodalen Weges“, bei der es um ein neues Miteinander zwischen Bischöfen, Priestern und Laien geht! „Bischof Bätzing feiert am 9. September den Gottesdienst im Sitzungssaal beim Treffen in Frankfurt.“ (Paulinus Nr. 38 v. 18. Sept. 22) Schlägt hier nicht wieder das hierarchische Denken durch! Programmatisch hätte es doch ab jetzt heißen müssen: Die Synodalen feiern zusammen mit Bischof Bätzing den Eröffnungsgottesdienst.

Die konservativen Bischöfe müssten endlich anerkennen, dass die alte hierarchische Ordnung nicht zum Gefühl der Zusammengehörigkeit geführt hat, sondern zum Auseinanderbrechen der Kirche in die Riege der geweihten Hauptakteure und die der ungeweihten Statisten. Ein gutes Stück

Erlebnis wirklicher Kommunikation, wie sie nach der Sonntagsmesse vor der Kirche oder beim Frühschoppen stattgefunden hat, muss durch eine Neuausrichtung in die Eucharistie hineinkommen. Dazu müsste die Vorrangstellung der Kleriker überwunden, d. h. theologisch abgebaut werden. Hat nicht die dezidierte Gegnerschaft der katholischen Kirche zur Demokratie seit Pius IX. zu einer verstärkten Ermächtigungstheologie des Klerus über die Laien geführt bis hin zum Unfehlbarkeitsdogma und dem Modernisteneid!

Der totale Ausschluss der Frauen, also der halben Menschheit aus dem hierarchischen System, 1994 erneut als endgültig festgeschrieben durch Johannes Paul II., ist kein von der Gesamtheit der Kirchenmitglieder gewolltes Ordnungsprinzip, erst recht keine göttliche Anweisung, sondern ist als Akt von Gewalt einzustufen. Der Ausschluss der Frauen vom Weiheamt darf nicht weiter als verhandelbare Frage diskutiert werden. Das ist eine Frage der Einsicht in Schuld. Wo in einer Gemeinschaft Ausschluss aus Abwertung entstanden ist, herrscht verletzte Ungerechtigkeit. Deshalb muss dieser schuldhafte Zustand als erstes überwunden werden, bevor jede andere Reform angegangen werden kann.

Haben solche Überlegungen nicht auch Konsequenzen für die Deutung des Gleichnisses vom guten Hirten?

\*\*\*

Norbert Lüdecke

## **Marx und die Diakoninnen: Zelebration und Imagepflege**

Wenn Erzbischof Kardinal Reinhard Marx wirklich möchte, dass Frauen Diakoninnen werden sollen, könnte er ja den Papst um ein Indult bitten. Aber das passiert nicht, aus guten Gründen. Wer sich vor diesem Hintergrund mit dem „Die Zeit ist reif“-Spruch vor Frauen in Szene setzt, zelebriert nur sich selbst.

Samstag, 2. Juli 2022 im Münchner Liebfrauentempel: Kardinal Marx predigt im Festgottesdienst zum 150. Geburtstag von Ellen Ammann (1870-1932), einer zweifelsfrei interessanten und führenden Gestalt der katholischen Frauenbewegung. Über zwölf Minuten wiederholt Marx in Schleifen: Maria wie die Gefeierte teilten das richtige biblische Gottesbild, wonach Gott und die Menschen mit ihrem Leid, Gebet und Leben nicht zu trennen seien. Kennt man, alles so und anders vielfach gehört, man kann sich also dem Predigtschlummer hingeben. Aber kurz vor Ende der 14minütigen Predigt wird man unsanft geweckt, denn aus den anlassbegründet vor allem mit Frauen besetzten Kirchenbänken wird fast eine halbe Minute laut applaudiert.

Was hat Marx gesagt? Marx hat das Amt des Diakons erwähnt und hinzugefügt: „Ich glaube, dass die Zeit reif ist, dass es für Männer und Frauen offenstehen muss und soll“. Das löste den spontanen Applaus aus und anschließend den Schlagzeilen-Durchmarsch: „Kardinal Marx für Frauen-Diakonat“. Na also, werden viele Reformhoffnungsgeneigte gedacht haben, da ist er doch wieder: einer der Guten unter den deutschen Bischöfen und Kardinälen, enger Papstberater, Mitinitiator und Stütze des „Synodalen Weges“, und stellt sich hinter das Anliegen der Frauenordination, mit der Diakoninnenweihe als erstem Schritt zur vollen Öffnung des Weihesakramentes auch für Frauen und damit zur wirklichen Teilung der Gewalten unter beiden Geschlechtern. Läuft doch endlich, oder? Eher „oder“, wenn man sich die Zeit nimmt, näher hinzuschauen, wozu da applaudiert wurde.

### **Das Beste ihres Lebens**

Der redetaktisch gegen Ende gebrachte Satz klingt nach „Frauendiakonat jetzt“ und soll das wohl auch. Denn „die Zeit ist reif“ heißt ja, der erreichte Entwicklungsstand fordert zwingend Konsequenzen, was Marx durch die allerdings verunglückte Reihung von „muss und soll“ (umgekehrt wäre es die wohl beabsichtigte Steigerung) unterstreicht. Schon schwächer klingt, dass Marx an die Reife der Zeit nur „glaubt“, nicht im theologischen, sondern im umgangssprachlichen Sinn, d.h. er hält es für möglich oder wahrscheinlich, ist allenfalls verhalten überzeugt. Und was er davor und danach sagt, zeigt zudem: Es geht wieder

einmal um ein typisch katholisch gedehntes „jetzt“. Zuvor weist er darauf hin, die Überlegungen, wie der vom II. Vatikanischen Konzil wiederentdeckte Diakonat konkret aussehen kann, seien „nicht zu Ende“, da sei man auf dem Weg, und er „hoffe“, man könne ihn weitergehen. Und nach seinem Kernsatz ergänzt er, da werde noch viel theologisch und praktisch gearbeitet, wofür er offenbar auch noch Bedarf sieht. Worin dieser genau besteht, erfährt man allerdings nicht; Marx bleibt orakelhaft, aber der Kardinal wird's schon wissen. Schon wer genau hinhörte, hätte deshalb der Harmlosigkeit seiner Aussage gewahr werden und eine gesunde Klatschhemmung bekommen können.

Aber selbst, wer den Satz so nehmen will, wie er wohl wirken soll, hätte den Kardinal doch zu fragen: Und weiter? Und zur Sicherheit auch noch: Was ist mit Diakonat gemeint? Wirklich die erste der drei Stufen des Weihesakramentes oder doch nur das von Kardinal Kasper schon 2013 vorgetragene Modell, Frauen außerhalb des Ordo zu „Gemeindediakoninnen“ zu segnen, sie also im Laienstand zu belassen, aber durch ein frauenspezifisches Sakramentale (nicht Sakrament!) die in amtlicher Sicht besonderen Persönlichkeitswerte der Frau auszuzeichnen, insbesondere ihre „tiefgründige Intuition“, „das Beste ihres Lebens“ bestehe im Einsatz für das Wohl des anderen? Eine Variante, die Frauen zu Recht als Abschiebung in ein „Diakonat zweiter Klasse“ empfinden, als Jodel-Diplom, damit die Frau was Eigenes hat (Christiane Florin), ohne an die bestehenden Machtarrangements zu rühren.

### Mägde der heiligen Kirche

Marx erinnerte in der Predigt daran, dass sein Vorgänger Kardinal Faulhaber den Wunsch der Frauen um Ellen Ammann, sie zu Diakoninnen zu weihen, abschlug. Stattdessen segnete er sie und gestattete ihnen, sich in ihrer frommen „Vereinigung katholischer Diakoninnen“ wenigstens so zu nennen, ohne es zu sein. Um jedem Missverständnis vorzubauen, verfügte die römische Religiosenkongregation 1952 mit der Anerkennung als Säkularinstitut auch die Umbenennung in „Mägde der heiligen Kirche“ („Ancillae Sanctae Ecclesiae“), eine Bezeichnung, die den Menschendienst verschiedener weiblicher Gemeinschaften unter das Leitwort Lk 1,38 stellte: „Siehe, ich

bin die Magd des Herrn“. Marx stellt sich in seiner Predigt nun aber, wenngleich mit einem Effet weg vom binnenkirchlich Liturgischen hin zum Weltdienst, hinter den Konzilsdiakonat, also der Eintrittsstufe in den Klerikerstand.

Gut, wenn das so ist, wäre weiter zu fragen: Was hat er denn getan oder vor zu tun, dass aus seiner Option ein Faktum wird? Er weiß ja, dass trotz einzelner verschärfender Äußerungen von Kurialen der Diakoninnenweihe bislang nur eine Norm rein kirchlichen Rechts entgegensteht (c. 1024 CIC). Von ihr kann der Papst dispensieren oder für bestimmte Teilkirchen eine Ausnahmegenehmigung erteilen (Indult). Der Appell an Bischöfe, den Papst genau darum zu bitten, ist seit 27 Jahren kirchenrechtlich fundiert öffentlich und auch an die deutschen Bischöfe schon 1997 von einem Internationalen Fachkongress zum Frauendiakonat in Stuttgart gerichtet worden. Vom damaligen Weihbischof Marx war nichts zu hören, auch nicht vom Münchener Erzbischof, als 2011 die Bischofskonferenz erklären ließ, das ZdK belaste mit seiner Forderung nach dem Frauendiakonat das Gespräch mit den Bischöfen. Vor fast 10 Jahren sah dann bereits Kardinal Lehmann die Zeit für eine verbindliche Entscheidung gekommen. 2019 hat Bischof Fürst den Frauendiakonat als „Zeichen der Zeit“ gewertet und dazu aufgefordert, die vorliegenden Forschungsergebnisse „mutig zu nutzen, um einen Diakonat der Frau einzuführen.“ 2020 hielt das der Vorsitzende der Bischofskonferenz für „sehr legitim“ und eine entsprechende Bitte seitens des „Synodalen Weges“ für möglich, allerdings nicht ohne bremsend hinzuzufügen, endgültige Entscheidungen könne nur ein Konzil treffen – ein kompletter Unsinn angesichts des Dogmas vom Jurisdiktionsprimats des Papstes, der nichts, aber auch gar nichts vorrangig einem Konzil überlässt. Dürfte man nicht aufgrund des von allen Diözesanbischöfen vor ihrem Amtsantritt geleisteten Treueids von ihrer 100%igen Papstergebenheit ausgehen, könnte man sich um einen konziliaristischen Schwächeanfall ihres Vorsitzenden sorgen.

**"Mit dem Indult habe ich ein Problem"**

Warum hat der Papstberater Marx nicht schon längst selbst oder im Verbund mit gleichgesinnten Mitbrüdern im Bischofsamt

mit dem ihm möglichen Nachdruck den Papst um ein solches Indult für den Frauendiakonat ersucht? Auf der 3. Vollversammlung des „Synodalen Weges“, die genau dies befürwortete, klang das so: Er stimmte seinem Vorredner Bischof Bode zu, der den Frauendiakonat nicht via Indult aus Gnade, sondern aus Gerechtigkeit will. Richtig – so Marx – das bleibe schwierig, sei „schwer vermittelbar. Wie ich die römischen Verhältnisse kenne, kann ich mir das nicht vorstellen. Wie soll das kommen? Die Kommission ist zwei Mal eingesetzt worden, die Mitglieder der Kommission können Sie sich ja anschauen. Da braucht man nicht viel Phantasie. Also da muss ich ein bisschen ernüchtern und wirklich, also, ein Votum für den Diakonat der Frau, das ist für mich kein Thema und auch der für eine Weiterentwicklung des Diakonats vielleicht, aber mit dem Indult habe ich ein Problem, weil das wirklich in der Öffentlichkeit und auch innerkirchlich in eine komische Richtung führt.“ Komischer als die Option des „Synodalen Weges“ ist eher der Hinweis des Kardinals auf die Kommissionen. Sie sind für den Papst so verbindlich wie der „Synodale Weg“ für die deutschen Bischöfe, nämlich überhaupt nicht. Es ist der Papst selbst, der schon im Nachsynodalen Schreiben „Querida Amazonia“ (Nr. 100) klargestellt hat: Die Forderung nach einer Weihe von Frauen führe zu ihrer, den besonderen Wert der Frau subtil herabmindernden Klerikalisierung. Statt also das angeblich geteilte Anliegen mit der von ihm gewohnten Wucht vor den Papst zu tragen und sich im Falle einer Abfuhr wenigstens an der Seite der Gläubigen gezeigt zu haben, möchte Marx lieber nicht dazu aufgefordert werden, sondern sich mit dem x-ten öffentlichen Votum für den Frauendiakonat begnügen. Aber man ahnt, wie es kommen wird, wenn man liest, wie beim Australischen Plenarkonzil das ursprüngliche Votum für die Diakoninnenweihe trotz überwältigender Mehrheit des Gesamtgremiums an der fehlenden Mehrheit der Bischöfe scheiterte und dann in ein butterweiches Null-Votum umformuliert wurde. Auch Marx bläst ein wenig in das Fünkchen Hoffnung, will aber kein Feuer.

### Diener-Diener und Leiter-Diener

Deshalb schweigt er auch zu der ebenfalls auf dem „Synodalen Weg“ notorischen Illusion, der Frauendiakonat wäre der erste

Schritt, auf den die Zulassung von Frauen zu den anderen Weihestufen folgen könnte. Das kann sie nämlich nicht, jedenfalls nicht ohne einen fundamentalen Selbstwiderspruch des kirchlichen Lehramts: Die als vom ordentlichen und universalen Lehramt der Bischöfe unfehlbar vorgelegte Lehre von der Unmöglichkeit der Priester- und damit auch der Bischofsweihe von Frauen führte mit der ggf. ermöglichten Diakoninnenweihe die Geschlechterhierarchie nur innerhalb des Klerikerstandes fort: Es gäbe weiterhin Diakone mit Priester/Bischofsoption und ständige Diakoninnen ohne diese Option. Zudem hat bereits Papst Johannes Paul II. den Diakonat doktrinell deutlicher von den beiden höheren Weihestufen abgeschichtet und sein Nachfolger den Codex entsprechend geändert. Danach agieren nur Priester und Bischöfe aufgrund ihrer Befähigung zu Konsekration, Absolution und besonderer Leitung in persona Christi Capitis. Die Diakone repräsentieren anders, nämlich indem sie in der Diakonie der Liturgie, des Wortes und der Liebe dienen (c. 1009 § 3 CIC). Insofern jede Weihe zum Dienen befähigt, würden zwar auch Frauen sich als wesensverschieden von Laien fühlen dürfen, aber nur zu den Diener-Dienern gehören, während allein Männer die Leiter-Diener bleiben. Der weibliche Partizipationsgewinn wäre sehr überschaubar, einen Machtgewinn gäbe es nicht.

Wer sich vor diesem Hintergrund mit dem „Die Zeit ist Reif“-Spruch vor Frauen in Szene setzt, deren Zustimmung er sich so sicher sein kann, wie „Froh über Diakoninnen“-Worte reichen, „um in der katholischen Kirche Kardinal auf liberal zu reimen“, und mit der wahrscheinlich schon bereitliegenden Pressemitteilung die entsprechende Schlagzeile vorgibt „Kardinal Marx spricht sich für Öffnung des Diakonats von Frauen aus“, zelebriert nur sich selbst, instrumentalisiert die Predigt in der Eucharistiefeier für reine Imagepflege und verspottet nicht nur die Frauengemeinschaft, zu deren Feier er gebeten war. Aber mit Katholik:innen kann man's ja machen.

(Wir drucken diesen Text mit Erlaubnis des Autors leicht gekürzt nach aus: Theosalon. Meinungen zu Kultur und Religion, 10. Juli 2022. Red.)

\*\*\*

Gregor Tischler

## Wie geht das, Christsein in moderner Welt?

Die Gottesdienste, so zeigen Statistiken und Analysen, werden immer weniger besucht. Gründe dafür sind sicher die Pandemie und der kirchliche Umgang mit den Missbrauchsskandalen. Generell nimmt die Akzeptanz der Kirchen rapide ab - und dies liegt bestimmt nicht allein an den genannten Ursachen.

Das Phänomen ist eigentlich auch für die, die dem christlichen Glauben ferne stehen, wenig erfreulich. Ohne das jüdisch-christliche Fundament der Nächstenliebe geriete wohl unser ganzes Gesundheits- und Sozialsystem in Gefahr. Sie äußert sich in Sensibilität und Hilfsbereitschaft - auch Atheisten, die derlei an den Tag legen, stehen der Botschaft Jesu (so Mt 7,21) nicht fern.

Doch wie sieht es mit dem Verständnis der Glaubensüberlieferungen aus? Damit sind wir bei den Wurzeln dessen angelangt, was den Mangel an Überzeugungskraft kirchlicher Verkündigung betrifft. Dogmatische und liturgische Formulierungen, ja, das gesamte Credo, erklären sich nicht von selbst, sondern wirken oft nur noch wie leere Floskeln. Aber kann man sie überhaupt noch erklären, in einer weitgehend "aufgeklärten" (westlichen) Gesellschaft? Wo wird das wirklich versucht? In Sonntagspredigten? In Vhs-Kursen? Im Internet oder in Zeitschriften und Büchern, die auch für Nichttheologen les- und verstehbar sind?

Eine der wichtigsten christlichen Wochenzeitungen, die sich kritisch und abgeschlossen gegenüber Glaubens- und Kirchenfragen zeigt, ist der im Herder-Verlag erscheinende "Christ in der Gegenwart"<sup>1</sup>. Johannes Röser wurde 1995 Chefredakteur und ist seit 2020 Herausgeber. Nun fasste er sich ein Herz und stellte sich der Herausforderung, die Gottesfrage neu zu überdenken:

Johannes Röser, Auf der Spur des unbe-

kannten Gottes. Christsein in moderner Welt, Herder Verlag Freiburg i.Br. 2021, 380 S.

Der Untertitel gibt die Richtung vor: Wie kann man sich zugleich als "modern" und christlich verstehen? Bei der Lektüre des Buches wird deutlich, dass diese Frage nicht einfach zu beantworten ist.

Der Autor ist, wie man auf allen 380 Seiten merkt, ein kompetenter Journalist und Kommentator. Es bedarf keines Theologiestudiums, um dem Inhalt zu folgen. Man kann die einzelnen Kapitel auch isoliert lesen; denn nicht immer bauen sie stringent aufeinander auf. Während es in den ersten vier (von 15) Kapiteln darum geht, wie der Mensch überhaupt auf die Frage nach der Existenz eines Gottes kam, welche Argumente für sie sprechen, so versuchen die übrigen Abschnitte, die den Großteil des Buches ausmachen, das christliche Glaubenserbe für heute zu deuten. Röser versucht, dessen Elemente - vom Glauben an Jahwe und Christi Gottessohnschaft bis hin zum Sakramentalen, zu Ethik und Wesen der Kirche u.v.a. - aufgeschlossene Christen, die mit dem bloß Herkömmlichen wenig anfangen können, gedanklich nachvollziehen zu lassen.

Die meiner Meinung nach interessantesten Kapitel des Buches tragen die Überschriften "Rätselhaftes Universum" (Kap. II) und "Die Geburt des Menschen im Haus der Evolution" (Kap. III). Der Autor führt uns in die ungeheuren, unfassbaren Räume des Weltalls und zu den nicht minder stauenswerten Gesetzmäßigkeiten der Evolution. In der Tat könnte das der Schlüssel für die Frage nach der möglichen Existenz Gottes sein. Bereits in der Theologie des Mittelalters, bei Thomas von Aquin, finden wir zeitlos relevante Argumente, die sog. "Gottesbeweise" aus der Kausalität und Finalität. Allgemein verständlich ausgedrückt: Es sind die Fragen, weshalb es überhaupt etwas gibt, die Frage nach der letzten Ursache, und zugleich, warum das, was ist, sich zielgerichtet entwickeln kann. Je größer die Erkenntnisse der Naturwissenschaften, umso größer das Staunen über Makro- und Mikrokosmos (letzterer kommt im Buch leider etwas zu kurz)!

Wie kommt es, nach heutigem Wissen nur auf einem Staubkorn im schier unendlichen All, zur Entstehung des Lebens? Warum entwickelt sich dieses über Milliarden Jahre so weit, dass es ein Wesen geben

<sup>1</sup> Die Wochenzeitschrift "Christ in der Gegenwart" erscheint unter diesem Titel erst seit 1967. Gegründet wurde sie 1948 als "Freiburger katholisches Kirchenblatt" und hieß ab 1949 "Der christliche Sonntag".

wird, das darüber nachdenken kann? Und dass dieses Wesen nach dem Wahren, Guten und Schönen zu streben vermag? Dass es sogar eine Fähigkeit entfalten kann, die wir als Höchsthöhe der Evolution ansehen dürfen: die Liebe? Freiheitsstreben, Hoffnung, Sinnsuche - alles nur Produkte des Zufalls?

Von diesen Grundfragen aus kann man wohl auch zu wesentlichen Glaubens Inhalten weiterfragen. Ist die Liebe die kostbarste Erfüllung der Menschlichkeit, ist dann der Satz, dass Gott selbst die Liebe ist (1 Joh 4,8) wirklich so abwegig? Muss die Hoffnung auf Erlösung von dem Übel und dem Bösen wirklich nur eine Illusion sein oder gibt es doch eine Überwindung des Theodizeeproblems, auch wenn es, wie es Georg Büchner in "Dantons Tod" formulierte, "der Fels des Atheismus" bleibt? Doch ist ein simpler Atheismus wohl auch keine Lösung für unsere Grundfragen...

Rösers Buch liefert viele Denkanstöße für ein aufgeschlossenes Verständnis des Glaubens. Doch abschließende Antworten können und sollen sich darin nicht finden. Allzu lange, so könnte man Rösers Überlegungen ergänzen, predigte die Kirche eine einseitige "Erlösungstheologie". Ein Wesensbestandteil von ihr war seit Kirchenväterzeiten eine Leib- und Erotikfeindlichkeit. Man trennte Agápe, Nächstenliebe, vom Eros - und betrachtete sie als Gegensätze. Dass aber gerade in der Erotik uns die Schönheit der Schöpfung offenbar werden kann, dass sie die Grundlage des Lebens und dessen Weitergabe ist, sah man nicht. Es ist an der Zeit, die Theologie der Schöpfung ins Zentrum des Glaubens zu rücken. Röser hat recht: Wo wir uns als Suchende im Glauben befinden, finden wir bestenfalls - und hoffentlich - Spuren des unbekanntes Gottes.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## **Priesterkinder**

1983 erzielte die vierteilige Fernsehfolge „Die Dornenvögel“ extrem hohe Einschaltquoten. Gegenstand der Verfilmung des

gleichnamigen Romans der australischen Schriftstellerin Colleen McCullough ist die Liebesgeschichte zwischen der Farmers-tochter Meggie Cleary und dem Priester Ralph de Bricassart. Ihre leidenschaftliche Liebe, die moralischen Verwirrungen, das menschliche Leid, all das, was aus dieser Konstellation resultiert, machen diesen Filmstreifen geradezu zu einem eindrucksvollen Lehrstück. Während Meggie von Ralph schwanger wird und ihren Sohn Dane zur Welt bringt, macht er eine vatikanische Karriere, ohne dass er von seiner Vaterschaft weiß. Erst als Dane, der selbst Priester wird, in Griechenland ertrinkt, erfährt Ralph von Meggie, dass er der Vater ist und bricht unter dieser späten Erkenntnis zusammen.

Dane, das Priesterkind, spielt im Roman wie im Film eine Nebenrolle, wenngleich sein früher Tod zu mancher Interpretation einen Anlass bietet. Das Problem der Priesterkinder stand zu jener Zeit nicht im Fokus des Interesses. Das hat sich seitdem geändert.

So erregte Karin Jäckels 1994 erschienene Dokumentation mit dem bezeichnenden Titel „Sag keinem, wer dein Vater ist“, in der Priesterkinder sowie ihre Mütter und Väter zu Wort kommen, Aufmerksamkeit. Heute wird, zumindest in unseren Breiten, die Vaterschaft eines Priesters kaum mehr als Skandal empfunden, wohl aber die zahlreichen Fälle, bei denen sich Priester ihrer väterlichen Verantwortung entziehen und weiter fromm am Altar stehen.

### **Eine beispielhafte Biographie**

Es gibt zahlreiche Selbstzeugnisse von Priesterkindern. Besonders beispielhaft und aufschlussreich ist das des irischen Theologen und Psychotherapeuten Vincent Doyle.<sup>1</sup> Am Abend des 19. Mai 2011 las er Verse seines priesterlichen „Taufpaten“, und ihm wurde schlagartig klar, was er jahrelang geahnt hatte, aber nicht wahrhaben wollte, dass dieser Mann sein leiblicher Vater ist. Doyle war zu diesem Zeitpunkt 28 Jahre alt. Das gewonnene Wissen machte ihn zunächst ratlos. Sollte er sich offenbaren, oder war es besser, das Geheimnis für sich zu behalten? Er entschied sich, das Schweigen zu brechen - und erfuhr, nicht

<sup>1</sup> Vincent Doyle, Ouer fathers. A Phenomenom of Children of Catholic Priests and Religious, FeedA-Read.com, 2020. V. D., Dzieci Boga (Gotteskinder), Tygodnik Powszechny v. 01. 07. 2022, S. 30 - 36.

von Seiten seiner Mutter, wohl aber von Verwandten und Freunden Ablehnung. Er wurde beschimpft, fühlte sich bedroht und verfolgt. Man drängte ihn, Irland zu verlassen, seinen Namen zu ändern, einer Forderung, der er tatsächlich nachkam, denn in Wirklichkeit heißt er nicht Vincent Doyle, sondern Vincent Finn.

Doyle hat unter dieser scharfen Ablehnung durch sein unmittelbares soziales Umfeld schwer gelitten. Er fühlte sich stigmatisiert, als eine Verkörperung der Sünde und sehr vereinsamt. Er benötigte vier Jahre Psychotherapie, um sein Schicksal als Priesterkind aufzuarbeiten und anzunehmen. Sein Leiden begann bereits im Mutterschoß. Als seine Mutter wusste, dass sie schwanger war, ging sie zur Beichte. Doch sie fand nicht wie die Ehebrecherin im Evangelium Barmherzigkeit, sondern wurde vom Beichtvater gleichsam geistig gesteinigt. Er schrie sie an, beschimpfte sie als Hure, verlangte, seinen priesterlichen Mitbruder nicht weiter zu behelligen. Ihr Bauch, so Doyles Mutter, habe sich unter diesen Anschuldigungen hart wie Stein angefühlt. Diese Beichtstuhlfahrung blieb für die Leibesfrucht offenbar nicht folgenlos. Doyles Mutter berichtet, dass ihr Baby mit verkrampften Händen und Füßen zur Welt kam und in den ersten drei Wochen keinen Laut von sich gegeben habe – Zeichen einer pränatalen Stresssituation.

Immerhin blieb Doyle das Schicksal vieler Priesterkinder erspart, deren Väter sich in keiner Weise um sie kümmern. Sein Vater hielt zu seiner Mutter weiterhin Kontakt, umsorgte sein Kind, verlebte die Wochenenden mit ihm. Seinen Wagen stattete er eigens mit einem Kindersitz aus, so dass ihm offenbar egal war, was die Leute denken mochten. Er wollte den kleinen Vincent auch in Ausübung seines pastoralen Dienstes bei sich haben. „Meine Kindheit verbrachte ich in der Kirche, und das Wortwörtlich. Wenn Papa Gottesdienst hielt, saß ich immer in der ersten Reihe. Ich war ihm nahe, wenn er Krankenbesuche machte. Musste er mit jemandem unter vier Augen sprechen, verstand ich das und vertrieb mir die Zeit auf dem Hof.“<sup>2</sup>

Für die zwischen Vater und Mutter abgesprochene Geheimhaltung zeigt Doyle Verständnis. Verantwortlich dafür sei die Kirche, die zu jener Zeit Priester, die Kinder

gezeugt und dies nicht verheimlicht hatten, nach Ausscheiden aus dem priesterlichen Amt in keiner Weise finanziell unterstützte. Hätte sich damals sein 50jähriger Vater zu seiner Vaterschaft öffentlich bekannt, wäre er aus dem kirchlichen Dienst entlassen worden. Als Arbeitsloser wäre er nicht in der Lage gewesen, für ihn und seine Mutter zu sorgen, wie er es getan hat. Die katholische Kirche dürfte die einzige Institution sein, in der man seine Arbeit durch Elternschaft verliert. Moralisch ist das nicht zu rechtfertigen.

### Doyles Engagement für Priesterkinder

Während seiner Psychotherapie reifte in Doyle der Beschluss, anderen Priesterkindern zu helfen und für ihre Rechte zu kämpfen. Um dazu entsprechend gerüstet zu sein, ließ er sich zum Psychotherapeuten ausbilden. Er bemühte sich, die Bischofskonferenzen für sein Vorhaben zu gewinnen, Priesterkindern jede erforderliche Hilfe zuteilwerden zu lassen. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Manche Episkopate waren sogleich für eine Zusammenarbeit bereit, andere nicht. Fünf Jahre dauerte es, bis die amerikanischen Bischöfe auf seine Anfragen reagierten. Selbst ein persönlicher Besuch in den Staaten blieb erfolglos. Erst als sich Doyle in Rom mit Kardinal Daniel DiNardo, dem ehemaligen Vorsitzenden der amerikanischen Bischofskonferenz, traf, taten sich für ihn in den USA die Türen auf. Gänzlich ablehnend verhielten sich die polnischen Bischöfe. Seit 2018 versandte Doyle an sie Briefe und Mails, und das in polnischer Sprache, um mit ihnen in Kontakt zu treten und sie zu dem Eingeständnis zu bewegen, dass auch ihre Priester in Polen wie im Ausland Kinder haben. Eine Antwort erhielt er nicht.

Doyle war klar, dass das Problem der Priesterkinder solange ungelöst bleibt, bis sich der Vatikan zu seiner Verantwortung bekennt. Daher bemühte er sich um entsprechende Kontakte und traf sich mit Vertretern der Kleruskongregation sowie mit Erzbischof Ivan Junkowicz, dem Vertreter des Apostolischen Stuhls bei den Vereinten Nationen, den er für sein Engagement gewinnen konnte. Bei all diesen Bemühungen sparte Doyle keineswegs mit Kritik am Vatikan, der es in Ermangelung entsprechender Richtlinien seit Jahren dabei belasse, lediglich zu empfehlen, Priesterväter aus

<sup>2</sup> Vincet Doyle, Dzieci Boga, a.a.O., S. 31.

dem Amt zu entlassen. „Würde eine Organisation in der Welt die Vaterschaft mit Arbeitslosigkeit bestrafen, dann wäre die katholische Kirche die erste, die dies verurteilen würde. Doch anders stellt sich die Situation dar, wenn dergleichen vor der eigenen Haustür passiert.“<sup>3</sup>

### Coping International

Besonders unterstützt wurde Doyle vom Dubliner Erzbischof Diarmuid Martin, der ihm 2014 die Internetplattform Coping International finanzierte. Sie dient als weltweite Informationsquelle für Kinder katholischer Priester und ihrer Mütter. Ihnen stehen in 26 Sprachen Theologen und Psychotherapeuten zur Verfügung, die sie betreuen, gegenüber kirchlichen Stellen vertreten und sich für ihre Rechte einsetzen. Dass eine solche Plattform notwendig ist, zeigt die Tatsache, dass in vielen Diözesen der Weltkirche das Problem der Priesterkinder negiert, marginalisiert und vor der Öffentlichkeit vertuscht wird. Und dass wenig Bereitschaft besteht, finanzielle Hilfe zu leisten.

An das von Doyle gegründete und geleitete Coping International wenden sich Betroffene aus aller Welt. So lässt sich eine breite Übersicht über ihr Schicksal gewinnen. Besonders tragisch ist die Situation der Mütter von Priesterkindern in einigen afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Dort sind sie gesellschaftlich geächtet, finden keine Arbeit und sind oft obdachlos. Im günstigsten Fall können sie mit einer kirchlichen Unterstützung rechnen, doch nur dann, wenn sie Stillschweigen geloben. Doyle berichtet von einem Fall auf den Philippinen, wo ein Priester, der ein Kind gezeugt hatte, in ein fernes Land versetzt wurde, um ihm jeden Kontakt mit dem Kind und der Mutter unmöglich zu machen. Die Frau erhielt zwar als „Entschädigung“ 90 000 Dollar, musste aber eine Erklärung unterschreiben, durch die sie sich verpflichtete, die Summe zurückzuzahlen, falls sie oder ihr Kind die Vaterschaft des Priesters öffentlich machen würden.

### Kirchliche Richtlinien

Nicht zuletzt ist es den Bemühungen von Doyle zu verdanken, dass es seit 2020 kirchliche Richtlinien gibt, die das Verhalten der Bischöfe für den Fall der Vater-

schaft eines Priesters regeln. Sie orientieren sich an den Leitlinien der irischen Bischofskonferenz „Grundsätze der Verantwortung von Priestern, die Kinder zeugen“. Darin heißt es u. a.: „Wenn ein Priester Vater eines Kindes wird, soll das Wohl des Kindes sein primäres Anliegen sein.“ Betont wird, unter voller Einbeziehung der Mütter, die „persönliche, rechtliche, moralische und finanzielle Verantwortung“ eines solchen Priester.

Ein Priester kann trotz seiner Vaterschaft im Amt bleiben, wenn er ein erwachsenes, über 20 Jahre altes Kind hat. Gleiches gilt für den Fall, dass ein Priester über 40 Jahre alt ist, sich zu seiner Vaterschaft bekennt, aber mit der Kindesmutter keine bleibende Beziehung eingehen will und das Wohl des Kindes dafür spricht, dass er im priesterlichen Dienst verbleibt.

Die vatikanischen Richtlinien sind zugleich ein Eingeständnis, dass die bisherige Praxis der Marginalisierung und Vertuschung ein Fehler war und der Bruch des Zölibatsversprechens und die Vaterschaft von Priestern keine Einzelfälle sind, so dass ihre weltweit hohe Zahl ein wichtiges Argument in der Diskussion um Sinn und Praktikabilität des Priesterzölibats bildet.

\*\*\*

Werner Müller

## Neue Kardinäle – und erneut ein emeritierter Papst?

Am 27. August 2022 kreierte Papst Franziskus 20 neue Kardinäle. Dadurch stieg die Zahl der unter-80-jährigen, wahlberechtigten Kardinäle auf 132, 12 über der von Paul VI. festgelegten Höchstzahl, und die von Franziskus selbst Kreierten auf 82 gegenüber 38 von Benedikt XVI. und 11 von Johannes Paul II. Die für die Wahl eines neuen Papstes erforderliche Zweidrittelmehrheit von 88 ist damit fast erreicht. Kein Wunder, dass die Rücktrittsgerüchte, denen Franziskus im Juli noch entgegenge-

<sup>3</sup> Ebs., S. 32.

treten war, neue Nahrung erhielten, zumal er unmittelbar nach dem ordentlichen zu einem außerordentlichen Konsistorium, mitten im italienischen Sommer, eingeladen hatte. Es wurde spekuliert, dass er seinen Rücktritt in näherer oder ferner Zukunft konkreter gestalten möchte, durch eine Konklave-Reform - die letzte stammt von Johannes Paul II. aus dem Jahr 1996 - in Verbindung mit kirchenrechtlichen Regeln für einen Amtsverzicht und/oder für eine Amtsunfähigkeit (der Gesundheitszustand des derzeitigen Papstes ist bekanntlich nicht der beste!); Kirchenrechtler aus verschiedenen Ländern haben schon im letzten Jahr Klärungsbedarf in weiteren Fragen angemeldet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Mitte des Jahres von der Theologischen Fakultät Trier angenommene und mit *summa cum laude* bewertete Dissertation: Die von dem Kirchenrechtler Christof Ohly, Rektor der Kölner Hochschule für Katholische Theologie und dort seit April 2020 ordentlicher Professor für Kirchenrecht, betreute Arbeit unter dem Titel *Episcopus emeritus Ecclesiae romanae. Eine kanonistische und rechtshistorische Untersuchung des päpstlichen Amtsverzichts unter besonderer Berücksichtigung der Verzichtleistung Papst Benedikts XVI.* von Sebastian Marx bietet nach den Worten des Rektors der Fakultät, Johannes Brantl, „sehr differenzierte Überlegungen dahingehend, wie die Rechtsstellung eines emeritierten Inhabers des Papstamtes im Verfassungsgefüge unserer katholischen Kirche verstanden und gestaltet werden kann“. In seiner *Lectio* zu seinem Dissertationsthema lässt es der neue Doktor der Theologie, vor versammelter amtskirchlicher Prominenz, nicht an Deutlichkeit fehlen: „Derjenige, der auf sein Amt als Bischof von Rom und damit auf das Petrusamt verzichtet hat, ist fortan als ‚emeritierter Bischof der Kirche von Rom‘ zu bezeichnen, in rechtlicher Gleichstellung zu jedem anderen emeritierten Bischof ... Kirchenrechtlich steht außer Frage, dass der Emeritus nach seinem Amtsverzicht keinerlei Teilhabe am Papstamt mehr hat – auch nicht in einer ‚passiven‘ Form. Dies gilt es, ... durch besondere Gesetzgebung festzustellen“.

Wenn nicht alles täuscht, wird zurzeit in Rom an einem entsprechenden Gesetz gearbeitet. Da auch in der Kirche Gesetze

nicht rückwirkend gelten, muss der inzwischen 95-jährige emeritierte Papst bzw. Bischof von Rom, Joseph Ratzinger, um seine Bleibe im Vatikan-Kloster *Mater Ecclesiae* nicht fürchten. „Emeritierter Bischof von Rom“, das scheint genau das zu sein, was Franziskus für einen möglichen Rücktritt in Erwägung zieht, im Unterschied zu seinem Vorgänger.

Schauen wir uns aber die neuen Kardinäle, die nach einem eventuell erneuten päpstlichen Amtsverzicht, früher oder später, den neuen Papst wählen werden, etwas genauer an. Dabei können nur „Trends“ beachtet werden; wer sie im Einzelnen kennenlernen möchte, findet auf sie <https://www.vaticannews.va/de/vatikan/news/2022> kurz vorgestellt.

Von den neuen Kardinälen sind 16 unter der Altersgrenze von 80 Jahren und damit wahlberechtigt. Drei kommen aus der Kurie und waren bisher schon Kurienspitzenmitarbeiter des Papstes. Sechs stammen aus Asien und Ozeanien, drei aus Lateinamerika, zwei aus Westafrika, fünf aus Italien - von denen aber drei die Altersgrenze 80 schon überschritten haben -, einer aus Frankreich (Marseille); Deutschland ging leer aus, verbleibt somit seit 2014 bei drei Papstwählern: Marx (68), Woelki (66), G.L. Müller (74) – alle anderen deutschen Kardinäle sind jenseits der 80.

Ein neuer Kardinal kommt aus dem Bistum San Diego (USA): Robert McElroy, der in allen unter den amerikanischen Bischöfen strittigen Fragen wie Migration und Abtreibungsgesetzgebung die Position Franziskus‘ vertritt – während die zur erzkonservativen Mehrheit der US-amerikanischen Bischofskonferenz gehörenden Erzbischöfe von Los Angeles und San Francisco, als Hardliner in diesen Fragen, offensichtlich bewusst übergangen wurden, auch wenn es sich wie bei José Gomez um einen Latino, Angehörigen des *Opus Dei* und Vorsitzenden der Bischofskonferenz handelt.

„Konservative Katholiken in den Vereinigten Staaten bezeichnen die Berufung McElroys als weiteren ‚Schlag ins Gesicht‘, vor allem für die wachsende Zahl von Latinos unter den dortigen Katholiken“, weiß Matthias Rüb, Rom, (FAZ 30. 8. 2022) zu berichten.

Allein schon diese Zahlen und Beobachtungen machen Trends sichtbar: „Weniger

Zentrum, mehr Peripherie“ und „Weg vom Norden, hin zum globalen Süden“, wie Rüb festhält. Bereits seit einiger Zeit gibt es keine absolute Mehrheit der Europäer im Kardinalskollegium mehr. Die noch bestehende kumulierte Mehrheit von Europäern und Nordamerikanern fällt wegen des Erreichens der Altersgrenze einiger Mitglieder im ersten Halbjahr 2023; „Europa stellt im nächsten Konklave nur noch 53 der 131 Wähler“ (Rüb), was die Frage aufwirft, ob auch der Nachfolger des Argentiniers Jorge Mario Bergoglio nicht aus Europa stammen wird. Die Ära der europäischen Päpste scheint mit dem Rücktritt des ‚deutschen‘ Papstes Benedikt XVI. vorbei zu sein. Auffallend ist auch ein parallel verlaufender Trend: „keine Erbhöfe mehr!“. Die in den USA übergangenen, traditionell einen Kardinal stellenden Erzbistümer wurden schon genannt. In Europa, speziell Italien, gesellen sich Mailand, Turin, Genua, Venedig und - im Süden - Neapel und Palermo hinzu, Paris und Krakau ergeht es ebenso; das (bislang) erzkatholische Irland hat überhaupt keinen Purpurträger mehr vorzuweisen. Stattdessen bevorzugt Franziskus offenbar Kandidaten, die - unabhängig von der Prominenz ihres Bischofssitzes - seine Agenda in verschiedenen Hinsichten unterstützen (man könnte vielleicht auch von „Linientreue“ sprechen - wenn eine klare theologische, kirchenpolitische Linie erkennbar wäre!). Auch einfache Priester und Missionare, die nicht unbedingt große theologische Kompetenz oder akademische Grade vorzuweisen haben, wurden zu Kardinalen kreiert. Das beste Beispiel ist der neue Kardinal von Ulan-Bator in der Mongolei: der Italiener Giorgio Marengo, der seit vielen Jahren dort lebt und seit 2021 als Leiter der Apostolischen Präfektur für gerade mal 1000 Katholiken (2014 - neuere Zahlen liegen nicht vor) zuständig ist; mit 48 Jahren ist er der weltweit jüngste Kardinal. Er hat die Aussicht, noch bei mehreren Konklaven wählen zu dürfen.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Ambivalente Einstellung des Papstes zum Krieg in der Ukraine

Mit dem Tag, an dem Putins Truppen die Ukraine überfielen und seine Soldateska brutal gegen die Zivilbevölkerung vorging, sind die Augen der Welt auf Papst Franziskus gerichtet. Von ihm, der durch seine bisherigen Worte und Taten als Fürsprecher der Schwachen, Unterdrückten und Notleidenden galt, erwartete man, dass er ohne Wenn und Aber Putins Überfall auf die Ukraine verurteilen und seine Solidarität mit den unter den barbarischen Folgen des Krieges leidenden Ukrainern unter Beweis stellen würde. Diese Erwartung wurde indes enttäuscht. Mit Verwunderung und Empörung kommentierten daher selbst Katholiken, die ein positives Bild vom Papst hatten, seine Äußerungen zum Kriegsgeschehen.

Diese vom Papst an den Tag gelegte Zurückhaltung war man nicht gewohnt. Schließlich hatte sich Franziskus nicht gescheut, 2016 auf seiner Pilgerreise nach Mexiko den das Präsidentenamt anstrebenden Donald Trump scharf zu attackieren: „Wer nur an die Errichtung von Mauern, nicht aber an einen Brückenbau denkt, der ist kein Christ.“

### Fragwürdige Äußerungen

Zum Krieg in der Ukraine hat sich Papst Franziskus mehrfach geäußert, u. a. in der argentinischen Tageszeitung „La Nacion“ und im auflagenstärksten italienischen Blatt „Corriere della Sera“. Doch was dort von ihm zu lesen stand, wurde in der Öffentlichkeit als unangemessen empfunden und scharf kritisiert. So sprach er von einem „Gebell der NATO vor den Toren Russlands“. Damit suggerierte er, die NATO habe Putin zu dieser „Spezialoperation“, wie der russische Präsident seinen Krieg nennt, provoziert. Im Grunde gab der Papst damit Putin für seine Rede am 9. Mai die Vorlage. Denn der rechtfertigte seinen Krieg u. a. damit, dass er lediglich dem

Westen zuvorgekommen sei, der einen Angriff auf Russland geplant habe.

Auf die Frage, ob man Waffen liefern solle, antwortete der Papst ausweichend: „Ich weiß nicht, bin zu weit weg.“ Nun, so weit ist Kiew von Rom nicht entfernt, sondern in wenigen Flugstunden erreichbar. Eine Einladung hatte er ja auch vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj erhalten, um sich vor Ort umzuschauen, sich in Butscha ein Bild von den russischen Kriegsverbrechen zu machen, die Opfer zu betrauern und die Masse an zerbombten Wohnblocks in Augenschein zu nehmen. So vor Ort hätte er nicht anders gekonnt, als den Ukrainern bei der Verteidigung ihrer Heimat Mut zuzusprechen und Putin aufzufordern, dem Morden ein Ende zu setzen.

Doch so eindeutig will sich der Papst nicht positionieren. Auf Twitter ließ er verlauten, „wir alle“ seien für diesen Krieg verantwortlich. Wirklich? Nicht allein der Aggressor, auch die sich wehrenden Ukrainer? „Wir alle“, das kommt der Verflüchtigung von Verantwortung gleich, so dass am Ende niemand mehr schuldig ist, nicht einmal Putin.

Anstoß erregte zudem, dass Franziskus als erstes die russischen Soldaten und nicht die ukrainische Zivilbevölkerung erwähnte, als er von den Opfern dieses Krieges sprach.

## Es darf keine Kriege geben

Seine Enzyklika „Fratelli tutti“ vom 3. Oktober 2020 hat die „Geschwisterlichkeit aller Menschen“ und in diesem Kontext auch den Krieg zum Thema. In ihr verurteilt der Papst in aller Schärfe jeglichen Krieg: Man entscheide sich „leicht zum Krieg unter allen möglichen angeblich humanitären, defensiven oder präventiven Vorwänden“, und das unter der Vorgabe, dass derlei Gründe, „gerechtfertigt“ seien. (239) Im Übrigen mache es die Entwicklung moderner Waffentechnik „heute sehr schwierig, sich auf die in vergangenen Jahrhunderten gereiften rationalen Kriterien zu stützen, um von einem eventuell ‚gerechten Krieg‘ zu sprechen.“ (242) Mehr noch: Aufgrund der „enormen und wachsenden Möglichkeiten der neuen Technologien (hat) der Krieg eine außer Kontrolle geratene Zerstörungskraft erreicht. [...] Deshalb können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten.“ Der Passus endet mit dem Aufruf: „Stoppt den Krieg!“ (242)

Entsprechend dieser Enzyklika gibt es daher für Putins Zerstörungskrieg keine Rechtfertigung. Das sollte aber der Papst auch in aller Deutlichkeit zur Sprache bringen.

In „Fratelli tutti“ verweist Franziskus auch darauf, dass der Katechismus der Katholischen Kirche von der Möglichkeit einer legalen Verteidigung spricht. (239) Damit ist der heroische Widerstand, den die Ukrainer zur Verteidigung ihrer Heimat gegenüber dem Aggressor leisten, gerechtfertigt. Auch das sollte der Papst in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

Doch hier unterliegt Papst Franziskus wie alle Pazifisten einem Dilemma. Die bedingungslose Verurteilung jeglichen Krieges bringt sie in der Einschätzung gerechter Verteidigung in argumentative Schwierigkeiten, wenn es darum geht, den Verteidiger mit den erforderlichen Waffen auszurüsten, damit er in der Lage ist, den Angriff mit Erfolg abzuwehren. Davor schrecken Pazifisten zurück; sie beschwören, dies nicht ohne Grund, eine Eskalation, deren Risiko den Nutzen weit überwiege und die nur zu immer mehr Toten führe; sie rufen nach diplomatischen Lösungen, nach möglichen Kompromissen – Argumente, die letztlich allein dem Aggressor zu Gute kommen.

## Die gemeinsame Havanna-Erklärung von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill

Wie lässt sich die dem Kriegsgeschehen in der Ukraine in keiner Weise gerecht werdende Haltung des Papstes verstehen?

Eine erste Antwort findet sich in der Analyse der 30 Punkte umfassenden Erklärung, die Papst Franziskus und der Moskauer Patriarch Kyrill bei ihrer ersten Begegnung am 12. Februar 2016 in der kubanischen Hauptstadt unterschrieben haben. Sie steht ganz unter dem Primat der Ökumene, zu der sich beide kirchlichen Oberhäupter „Fortschritte zur von Gott gewollten Einheit versprechen.“ (6) Dadurch soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass „Orthodoxe und Katholiken gemeinsam Antworten auf die Herausforderungen der Welt“ finden. (7)

Die Lektüre des gesamten Textes legt die Vermutung nahe, dass der Primat der Ökumene vor allem auf Wunsch des Vatikans formuliert wurde und die Zustim-

mung des Patriarchen durch Zugeständnisse zu einer Reihe anderer Punkte „erkauft“ wurde. Denn die zeigen eindeutig dessen Handschrift. So etwa, wo von einer „nie dagewesenen Erneuerung des christlichen Glaubens“ in Russland die Rede ist. Nachdem die „Ketten des Atheismus zerbrochen“ wurden, seien „Zehntausende von neuen Kirchen“ und „Hunderte von Klöstern und theologischen Schulen“ entstanden. (14) Damit wird der Eindruck erweckt, in Russland stehe das Christentum in voller Blüte, dabei besuchen gerade einmal 10% der orthodoxen Gläubigen die Gottesdienste. Im Kontrast zu diesem geschönten Bild scheint das Christentum in der westlichen Welt geradezu dem Untergang geweiht: Dort habe man es mit „säkularisierten Gesellschaften“ zu tun, „die jedem Bezug zu Gott und seiner Wahrheit fernstehen“, mit der „Ideologie eines oft sehr aggressiven Säkularismus“, durch den die „Christen an den Rand gedrängt“ würden. Sie würden diskriminiert, und sogar ihre Religionsfreiheit sei bedroht. (15) Das ist das Narrativ, das seit Jahren von Kyrill wie auch von Putin propagiert wird.

Gegen Ende der Erklärung kommt auch die Situation in der Ukraine zur Sprache. Wörtlich heißt es: „Wir bedauern die Auseinandersetzungen“, die „vielen Opfer“, die „unzähligen Verwundungen bei der Zivilbevölkerung“ sowie die dadurch bedingte „wirtschaftliche und humanitäre Krise.“ Die „Konfliktparteien“ werden zur „Besonnenheit“ aufgefordert sowie dazu, „den Frieden aufzubauen.“ Die Kirchen in der Ukraine werden ermahnt, „sich einer Beteiligung an der Auseinandersetzung zu enthalten.“ Der Aggressor bleibt ungenannt. Krieg scheint es gar nicht zu geben. Dabei hatte zu diesem Zeitpunkt Putin die Krim bereits völkerrechtswidrig annektiert. Russische Truppen waren in die Ostukraine einmarschiert und hatten „Separatisten“ an die Macht gebracht. Das waren keine „Auseinandersetzungen“, da handelten keine „Konfliktparteien“, da war Putin am Werk und inszenierte ein blutiges Vorspiel zu dem, was mit dem 24. Februar 2022 seinen mörderischen Verlauf nahm. Aus all dem sollten sich die Kirchen tunlichst heraushalten. Ganz im Sinn des Putin-treuen Kyrill wird durch solche Formulierungen die Wahrheit verschleiert. Wie konnte der Papst mit seiner Unterschrift einer derartigen Verharmlosung beipflichten?

## Vorrang der Diplomatie

„Ich kann nichts unternehmen, was ein Risiko zur Erreichung höherer Ziele sein würde, die Beendigung des Krieges, ein Waffenstillstand oder zumindest die Schaffung eines humanitären Korridors.“ Mit diesen Worten begründete der Papst seinen Entschluss, der vom ukrainischen Präsidenten ausgesprochenen Einladung nicht nachzukommen. Zuerst müsse er mit Putin sprechen. Doch der will ihn offensichtlich gar nicht empfangen, würdigt ihn nicht einmal einer Antwort. Dennoch werde man sich weiter um ein Gespräch mit Putin bemühen, wobei der Papst selbst seine Zweifel äußerte, ob es zu einem Treffen mit dem russischen Präsidenten kommen werde, „denn wir fürchten, dass Putin zum jetzigen Zeitpunkt an einem solchen Treffen nicht interessiert ist.“ Und der kann weiterhin sicher sein, dass der Papst nicht deutlich und direkt für die Ukraine Partei ergreift.

Der gescheiterte Plan des Papstes, zuerst mit Putin zu sprechen, dann nach Kiew zu reisen, hatte zur Folge, dass der päpstliche Ukrainebesuch nicht zeitgerecht zustande kam. Sollte er, wie zu hören ist, irgendwann nachgeholt werden, wird er kaum die Wirkung haben, die der Besuch des Papstes zu Anfang des Kriegsgeschehens gehabt hätte.

Es ist diese „positive Neutralität“, die der Vatikan traditionell in internationalen Konflikten als Voraussetzung für eine mögliche Friedensvermittlung wahrte, die neben der Havanna-Erklärung den Grund für die auffällige Zurückhaltung des Papstes gegenüber Putins Vernichtungskrieg bildet. In diesem Sinne wurde Franziskus aktiv. Am Tag des Kriegsausbruchs besuchte er in dem Bemühen, den Krieg zu stoppen, in Rom den russischen Botschafter.

Dass Papst Franziskus bald darauf zum Moskauer Patriarchen Kontakt aufnehmen würde, um zu versuchen, das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden, war erwartet worden. So war das Videotelefonat mit Kyrill keine Überraschung. Offenbar wollte der Papst den Patriarchen für eine gemeinsame Friedensinitiative gewinnen, obwohl die Havanna-Erklärung dazu wenig Hoffnung bot. So war es denn auch. Die Initiative des Papstes stieß beim Moskauer Patriarchen, der zu diesem Zeitpunkt Putins Aggression bereits seinen Segen erteilt hatte,

auf taube Ohren. Drei Tage nach dem Überfall auf die Ukraine verlieh er in seiner Predigt der „militärischen Sonderaktion“ eine „metaphysische Bedeutung“ ganz im Sinn des Narrativs der Havanna-Erklärung, wonach der christliche Glaube mit seinen Werten in Russland blühe, während er im dekadenten Westen bedroht sei. Vor dieser Ansteckungsgefahr die ukrainischen Bräuer zu bewahren, sei für Russland eine heilige Pflicht.

Ein Vergleich der von beiden kirchlichen Oberhäuptern herausgegebenen Kommunikés zeigt im Übrigen einen deutlichen Diszens. Während die Moskauer Verlautbarung nicht vom Krieg, sondern lediglich von einer „kritischen Situation in der Ukraine“ spricht, heißt es in dem römischen Text: „Als Seelsorger haben wir die Pflicht, allen Menschen, die unter dem Krieg leiden, nahe zu sein und ihnen zu helfen.“ Inzwischen wurden Details des Gesprächs bekannt. So habe der Patriarch die Hälfte des vierzigminütigen Gesprächs darauf verwandt, Papst Franziskus die Berechtigung des Überfalls auf die Ukraine zu verdeutlichen, worauf Franziskus entgegnet habe: „Bruder, wir stehen nicht in Diensten eines Staates. Es steht uns nicht zu, die Sprache der Politik zu sprechen, sondern die Sprache Christi. Wir sind Hirten desselben Gottesvolkes. Daher müssen wir Wege des Friedens suchen. Der Patriarch darf sich nicht in einen Putindiener verwandeln.“

Die in der Sache erfolglose Intervention des Papstes dürfte auf die vatikanische Position in diesem Konflikt Rückwirkungen haben. Zwar nennt Papst Franziskus auch nach dem fehlgeschlagenen Videogespräch den Aggressor nicht beim Namen, aber seine Rhetorik hat sich verschärft. So heißt es in einer Stellungnahme vom 17. März: „Ströme von Blut und Tränen fließen in der Ukraine. Es handelt sich nicht um eine Militäroperation, sondern um einen Krieg, der Tod, Zerstörung und Elend mit sich bringt.“

Die „positive Neutralität“, die der Vatikan traditionell in internationalen Konflikten als Voraussetzung für eine mögliche Friedensvermittlung wahrt, steht allerdings angesichts des ergebnislosen Videogesprächs mit dem Moskauer Patriarchen und dessen unverblümter Unterstützung der russischen Invasion samt ihren ver-

heerenden Folgen auf dem Prüfstand. Denn in diesem Konflikt gibt es keine moralisch zu rechtfertigende Neutralität.

Es ist eine Gratwanderung des Papstes zwischen seiner diplomatisch bedingten Zurückhaltung und seiner Solidarität mit den leidenden Menschen in der Ukraine, mit all den Millionen Menschen, die auf ihrer Flucht Haus und Hof hinter sich ließen und nicht wissen, ob sie jemals wieder in ihre Häuser zurückkehren können, mit den zahlreichen durch Bomben und Raketenbeschuss zu Tode gekommenen Frauen und Kindern, mit den grauenvoll von der russischen Soldateska Ermordeten, deren der Papst gedachte, indem er eine ukrainische Fahne aus Butscha, der Stadt russischer Kriegsverbrechen, küsste. Auch sonst nutzt der Papst das Mittagsgebet und die Generalaudienz, um das Ende des barbarischen Krieges zu fordern und seine Solidarität mit den ukrainischen Opfern zu betonen.

## Ein aufschlussreiches Gespräch

Am 19. Mai 2022 trafen sich in der Privatbibliothek des Apostolischen Palastes die Chefredakteure der in der westlichen Welt verbreiteten Jesuitenzeitschriften mit Papst Franziskus. Dabei nutzte der Papst die Gelegenheit, seinen Standpunkt zum Krieg in der Ukraine zu konkretisieren. Die Aussage vom „Gebell der NATO vor den Toren Russlands“ habe er von einem Staatschef, dessen Namen er allerdings nicht nennt, Monate vor Ausbruch des Krieges gehört und übernommen. Und damit auch die auf den Westen gemünzte These, „man verstehe nicht, dass die Russen imperial sind und keiner fremden Macht erlauben, sich zu nähern.“ Der Krieg sei, so der besagte Staatschef, daher voraussehbar. Der Papst ist der Auffassung, es handle es sich nicht um einen „metaphysischen“ Krieg, in dem sich Gut und Böse unveröhnlich gegenüberstehen. Damit wendet er sich nicht nur gegen die Deutung von Patriarch Kyrill, sondern auch gegen eine westliche Sicht, in der die Ukraine die Guten und die Russen die Bösen sind. Ein solches Verständnis des Kriegsgeschehens erfasse nicht die tieferen Ursachen. „Ich bin einfach dagegen, die Komplexität auf die Unterscheidung zwischen Guten und Bösen zu reduzieren, ohne über die Wurzeln und Interessen nachzudenken, die sehr komplex sind.“

Papst Franziskus sieht den Krieg in der Ukraine in einem globalen Zusammenhang, indem er auf das Kriegsgeschehen in anderen Teilen der Welt verweist, das „niemanden kümmert.“ Er wiederholt, was er bereits in „Fratelli tutti“ zum Ausdruck gebracht hat, dass wir gegenwärtig „den Dritten Weltkrieg in Stücken und Brocken erleben.“ Dabei gehe es um den Test moderner Waffen sowie um den lukrativen Waffenhandel: „Was wir vor Augen haben, ist eine Situation des Weltkriegs, der globalen Interessen, der Waffenkäufe und der geopolitischen Vereinnahmung, die ein heldenhafte Volk zum Märtyrer macht.“

Es ist sehr gewagt, von einem Dritten Weltkrieg im Verlauf eines Jahrhunderts zu sprechen. Und was besagt diese These in Bezug auf den Krieg in der Ukraine? Die Staaten, welche die Ukraine mit Waffen unterstützen, sehen selbst die Gefahr einer Ausweitung des Krieges, tun aber gleichzeitig alles, damit es dazu nicht kommt. Andererseits hat der Krieg bereits jetzt globale negative Auswirkungen, wie die befürchtete weltweite Hungerkatastrophe, der rasante Anstieg der Preise sowie die Energiekrise zeigen.

Der Papst verwahrt sich in dem Gespräch mit den Chefredakteuren der Jesuitenzeitungen dagegen, er würde mit seinen Aussagen Putin begünstigen. Doch wenn er der Meinung ist, der Kremlchef sei durch die NATO provoziert worden, dann entlastet er den russischen Präsidenten und lenkt von den eigentlichen Gründen ab, die Putin bewogen haben, gegen die Ukraine diesen brutalen Krieg zu führen.

Die kritikwürdige Einschätzung des Krieges in der Ukraine wirft auch einen Schatten auf die Sympathien, die der Papst für das ukrainische Volk in dem Gespräch durchaus zeigt. „Es ist ein reiches Land, das immer wieder zerschnitten wurde, zerrissen durch den Willen derer, die es in Besitz nehmen wollten, um es auszubeuten. Es ist, als ob die Geschichte die Ukraine dazu prädisponiert hätte, ein heroisches Land zu sein. Dieses Heldentum zu sehen, berührt unsere Herzen.“ Und er sorgt sich um die Frauen, die ihre Männer im Kampf zurückgelassen haben und mit ihren Kindern geflohen sind.

## Gescheiterte humanitäre Initiativen

Nicht nur die päpstlichen Bemühungen um eine diplomatische Vermittlung, auch Initi-

ativen humanitärer Hilfe scheiterten. Zwar gelang die Evakuierung eines Kinderheims und die Rettung Dutzender Säuglinge aus dem Kampfgebiet. Doch das Hauptanliegen des Papstes war die Rettung der im Stahlwerk der seit Kriegsbeginn umlagerten und bekämpften Hafenstadt Mariupol ausharrenden Zivilisten. Ihre Situation verschlimmerte sich von Woche zu Woche. Nicht nur dass sie in den Kellern den unablässigen Bombenangriffen und dem Raketenhagel ausgesetzt waren, auch die Vorräte an Lebensmitteln, Medikamenten und Wasser gingen zu Ende. Ihre Hilferufe wurden immer lauter und dringlicher. Und sie fanden im Vatikan Gehör.

Insgesamt unternahm der Vatikan drei Rettungsversuche. Am 16. März, während des Videogesprächs mit Patriarch Kyrill, habe dieser zugesagt, sich für diese humanitäre Aktion einzusetzen. Starten sollte sie mit einem Konvoi am 27. März als gemeinsame Aktion beider Kirchen. Doch dazu kam es nicht. Die russische Armeeführung verweigerte die erforderliche Feuerpause sowie den Zugang zum Stahlwerk. Der Apostolische Nuntius in Kiew, Erzbischof Visvaldas Kulbokas, äußerte sich dazu in der italienischen Tageszeitung „Messaggio“ sowie in dem Wochenblatt „L'Espresso“: „Es ging um das Leben von Menschen, die wir vor den Kugeln nicht retten konnten. Es ist frustrierend, wenn man das Flehen derer nicht erhören kann, die in Kürze sterben werden.“

Der zweite Versuch steht in Zusammenhang mit einer Ukrainereise von Kardinal Krajewski, der als enger Vertrauter des Papstes schon des Öfteren in seinem Auftrag zu humanitären Aktionen unterwegs war. So war er bereits mit Hilfsgütern mehrfach in die Ukraine gefahren. Doch diesmal mit einer zusätzlichen geheimen Mission zur Rettung der im Stahlwerk ausharrenden Alten, Frauen und Kinder. Aber auch dieser Versuch scheiterte ebenso wie ein dritter, bei dem mit einem Schiff unter vatikanischer Flagge die im Stahlwerk eingeschlossenen gerettet werden sollten. Dass es am Ende dennoch zur Rettung der meisten von ihnen gekommen ist, dürfte vor allem das Verdienst von UN-Generalsekretär Guterres gewesen sein, der – so ist zu vermuten – diese Zusage während seines Besuchs bei Putin erhalten hat.

Auch die westlichen Politiker sind bei ih-

rem Versuch gescheitert, Putins Vernichtungskrieg zu stoppen. Aber sie haben daraus die Konsequenz gezogen, indem sie ihre Russlandpolitik einer radikalen Revision unterzogen und die Ukraine in ihrem Kampf gegen die russische Invasion massiv unterstützen. Eine vergleichbare Neuausrichtung vatikanischer Einstellung zum Krieg in der Ukraine ist leider nicht erkennbar. Natürlich kann der Vatikan keine Waffen an die Ukraine liefern, aber er kann ihr doch mit der ganzen Autorität, über die der Papst verfügt, Solidarität erweisen und moralisch beistehen.

Wünschenswert wäre zudem eine deutliche Distanzierung vom Moskauer Patriarchen. Auf ihn die Hoffnung ökumenischer Fortschritte zu setzen, war eine Illusion. Inzwischen trägt Kyrill durch seine Putin unterstützenden Worte und Gesten eine Mitschuld an diesem Krieg. Damit hat er sein Ansehen in der Ökumene verspielt. Stimmen aus seiner eigenen Kirche verlangen, ihn vor Gericht zu stellen. Selbst in Russland verweigern ihm Priester die Gefolgschaft, erwähnen seinen Namen bei der Feier der heiligen Geheime nicht mehr. Und die ihm bislang unterstehende orthodoxe Kirche der Ukraine hat sich von ihm distanziert. Den Anspruch, Patriarch der gesamten Rus zu sein, hat er eingebüßt. Es ist daher gut, dass der Papst, wie „La Nación“ berichtete, das für Juni in Jerusalem geplante Treffen mit dem Moskauer Patriarchen abgesagt hat, doch er hofft, anlässlich des 7. Kongresses der Führer der Weltreligionen im September in Kasachstan Patriarch Kyrill erneut zu treffen, zu dem er ein „sehr gutes“ Verhältnis pflege; zu diesem Kirchenfürsten, der auf so eklatante Weise Verrat am Glauben und an den Gläubigen übt?

\*\*\*

Gregor Tischler

## Follow the Truth!

---

Mein ältestes Taschenbuch stammt aus dem Jahr 1944 und trägt den Titel "Der Liebesgarten" - reiner Kitsch! Dennoch erwarb ich

es für ein paar Euro auf einem Flohmarkt. Denn ich fand den Untertitel interessant: "Frontbuchausgabe für die Wehrmacht". - 1944, da war mein Vater im Krieg in Frankreich oder Belgien. Im selben Jahr wurde mein Bruder geboren, der dann bis zum Kriegsende mit der Mutter viele Nächte in einem engen, feuchten Keller verbringen musste.

Beim Durchblättern am Verkaufsstand fiel mir eine kleine grüne Karte auf; sie gab den Ausschlag für den Kauf. Auf der Vorderseite war zu lesen: "Gesicherten Frieden und Gesunde Heimkehr unseren tapferen Soldaten aus dem uns aufgezwungenen Krieg!" Auf der Rückseite steht handschriftlich der Name der Absenderin (wohnhaft in einer H.-Göring-Straße) und der Adressat, ein Wachtmeister, vermutlich der Ehemann.

Das Buch war offensichtlich ungelesen: Welche Tragik mag wohl in dieser Karte verborgen sein?

Der 2. Weltkrieg, der 1944 der deutschen Niederlage und all den kommenden Gräueln entgegenging: ein den Deutschen "aufgezwungener"? Wie sich doch manches in der Geschichte zu wiederholen scheint! Jüngst erzählte mir ein Freund, er habe vor kurzem mit einem Lieferanten, der aus St. Petersburg stammte, zu tun gehabt. Dieser habe ihm auf seine Bemerkung, das sei ja die schönste Stadt Russlands, geantwortet: "Ja, solange uns die Ukrainer nicht besetzen!" Der Ukrainekrieg - vielmehr die "militärische Spezialoperation" - also auch aufgezwungen, diesmal den Russen und ihrem Führer?

Angriffskriege können offenbar ohne Lügen gar nicht angezettelt werden. Überhaupt scheint die Lüge weltweit auf dem Vormarsch zu sein. Und nicht nur in Diktaturen blüht sie auf. Donald Trump, der eine Art autoritärer Präsidentschaft anstrebt und als Wahrheit verkaufen möchte, ihm sei die Präsidentschaft gestohlen worden (was übrigens eine Mehrheit republikanischer Wähler immer noch glaubt), hat eine Social-Media-Plattform eingerichtet, die er "Truth Social" nennt. In der Werbung dafür liest man: "Follow the Truth"<sup>1</sup>.

Was in der öffentlichen Diskussion vielleicht zu kurz kommt: Solche als "Wahrheit"

---

<sup>1</sup> Jürgen Schmieder, Trump und wie er die Welt sieht, in: SZ Nr. 118 (23. Mai 2022)

ausgegebene Lügen werfen auch ein erschreckendes Licht auf das Christentum bzw. das, was sich als solches bezeichnet. Wie viele Christen (immerhin gehörten im 2. Weltkrieg noch ca. 90% der Deutschen einer der beiden großen Konfessionen an) haben wohl den Lügen Hitlers und Goebbels geglaubt? Wie viele kirchliche Amtsträger hielten den Russlandfeldzug wirklich für ein unmenschliches Verbrechen oder wenigstens für Unrecht? Schließlich ging es doch auch gegen den "gottlosen Bolschewismus"... Und heute?

Patriarch Kyrills Predigten<sup>2</sup>, Putin mit der Osterkerze, die sog. "christliche Rechte" (zu der sich auch viele Katholiken zählen) in den USA, Hauptunterstützerin Trumps, oder auch der Zerstörer der Schöpfung Bolsonaro, der ihr entstammt – es gibt so viele Beispiele, die man für einen Missbrauch der christlichen Botschaft anführen könnte!<sup>3</sup>

All dies muss engagierten Christen, die aus einer Ethik der Nächstenliebe und der Bewahrung der Schöpfung handeln (wollen), größte Sorgen bereiten. Und es hilft auch nicht weiter, auf Missstände in anderen Weltreligionen hinzuweisen. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft und Glaubwürdigkeit des Christentums. Das lateinische "credere" bedeutet ja nicht nur "glauben", sondern auch "vertrauen". Wie aber sollte man "Christen" vertrauen können, die ihre Lügen Wahrheiten nennen? Was ist Wahrheit? Die Pilatusfrage (Joh 18,38) ist und bleibt mit die größte Herausforderung der Menschheit.

\*\*\*

*Die beiden kanadischen Wissenschaftler, die den folgenden Artikel verfasst haben, haben selbst das kanadische katholische Schulsystem durchlaufen und sind entsetzt über die in der Weltpresse und auch von politischen Institutionen unbefragt und ungeprüft übernommenen Thesen zur Rolle*

<sup>2</sup> Vgl. dazu den informativen Beitrag von Theo Mechtenberg, Patriarch Kyrill und Putins Vernichtungskrieg, in *imprimatur* 2/2022, S. 109 - 114

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch meine Beiträge zur Wahrheitsfrage in *imprimatur* 2/2021 (S. 91 - 96), in denen es darum geht, wie es um die Wahrheitsfrage in der katholischen Kirche bestellt ist.

*der katholischen Kirche in Kanada. Ihr Beitrag versucht, anhand der verfügbaren Quellen den wahren Gang der Dinge herauszustellen. Weil die kanadischen Verfahren auch viele – nicht so bedeutende – Parallelen in unserer Gesellschaft haben, kann ihre Untersuchung Anstöße zur kritischen Nachfrage auch hierzulande bewirken.*

*Der notwendigerweise sehr in die Details gehende Artikel sprengt den in unserer Zeitschrift üblichen Umfang bei Weitem. Um ihn für unsere Leserinnen und Leser ‚verkraftbar‘ zu halten, wird er im Folgenden leicht gekürzt und ohne wissenschaftlichen Apparat (Fußnoten) abgedruckt; das ist bedauerlich, weil die Fußnoten alle wichtigen Quellen und die gründliche Nachforschung dokumentieren. Wer sich den Originalartikel (25 Seiten, 75 Fußnoten) zutraut, kann ihn digital erhalten. Bitte unter [redaktion@imprimatur.de](mailto:redaktion@imprimatur.de) anfordern.*

*(Redaktion)*

Jacques Rouillard und Robert M. Kerr

## **Sag' mir wo die Leichen sind ...**

### **Indianerinternate in Kanada. Zwischen politischer Manipulation und historischer Komplexität**

Vom 24. bis 29. Juli 2022 besuchte Papst Franziskus Kanada, eine Reise, die größtenteils im Zeichen der Versöhnung mit den Ureinwohnern stand. In der kanadischen sowie in der Weltpresse, auch in Deutschland, soll er sich generell zum Genozid an Ureinwohnern, bezüglich der Behandlung von Kindern der Ureinwohner und Inuit in den Internaten, die von der kanadischen Regierung finanziert und von Kirchen betrieben worden waren, bekannt haben. Gemeint sind die Folgen des novellierten Indianergesetzes („Loi sur les Indiens“)

von 1879, durch welches die indianischen Gemeinden unter die Aufsicht der Bundesregierung kamen. Es gab über 130 Internate, vor allem im Westen Kanadas, in denen schätzungsweise 150.000 junge Indianer bis zur Schließung der letzten Einrichtung im Jahr 1996 unterrichtet wurden.

## Das Schulsystem

In solchen Schulen, die sich in der Regel auf einem Reservat der kanadischen Ureinwohner befanden, wurden Jungen und Mädchen aus den in der Umgebung verstreuten Indianerreservaten unterrichtet. Hier wurde die Allgemeinbildung (Sprechen, Lesen, Schreiben, Rechnen) mit einer Einführung in die landwirtschaftliche Arbeit, dem Erlernen eines Handwerkes oder - für Mädchen - Nähen und Kochen kombiniert. Ab 1969 übernahm die Bundesregierung die Verantwortung für diese Schulen von den Kirchen und übergab sie nach und nach an die indigenen Gemeinschaften. Selten wird darüber berichtet, dass eine größere Zahl von Jugendlichen nicht die Pensionate besuchte, sondern die Tageschulen, die nur tagsüber geöffnet waren. Sie standen unter der Verantwortung der Bundesregierung, befanden sich in den Reservaten der Ureinwohner Kanadas und waren außerdem einer religiösen Konfession zugeordnet. Der Unterricht wurde auch von Laien erteilt, später auch von Ureinwohnern selber, sowie von Ordensschwestern in katholischen Schulen. Vor allem ab den 1960er Jahren kamen Kinder hinzu, die in den von den Provinzregierungen abhängigen öffentlichen Schulen unterrichtet werden, von 1960 bis 1966 jährlich mehr als 10.000.

Zu beachten ist, dass den Internaten auch eine Kinderschutzfunktion zukam, da es dort viele Waisen und Kinder gab, deren Eltern nicht die Mittel hatten, für sie zu sorgen. Laut dem Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Commission de vérité et réconciliation du Canada* – im Folgenden ‚CVR‘) stellten sie über die ganze Zeit „einen bedeutenden Teil der Einschreibungen“ dar.

Um die Assimilation der Jugendlichen an die euro-kanadische Kultur zu gewährleisten, erwog die Bundesregierung ab 1894 die Einführung einer Schulpflicht für die Einheimischen in Tageschulen. Es wurden jedoch nie verbindliche Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Pflicht eingeführt. Die

Bestrebungen, die Urbevölkerung in solche Schulen zu schicken, standen außerdem im Zusammenhang mit den Schulpflichtgesetzen, die von den Provinzregierungen für alle Jugendlichen in ihrem Hoheitsgebiet erlassen wurden; Bildung ist in der kanadischen Konföderation Sache der Provinzen. Für die Ureinwohner galt die Schulpflicht aber nur von 1920 bis 1951. Ihre Abschaffung führte jedoch nicht zu einem Rückgang der Zahl der Schüler, da die meisten Eltern sich der Notwendigkeit schulischer Bildung bewusst waren.

Um den Schulbesuch der Ureinwohner zu gewährleisten, wandte sich die Bundesregierung an die katholische und die protestantischen Religionsgemeinschaften, v.a. die Anglikaner und Presbyterianer, ab 1925 dann an *die United Church of Canada*, einen Zusammenschluss verschiedener protestantischer Kirchen. Die katholische Kirche betreute einen überproportionalen Prozentsatz an Jugendlichen, da sie etwa die Hälfte der Internate, und wahrscheinlich die größten, betrieb. Die meisten wurden von der Kongregation der Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria aus Québec und den Schwestern der Hl. Anna aus Montréal geleitet. Im Unterricht wurden sie von Nonnen anderer Kongregationen unterstützt, viele aus Québec. In einigen Internaten in Westkanada wurde der Unterricht bis 1911 sogar auf Französisch abgehalten. In der Volkszählung von 2016 bezeichneten sich mehr als 1,5 Millionen Kanadier als Ureinwohner, was ungefähr 4,9% der kanadischen Bevölkerung entspricht. Sie verteilen sich auf die sog. *Premières Nations* („Indianer“), die 58% der Ureinwohner ausmachen, die Métis (Nachfahren europäischer Pelzhändler sowie Frauen indianischer Abstammung) 35% und die Inuit („Eskimo“) 4%. Ihr Anteil an der kanadischen Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der steigenden Tendenz, sich als Ureinwohner identifizieren zu wollen, schnell gewachsen. Derzeit gibt es 630 First-Nations-Gemeinden, die 50 Nationen repräsentieren und die mehr als 50 verschiedene Sprachen sprechen. Mehr als die Hälfte der Ureinwohner (51%) lebt in Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern.

## Die Regressforderungen

Ab den 1990er Jahren fingen die Vertreter der First Nations, Métis und Inuit an, eine

Entschuldigung der katholischen Kirche für ihre Rolle im Internatssystem zu fordern. Der erteilte Unterricht soll die indianische Kultur und Spiritualität nicht respektiert haben und die Schüler sollen vielfach psychisch, physisch und sexuell missbraucht worden sein. Das Vermitteln eurokanadischen Wissens, Assimilation also, wäre nicht von Vorteil gewesen und es wäre besser gewesen, wenn die Regierung den *First Nations* erlaubt hätte, sich in ihrem eigenen Tempo zu entwickeln.

1991 erklärten sich die katholischen Bischöfe Kanadas und die Leiter der anderen internatsbetreibenden Religionsgemeinschaften zu einer Entschuldigung bereit und forderten auch die kanadische Regierung auf, die Verantwortung für ihren Anteil im Internatsbetrieb zu übernehmen. 2009 stimmte Papst Benedikt XVI. einem Treffen mit einer 40-köpfigen Delegation der *Premières Nations* zu, die von mehreren kanadischen Bischöfen begleitet wurde. Er äußerte sein Bedauern über die Rolle der Kirche in den Internatsschulen und über das Verhalten mehrerer Kirchenmitglieder. Einige indigene Anführer waren jedoch enttäuscht, dass der Papst keine offizielle Entschuldigung formulierte und sich nicht verpflichtete, nach Kanada zu kommen.

Der Nachdruck, mit dem die Internate in den 1990er Jahren angeprangert wurden, führte zu Tausenden von Zivilklagen gegen die Regierung und kirchliche Organisationen. Sie wurden von ehemaligen Internatsschülern angestrengt, um für die putativ erlittenen Misshandlungen entschädigt zu werden. Es war jedoch sehr schwierig, diese gerichtsverwertbar zu beweisen, da seit den behaupteten Vorfällen viel Zeit vergangen war; zudem existierten die Aufzeichnungen einiger Einrichtungen nicht mehr, viele der mutmaßlichen Täter waren verstorben, und es war darüber hinaus schwer festzustellen, inwieweit die einstigen Verwalter der Internate für die Verfehlungen mancher ihrer Angestellten verantwortlich gemacht werden können. Schließlich sind solche Klagen mit erheblichen Anwaltskosten verbunden.

## Die Wahrheits- und Versöhnungskommission

Als Alternative zu aufwendigen Gerichtsverfahren forderten die indigenen Gemein-

schaften die Anerkennung von Missbrauch und die Präzisierung von Entschädigungsmaßnahmen im Rahmen einer kollektiven Abfindungsvereinbarung. 2005 unterzeichneten die kanadische Bundesregierung und die katholische und protestantischen Kirchen mit der Versammlung der *First Nations* und den Klägern die „Vereinbarung zur Beilegung von Konflikten in Bezug auf Indianerinternate“ (*Convention de règlement relative aux pensionnats indiens*). Diese war von äußerst bedeutsamer Tragweite und hatte weitreichenden Folgen. Diese Vereinbarung geht *a priori* davon aus, dass sowohl die Regierung wie auch die kirchlichen Einrichtungen „bei der Erziehung der indigenen Kinder“ falsch gehandelt haben und „diese Kinder missbraucht und geschädigt wurden“. Um diese Vereinbarung im Einzelnen umzusetzen, vereinbarten die Parteien eine fünfteilige Regelung: eine gemeinsame Erfahrungsent-schädigung an alle berechtigten ehemaligen Internatsschüler; eine unabhängige Bewertung von Ansprüchen aufgrund von körperlichem und sexuellem Missbrauch; Maßnahmen zur Unterstützung des Heilungsprozesses; Gedenkaktivitäten und die Einsetzung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (*CVR*, s.o.) zur Aufarbeitung der Geschichte der Internatsschulen. In diesem Zusammenhang räumte der damalige Premierminister Kanadas, Stephen Harper, 2008 im Unterhaus das Unrecht und den Schaden ein, den die Internatsschulen den Internatsschülern, ihren Familien und ihren Gemeinden zugefügt haben. Außerdem entschuldigte er sich im Namen Kanadas bei den Ureinwohnern und bat sie um Vergebung. Die Entschuldigung bezog sich speziell auf folgende Punkte: die Assimilierungspolitik der Regierung, die zwangsweise Herausnahme der Kinder aus ihren Familien, den Missbrauch vieler dieser Kinder und die schädlichen Auswirkungen dieser Politik auf die Kultur, das Erbe und die Sprachen der Ureinwohner. Die Bewältigung dieser Nachwirkungen hielt er für unerlässlich, um eine Versöhnung und Erneuerung der Beziehungen zwischen den Ureinwohnern und allen Kanadiern zu erreichen.

Ab 2007 wurden zwei Programme zur finanziellen Entschädigung ehemaliger Indianerschüler eingeführt. Das erste, *Paie-ment d'expérience commune* genannt, er-

kennt die kollektive Dimension des Internatsbesuches an und gewährt jedem ehemaligen Schüler (Aborigine, Métis, Inuit) 10.000 kanadische Dollar (ca. 7.500 Euro) für das erste Jahr des Internatsbesuchs und zusätzlich 3.000 kan. Dollar (ca. 2.240 Euro) für jedes weitere Jahr. Das Programm ist ausschließlich den „Überlebenden“ der Internate vorbehalten - ein Begriff, der nach der Veröffentlichung des Berichts der *CVR* gewählt wurde, in dem festgestellt wurde, dass die Internatsschüler einen Kulturgеноzid erlitten haben. Von 2007 bis 2012 wurden im Rahmen des Programms 1,6 Millionen C\$ (ca. 1,2 Mio. €) an 78.750 ehemalige Schüler vergeben. Das andere Entschädigungsprogramm, das von einer unabhängigen Stelle beaufsichtigt wurde, diente speziell der Entschädigung ehemaliger Heimbewohner, die Misshandlungen, Missbrauch, besonders sexuellen, erlitten haben. Da das Programm im Rahmen der Regelung für Sammelklagen erfolgte, können die Kläger weder die Regierung noch die Kirchen darauf wegen des erlittenen Unrechts vor Gericht verklagen. Je nach Schwere des Schadens und nach einer Untersuchung kann die Entschädigung bis zu 250.000 C\$ (187.000 €) betragen. Bis zum Ablauf der Frist für Ansprüche im Jahr 2021 erhielten 31.023 Kläger eine durchschnittliche Entschädigung von 91.472 C\$ (68.500 €). Das Programm stellt eine erhebliche Ausgabe für die Regierung dar, die sich auf fast vier Mrd. C\$ (drei Mrd. €) belief.

Das Abkommen zur Beilegung der Internatsfrage umfasst auch Entschädigungen von der katholischen und den protestantischen Kirchen. Die katholische Kirche ist stärker betroffen, da sie mehr Internate verwaltet hat. Die erwartete Summe von 30 Mio. C\$ (22,4 Mio. €) als Entschädigung war Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen, da die Finanzierungskampagne, die Gelder von Diözesen, Religionsgemeinschaften und katholischen Vereinigungen generieren sollte, nicht erfolgreich war. Das Thema der finanziellen Entschädigung durch die katholische Kirche kam erneut auf, als eine Delegation der Ureinwohner im März 2022 mit dem Papst zusammenkam.

## Ureinwohnerbesuch beim Papst

In ihrem 2015 vorgelegten Bericht fordert die Wahrheits- und Versöhnungskommissi-

on (*CVR*), dass sich der Papst im Namen der katholischen Kirche bei den Überlebenden, ihren Familien sowie den betroffenen Gemeinschaften für die Misshandlungen in den Internatsschulen entschuldigt. Sie erinnert auch an die Verpflichtung der katholischen Kirche, einen ständigen Fonds einzurichten, der u. a. zu Heilungs- und Versöhnungsprojekten und zur Wiederbelebung der Sprache und Kultur der Ureinwohner beitragen soll. Zu diesem Zweck bemühten sich die Führer der Versammlung der *Premières Nations*, der *Nationalrat der Métis* und die *Inuit* gemeinsam mit der *Katholischen Bischofskonferenz Kanadas* um ein Treffen mit dem Papst.

Doch erst am 28. März 2022 erhielten sie schließlich ein Treffen, bei dem sie von kanadischen Bischöfen begleitet wurden. Es sollte ursprünglich im Dezember 2021 stattfinden, wurde aber wegen der COVID-Pandemie verschoben. Die Delegation fordert eine Entschuldigung für die Rolle der katholischen Kirche in den Internaten, die die indianische Kultur nicht respektiert haben, und für die Schüler, die vielfach psychisch, physisch und sexuell missbraucht wurden. Wiederum wurde der Wunsch geäußert, dass der Papst kanadischen Boden betritt, um eine Entschuldigung anzubieten. Auch eine finanzielle Wiedergutmachung für ehemalige Internatsschüler wurde besprochen.

Bei den Treffen sprach Papst Franziskus keine offizielle Entschuldigung im Namen der katholischen Kirche aus. Stattdessen beschränkte er sich darauf, „für das beklagenswerte Verhalten von Mitgliedern der katholischen Kirche“, die am Internatssystem beteiligt waren, um Vergebung zu bitten. Er verpflichtete sich, eine Reise nach Kanada durchzuführen.

## Der Kamloopser „Leichenfund“

Nach unserer Ansicht und der mehrerer Kommentatoren war es die „Entdeckung“ von Leichen indigener Kinder auf dem Gelände des katholischen indigenen Internats Kamloops in der kanadischen Provinz Britisch-Kolumbien, die den Papst dazu veranlasste, im März 2022 diese Delegation zu empfangen. Dieses Ereignis mit internationaler Medienpräsenz zwang den Vatikan, im März einzulenken und auch dem Besuch des Papstes in Kanada vom 24. bis 30. Juli zuzustimmen, obwohl er gesundheitlich

angeschlagen war und davor schon zwei Auslandsreisen abgesagt hatte. Wie wir sehen werden, ist die Medienberichterstattung über die angebliche Enthüllung in Kamloops ein riesiges Missverständnis, das auf „Fake News“ hinausläuft.

Am 27. Mai 2021 enthüllte das Stammesoberhaupt der Kamloops Reservation First Nation in British Columbia, Frau Casimir, dass in einem Obstgarten hinter dem ehemaligen Internat die sterblichen Überreste von 215 indigenen Kindern gefunden wurden. Das Internat, das von 1890 bis 1969 unter katholischer und bis 1978 unter föderaler Aufsicht betrieben wurde, zählte in den 1950er Jahren bis zu 500 Schüler, war somit eines der größten des Landes. Die Entdeckung geht auf einen vorläufigen Bericht einer Anthropologin zurück, die angibt, mithilfe eines Georadars Vertiefungen und Anomalien im Boden ausgemacht zu haben. Sie ist geneigt zu glauben, dass es sich dabei um menschliche Überreste handelt. Ein Georadar ist ein Gerät, das mithilfe von Radiowellen den Boden abtastet, um Bewegungen zu erkennen, die den Boden gestört haben, und nicht, um sterbliche Überreste zu finden. Laut Frau Casimir ist die Todesursache der Kinder unbekannt und wurde von dem Internat nie dokumentiert. Das Vorhandensein dieser menschlichen Überreste, so sagt sie, sei in der Gemeinde seit langem überliefertes „Wissen“. Eine erneute Suche einer Anthropologin, Frau Dr. Sarah Beaulieu von der Fraser-Valley-University, die am 15. Juli 2021 auf einer Pressekonferenz öffentlich vorgestellt wurde, reduzierte die potenzielle Entdeckung auf 200 anonyme Gräber, wieder mithilfe des Georadars. Diese Recherche führt sie zu der Annahme, dass sie mehrere „multiple Signatures gefunden hat, die es zu einem wahrscheinlichen Begräbnisort machen.“ Allerdings kann sie dies nicht bestätigen, ohne dass eine Ausgrabung durchgeführt wird. Außerdem stellte sie Störungen im Boden fest, die höchstwahrscheinlich von Baumwurzeln, Metallteilen und Steinen herrührten. Leider kann der vollständige Bericht der Wissenschaftlerin den Medien nicht zur Verfügung gestellt werden, sagte die Sprecherin der Gemeinde. Chefin Casimir sagte: „Es ist noch nicht klar, ob die weiteren Arbeiten am Standort Kamloops Ausgrabungen nach sich ziehen werden.“

Die Nachricht sorgte schnell für Aufregung in Kanada und im Ausland. Auf der Grundlage der vorläufigen Bewertung im Mai reagierte Kanadas Premierminister Justin Trudeau umgehend und sagte, dies sei „ein dunkles und schändliches Kapitel“ in der kanadischen Geschichte. Mehrere andere indigene Gemeinschaften sprachen darauf von anonymen Gräbern in der Nähe ihrer Internate. Die Bundesregierung ordnete an, ab dem 30. Mai die Flaggen auf allen ihren Gebäuden auf Halbmast zu setzen, um der Kinder zu gedenken, die die Pensionate besucht hatten, und derer, die nie wieder nach Hause zurückgekehrt waren. Kinderschuhe werden zum Gedenken an die kleinen Opfer auf Kirchentreppen oder Parlamentsstufen gelegt. In mehreren Städten wurden Märsche organisiert, Statuen umgestoßen und etwa 60 Kirchen verwüstet oder niedergebrannt. Im Juni führt die kanadische Regierung einen gesetzlichen Bundesfeiertag ein, um der vermissten Kinder und der Überlebenden der Internatsschulen zu gedenken. Der Premierminister beklagte die Weigerung des Papstes und der katholischen Kirche, „ihre Verantwortung und Schuld an der Verwaltung der Aborigine-Internate in Kanada anzuerkennen“, obwohl der Premier es selber nicht für notwendig hielt, diesen neuen Feiertag mit den „Überlebenden“ zu begehen, sondern stattdessen mit seiner Familie Urlaub in Tofino machte, unweit mehrerer ehemaliger Pensionate, ohne sie zu besuchen.

Im Zuge der Behauptungen indigener Anführer wurde die Geschichte in verschiedenen Medien aufgebauscht, indem behauptet wurde, dass tatsächlich die Leichen von 215 Kindern gefunden wurden, dass Tausende Kinder in den Internatsschulen verschwunden sind und dass die Eltern nicht informiert wurden. Die Begräbnisstätten wurden sogar als Massengräber bezeichnet, in denen die Leichen bunt durcheinander vergraben sein sollten. Die Nachricht ging in vielen Medien um die Welt, sogar bis heute, und schadet dem Ruf Kanadas im Ausland erheblich. So berichtet beispielsweise die französische Zeitung *Le Monde* am 1. Juni 2021 über „die Entdeckung von sterblichen Überresten in einem Massengrab, das sich in einem ehemaligen Internat in Kamloops befindet, die ‚Bestürzung‘ der politischen Klasse und Forderungen nach Wiedergutmachung ausgelöst hat.“

Diese Wahrheitsverdrehung führte dazu, dass das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte „groß angelegte“ Menschenrechtsverletzungen entdeckt und es für „unvorstellbar hält, dass Kanada und der Heilige Stuhl solch abscheuliche Verbrechen unbeantwortet und ohne Wiedergutmachung lassen.“ *Amnesty International* forderte, dass die Verantwortlichen und die Einrichtungen, die für die „Knochen“ der 215 Kinder, die ihrer Meinung nach in Kamloops gefunden wurden, schuldig sind, vor Gericht gestellt werden - wieder einmal, ohne dass eine Leiche, geschweige denn ein sachrelevanter Knochen, wirklich aufgefunden wurde.

Die behaupteten Urheber dieses „Verbrechens“ entschuldigen sich rasch hierfür: die Regierungen, die Religionsgemeinschaften und die katholische Bischofskonferenz. Am 6. Dezember räumte der Papst auf dem Petersplatz kirchliche Mitschuld wegen „der schockierenden Entdeckung der sterblichen Überreste von 215 Kindern“ im Internat von Kamloops ein. Die Anführer der Ureinwohner verlangten umgehend, dass er sich entschuldigt und viele von ihnen, dass er den „Überlebenden“ der Internatsschulen Entschädigungen zahlt.

Mehrere Ureinwohnergemeinschaften appellierten dann an die Bundesregierung, ihnen bei der Finanzierung der Suche nach unmarkierten Gräbern in der Nähe von Internatsschulen zu helfen. Die Regierung hat dem zugestimmt und 116 Mio. C\$ (87 Mio. €) bereitgestellt, die sie an 70 Gemeinden, die Georadar verwenden, auszahlen wird. Sofern die Suche nicht auf einem bestehenden Friedhof durchgeführt wird, wie im Fall der 751 Gräber, die in der Mission des Heiligen Herzens Mariä zu Marieval in Saskatchewan gefunden wurden, ist die Suche wenig erfolgreich, da es keine genauen Namen der Kinder gibt, nach denen gesucht werden soll. Man stellt zwar immer wieder Anomalien im Boden fest, verzichtet aber auf Ausgrabungen. Auch die Regierung verlangt keine: Der für die Beziehungen zwischen Krone und Ureinwohnern zuständige Minister Marc Miller erklärt, dass die Ureinwohner diese Stätten als heiliges Land betrachten und dass die Regierung ihre kulturelle Art der Totenbeisetzung nicht beeinträchtigen darf. Fast jede Woche berichten kanadische Zeitungen über Suchaktionen, die hier und da in Ka-

nada durchgeführt werden, und suggerieren, dass man die Leichen vermisster Kinder finden wird.

Die Medien berichten bis zum heutigen Tag nur sehr gelegentlich darüber, dass es bei den Kindergräbern zu Kamloops nur um Vermutungen handelt und bis heute keine sterblichen Überreste gefunden wurden. Die kanadische Regierung und die Medien unterstützen und verbreiten die These, dass 200 Kinder in Kamloops und Tausende in anderen Internaten verschwunden sind. So nahmen Premierminister Justin Trudeau und die Generalgouverneurin, die Vertreterin der Königin, Mary Simon am 1. Juli 2022, dem Nationalfeiertag, an einer Zeremonie teil, „nach einem Jahr 2021, das von der Entdeckung Hunderter anonymen Gräber in der Nähe ehemaliger Internate für Ureinwohner überschattet wurde.“ Der Premierminister sieht die Gräber von Kamloops und all die anderen, die später vermeintlich entdeckt wurden, als Beispiel für „schwere Fehler“ und „Lücken“ in der kanadischen Geschichte. Ja, es gibt tatsächlich Fehler in der Geschichte des Internats von Kamloops.

## Wie kam es zu diesem Fund?

In ihrem 2015 veröffentlichten Bericht zählte die *CVR* 3.201 Todesfälle von Kindern in den Internatsschulen. Von diesen Kindern, die in Sterberegistern verzeichnet sind, fand die *CVR* bei 1.391 Kindern überhaupt keine Aufzeichnungen darüber, wo sie gestorben sind. Von den übrigen 1.810 Kindern starben nur 832 Kinder in den Schulen. Weitere 418 starben zu Hause, weitere 427 in Krankenhäusern, möglicherweise in einem der von der Kirche betriebenen Missionskrankenhäusern. 90 starben an „anderen Orten außerhalb der Schule“ und 43 in einem Sanatorium. Erstaunlicherweise konnte sie bei einem Drittel von ihnen weder den Namen noch die Todesregistrierung herausfinden. Bei der Hälfte der Kinder wurde auch die Todesursache nicht ermittelt. Nur aufgrund dieser bruchstückhaften Quellen kommt die Kommission zu dem Schluss, dass viele Kinder verschwunden sind, ohne dass ihre Familien darüber informiert wurden, und fordert weitere Untersuchungen.

Da die Kommission um weitere Informationen über die im Internat von Kamloops gestorbenen Kinder ersuchte, haben wir die

von der Kommission bereitgestellten Informationen überprüft:

Das 1890 gegründete Internat (s.u.) wurde von der Kongregation der Unbefleckten Jungfrau Maria geleitet, und die aus Québec stammenden St. Anna-Schwestern übernahmen den Unterricht. Das Nationale Zentrum für Wahrheit und Versöhnung, das die Dokumentation erstellt hat, hat die Namen von 51 Kindern ausfindig gemacht, die zwischen 1915 und 1964 im Internat gestorben sind. Wir waren in der Lage, Informationen über diese Kinder aus den Akten der *Bibliothèque et Archives Canada* und den Sterbeurkunden, die in den Standesämtern von Britisch-Kolumbien aufbewahrt wurden, zu finden.

Die Zusammenführung dieser beiden Quellen vermittelt eine gute Einsicht in das Ableben von mindestens 35 der 49 Schüler (zwei sind Duplikate). 17 starben im Krankenhaus und acht infolge eines Unfalls in ihrem Reservat oder in der Nähe des Internats. Was den Ort der Beerdigung betrifft, so wurden 24 auf dem Friedhof ihres eigenen Reservats und vier auf dem katholischen Friedhof des Kamloops-Reservats beerdigt. Bei den restlichen Kindern fehlen die Informationen oder wäre eine Einsicht in die vollständigen Sterbeurkunden im Archiv von Britisch-Kolumbien erforderlich. Wir sind also weit entfernt von den unbestätigten Behauptungen, dass die Kinder keine medizinische Versorgung erhielten, die Behörden die Todesfälle nicht registriert haben, die Eltern nicht informiert wurden oder die sterblichen Überreste nie zu ihren Familien zurückkamen. Sofern Informationen verfügbar sind, wird berichtet, dass die Eltern informiert wurden und dass die Kinder auf dem Friedhof ihres Reservats beerdigt wurden.

Ab 1935 schrieb das Ministerium für Indianerangelegenheiten ein genau festgelegtes Verfahren bei dem Tode eines Schülers vor. Der Direktor des Internats musste den Beamten des Ministeriums informieren, der dann einen Untersuchungsausschuss einrichtete, bestehend aus ihm selbst, dem Direktor und dem Arzt, der den Tod diagnostiziert hat. Von der Untersuchung waren die Eltern zu benachrichtigen, die berechtigt waren, an ihr teilzunehmen und selbst eine Stellungnahme abzugeben.

Schauen wir einen konkreten Fall näher an: Am 25. April 1937 erkrankte das 14-

jährige Mädchen Kathleen Michel. Es wurde im Internat von einer Krankenschwester versorgt, die alsdann einen Arzt herbeirief. Am 1. Mai wurde sie mit dem Auto in das Krankenhaus von Kamloops gebracht. Dort wurde sie von einem Arzt behandelt und verstarb zwei Tage später an einer akuten Nierenentzündung. Dieser Arzt konnte keine Mängel in der Versorgung im Internat feststellen. Der über die Untersuchung informierte Vater war nicht bereit, an ihr teilzunehmen. Leider geht aus dem einzigen Bericht des Ministeriums nicht hervor, wo sie beerdigt wurde.

Es ist wichtig zu betonen, dass das Internat in Kamloops auf dem Gebiet des Reservats selbst liegt, was jedoch nie berichtet wird. Im Bericht der CVR heißt es, dass „in fast allen Internaten christliche Begräbnisse die Norm waren“ und dass der Friedhof der angrenzenden Kirche „als Begräbnisstätte für Schüler, die im Internat starben, ebenso wie für Mitglieder der lokalen Gemeinschaft und die Missionare selbst genutzt werden konnte.“ Es ist daher schwer zu glauben, dass die sterblichen Überreste von 200 Kindern, deren Namen übrigens nicht bekannt sind, nirgendwo aktenkundig sind und nie als vermisst gemeldet wurden, heimlich in einem Massengrab auf Reservatsgrund selbst beigesetzt werden konnten, ohne dass die Familien und die Stammesräte handeln und die Polizei benachrichtigen würden.

## Weitere „Funde“

So abscheulich diese Behauptungen auch sind, sie bilden noch nicht das Ende. Seit Mai letzten Jahres ist es üblich, dass Mainstream-Nachrichtenorganisationen reißerischem Hörensagen Glauben schenken, indem sie sie neben verifizierten Berichten über kriminelle Brutalität an Internatschülern auch „Berichte“ veröffentlichen über: Jugendliche, die in Verbrennungsöfen geworfen wurden, Leichen von Kindern, die in Seen und Flüsse geworfen wurden, Priester, die Kinder „enthauppteten“, Nonnen, die schwanger wurden, nachdem sie Schuljungen notzüchtigten, und dann gegenseitig mit Kleiderbügeln abtrieben, kleine Mädchen, die gezwungen wurden, diese Babys zu begraben, tote Jungen, die an ihren Hälsen in einer Scheune aufgehängt wurden. Sogar die Königin und ihr Prinzgemahl sollen an einem Kinderraub

bzw. -mord an der Kamloopser Schule anlässlich ihres offiziellen Besuches an ihrer Dominion in 1964 - bei dem sie allerdings keinen Fuß auf britisch-kolumbianischen Boden setzten, dieser beschränkte sich auf die Prinz-Eduard-Insel, Quebec und Ottawa - teilgenommen haben.

Es ist unbegreiflich, dass eine vorläufige Forschungsarbeit über ein angebliches Massengrab in einem Obstgarten zu einer solchen Spirale von Behauptungen führen konnte, die von der kanadischen Regierung gebilligt und von den Medien weltweit aufgegriffen wurden - wenig überraschend im Zeitalter aussterbender Redaktionen und „Kopier- und Einfügen“-Journalistik – der leere Raum, den die einst florierenden Nachrichtenredaktionen hinterlassen haben, wird zunehmend von Start-ups im Bereich des Lobby-Journalismus und hybriden digitalen Plattformen eingenommen; sie zielen darauf ab, die herkömmlichen demokratischen Werte zu erschüttern. – Dies ist kein Konflikt zwischen der Geschichte und der mündlichen Überlieferung der Ureinwohner, sondern zwischen letzterer und dem gesunden Menschenverstand. Es bedarf konkreter Beweise, bevor die Anschuldigungen eines so schrecklichen Massenmordes, die gegen die Oblatenpatres und die Schwestern von St. Anna erhoben wurden, in die Geschichte eingehen.

In Kamloops wurden keine Exhumierungen vorgenommen, und Chief Casimir stellte klar, dass die Aufgabe der Anthropologen im Sommer 2022 lediglich darin bestehen wird, den Suchradius um mögliche Kinderleichen zu erweitern. Von der Bundesregierung wurde ein Zuschuss in Höhe von 7.386.000 \$ (ca. 5,5 Mio €) bis 2023 zugesagt.

Nach diesen initialen Funden von vermeintlichen Massengräbern tauchten weitere Berichte zu anderen Gräberfunden auf: um die 751 Gräber bei der ehemaligen Missionsschule im Qu'Appelle-Tal bei Marieval (s.o.) in Saskatchewan, 182 anonyme Gräber beim alten Indianerpensionat von Cranbrook (Lower Kootney, Britisch-Kolumbien), 160 ungekennzeichnete Gräber bei der ehemaligen Schule auf Kuper Island (bei Vancouver Insel) usw. usf. Diese und andere ähnliche Geschichten erwiesen sich alle anschließend als falsch: In Marieval stellten die Cowessess-Ureinwohner

von Anfang an fest, dass sie keine Gräber entdeckten. (Die in Kanada gängigen Holzkreuze waren Jahrzehnte zuvor unter umstrittenen Umständen verschwunden, und der alleinige Grund für den Einsatz des Bodenradars war es, die Lage der einzelnen Gräber zu bestimmen.) Der Chef der Cowesses, Cadmus Delorme, erklärte gegenüber CBC News: „Dies ist eine römisch-katholische Grabstätte. Es handelt sich nicht um eine Grabstätte der Internatsschüler.“ Die *CVR* listet neun Schüler auf, die in dem Jahrhundert zwischen der Eröffnung der Schule im Jahr 1898 und ihrer Schließung 1997 an der Marievaler Schule ums Leben kamen. Zudem befand sich die Begräbnisstätte auf einem alten Friedhof, der ursprünglich 1865 für weiße Siedler angelegt worden war, also fast ein halbes Jahrhundert vor dem Bau der örtlichen Internatsschule. – Weitere quellenbasierte Fakten, die von uns im Einzelnen recherchiert wurden, widerlegen die oben genannten „Geschichten“, die einen „Genozid“ suggerieren wollen.

Natürlich aber kein Genozid ohne deutsche Beteiligung! Im Januar 1939 sollen Kinder der Cowichan-Indianer in der katholischen Internatsschule Kuper Island auf Vancouver Island von deutschsprachigen Ärzten für medizinische Experimente eingesetzt worden sein. Mehrere namenlosen Kinder starben angeblich infolgedessen. Die zuständige Bundespolizei soll die Ermittlungen zu den Todesfällen verhindert haben, und der deutsche katholische Orden, die Montfortaner Patres, der die Schule betrieb, soll sofort danach durch die Oblaten ersetzt worden sein. Diese gute Zusammenarbeit wurde natürlich nach dem Ende des Krieges fortgesetzt: ein ehemaliger SS-Arzt Gustav Meyer/Bob Armstrong, scheinbar ein Protegé von Herrn Dr. Mengele, soll für die königlich-kanadische Luftwaffe Experimente im Nanaimoer Indianderspital auf Vancouver-Insel ausgeführt haben.

## Geschichtsaktivismus

Viele dieser Berichte, die heutzutage als „Zeugenaussagen“ bewertet werden, gehen auf einen Mann zurück: Kevin Annett. Dieser Weiße kam 1992 auf die Vancouver-Insel als Pfarrer der *United Church* in der kleinen Hafen- und Papierstadt Port Alberni und nahm diese Geschichte für bare Münze. Es dauerte nicht lange, bis hoch-

rangige Vertreter der *United Church* zu ihrem Entsetzen feststellten, dass Annett seine Sonntagsgottesdienste in kathartische Guerilla-Theater-Aussagen über satanischen rituellen Missbrauch verwandelte. Er wurde deswegen 1995 seines Amtes enthoben. Seitdem sieht er sich selbst als Whistleblower, der eine Verschwörung nach der anderen aufdeckt, er wird zu einem Vollzeit-Verschwörungstheoretiker. Er ist besonders angetan vom weltweiten Elitenetzwerk des „satanischen Kinderopferkults des Neunten Kreises“, zu deren Mitglieder europäische Königshäuser gehören, und die gemeinsam an Kinderjagden teilnehmen. In 1998 hielt er in Vancouver ein selbsternanntes Tribunal ab, die sog. „True Commission into Genocide in Canada“, wobei William Arnold Coombs Aussagen machte. Später machte Annett hierzu einen Dokumentarfilm, in dem seine Rolle im Scheinwerferlicht steht. Coombs verstarb in Februar 2011, angeblich unter „verdächtigen“ Umständen, im Vancouverer St. Paul's Hospital, er war Annett zufolge als Hauptzeuge bei der Eröffnungssitzung des „Internationalen Strafgerichtshofs für Verbrechen von Kirche und Staat“, der am 12. September 2011 in London (England) anfangen sollte, vorgesehen. Von Juli 2012 bis Februar 2013 hielt der „Internationale Gerichtshof des Common Law“ ebenfalls einen Prozess ab, worin u.a. die Königin, ihr kanadischer Premier sowie alle kanadischen Provinz-Premiers, Amtsträger der anglikanischen Kirche in Großbritannien und Kanada, sowie der Papst und mehrere Bischöfe verurteilt wurden; er behauptet gar verschiedentlich, wie er Papst Benedikt XVI. zum Rücktritt zwang. Beide Organisationen, die *International Tribunal into Crimes of Church and State*, der *International Common Law Court of Justice* sowie das *Tribunal into Crimes against Humanity* u.a.m. sind Ein-Mann-Blogs ohne jegliche Autorität von besagtem Kevin Annett, wie eigentlich alle diese Behauptungen ohne Faktenbasis, so z.B. die angebliche deutsche Genozidteilnahme; Annett behauptet, dass die Monfortaner Pfarrer 1939 von den Oblaten-Schwestern 1939 unmittelbar nach den Experimenten deutschsprachiger Ärzte abgelöst wurden, in Wirklichkeit war dies 1957; der SS-Arzt „Bob Armstrong“ ist nur Herrn Annett bekannt.

Er ist regelmäßig zu Gast bei englischsprachigen kanadischen und internationalen

Medien, in denen er überraschenderweise nicht auf seine haarsträubendsten Behauptungen eingeht, die ihn als Experten und mutigen Anwalt der Ureinwohner und Gerechtigkeitskämpfer diesbezüglich feiern, obwohl kein Stamm, keine „Première Nation“ ihn oder seine Behauptungen anerkannt hat. Viele der Aussagen - keine Zeugenaussagen - in den Medienberichten über „Überlebende“ weisen sehr auffallende Ähnlichkeiten mit den von Annett im Laufe der letzten 30 Jahren publizierten Behauptungen auf. Man könnte meinen, dass er nach 30 Jahren und unter großen persönlichen Opfern endlich sein angestrebtes Ziel erreicht hat, nachdem die Geschichte, die lange von der kanadischen Regierung und den Kirchen (in einem einzigartigen Akt ökumenischer Solidarität!) vertuscht wurde, ans Licht gekommen ist. Keine der Genozidbehauptungen, die heute für Schlagzeilen sorgen, wurden aber auffallenderweise von der *CVR* übernommen. Annett aber scheint sich weder für Vergangenheitsbewältigung noch für Fakten zu interessieren, für ihn ist die Sache noch lange nicht beendet, unlängst konnte er gar einen Augenzeugen ausfindig machen, der angibt, Augenzeuge der Teilnahme des derzeitigen Papstes Franziskus an der Vergewaltigung von Teenagern und dem Verzehr von Babys im Rahmen eines satanischen Rituals gewesen zu sein. Da für ihn die Geschichte nur weitergehen kann, hat er unlängst die unabhängige „Republic of Kanata“ ausgerufen – anscheinend ist er ihr einziger Bürger. So wird immer noch versucht, den Mythos der verschwundenen Kinder aufrechtzuerhalten, um Sympathien für die Sache der Ureinwohner zu gewinnen, auf Kosten der Wahrheit und einer echten Versöhnung.

Die Schreckensmeldungen aus Kamloops (und andernorts) basieren nicht auf wissenschaftlich nachweisbaren Forschungsergebnissen – wie wir gesehen haben, dürfen die Forscher selber und ihre Universitäten gar nicht ihre (von öffentlicher Hand finanzierten) Arbeiten veröffentlichen. Das einzige erlaubte Sprachrohr ist der Tk'emlúps-te-Secwépemc-Stamm selber, der sich auf ein „Wissen“ („Knowing“) und „mündliche Überlieferung“ („oral Tellings“) der immer anonymen Weisheitsbewahrer („Knowledge Keepers“) des Stammes berufen; ihre Aussagen genießen a priori Unfehlbarkeit und dürfen nicht hinterfragt

werden, was respektlos wäre. Ausgrabungen werden nicht gefordert, Regierungen und Forscher überlassen den Umgang mit First-Nations-Toten den Nationen selber. Ein Zyniker könnte vielleicht fragen, warum der ganze Aufwand mit westlicher Technologie und abendländischem Wissen - was eigentlich ein Fallbeispiel für kulturelle Aneignung sein müsste - wenn dies alles schon „gewusst“ ist? Wer benötigt dann Knochen? (Weiße) Archäologen, die sich selber als „Siedler“ bezeichnen und „respektvolle Beziehungen“ mit der autochthonen Bevölkerung anstreben, scheinen ihre Disziplin als überflüssig zu betrachten. Rubenstein fragt zurecht: Sind diese Kinder wirklich verschollen oder einfach vergessen, wie die meisten Verstorbenen nach einigen Generationen? Wenn sie vermisst werden, warum sind ihre Namen unbekannt? Und wie können Kinder, deren Namen nicht bekannt sind und die keine Familienmitglieder haben, die nach ihnen suchen, als „vermisst“ bezeichnet werden? Warum kennen wir weder die Namen der vielen indigenen Kinder, die angeblich von katholischen Geistlichen in Wohnheimen in ganz Kanada ermordet wurden, noch die Namen ihrer Mörder, noch den Namen eines einzigen Elternteils, der jemals nach einem vermissten oder ermordeten Pensionatskind gesucht hat, das nie nach Hause kam? Und warum wurde nie auch nur eine einzelne Leiche eines vermissten oder ermordeten Pensionatskindes gefunden? Wie kann das sein? Kein einziges bekanntes Opfer, kein einziger identifizierter Mörder, kein einziges trauerndes Elternteil, das nach einem Kind sucht, das während des Besuchs einer Internatsschule vermisst wurde, und keine einzige Leiche.

## Die politisierte Vergangenheitsaufarbeitung

Ein Teil des Problems liegt bei der Wahrheits- und Versöhnungskommission selber. Die wichtigsten Zeugenaussagen der Ur-einwohner zu diesen und anderen Themen in den sechs Bänden der *CVR* sind anekdotische Aussagen ehemaliger Schüler – immer „Überlebende“ genannt, ein Begriff, der immer groß geschrieben und auf alle ehemaligen Schüler ungeachtet ihrer Erfahrungen angewandt wird, ein Wort, das diese Schüler unterschwellig und auf perverse Weise mit den Überlebenden des Ho-

locast vergleicht –, die sich entschlossen haben, vorzutreten und ihre ungeprüften und unbestätigten Geschichten zu erzählen, ohne sich darum zu kümmern, ob sie eine repräsentative oder zufällige Auswahl der lebenden ehemaligen Schüler darstellen. Trotz eines Budgets von 72 Mio. Dollar, das eine statistisch aussagekräftige Stichprobe hätte ermöglichen müssen, hörte die TRC lediglich eine selbst ausgewählte Gruppe von etwa 6.500 der geschätzten 80.000 ehemaligen Studenten an, die zum Zeitpunkt der Anhörungen noch lebten. Ebenso wichtig ist, dass viele von ihnen – eine verzerrte Stichprobe von 4 % der schätzungsweise 150.000 Schüler, die jemals ein Indianerpensionat besucht haben und die sogar die Möglichkeit hatten, die Aussagen anderer (wie z.B. Herrn Annett, s.o.) zu hören und vielleicht daraus zu lernen – ihre „Erkenntnisse“ nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit vortrugen. Keiner von ihnen wurde je einem Kreuzverhör oder einer Überprüfung unterzogen, auch nicht diejenigen, die Behauptungen über abscheuliche Verbrechen wie pädophile sexuelle Übergriffe und Mord aufstellten, die die *CVR* sofort der Polizei hätte melden müssen. Die Aussagen werden dann mit statistischen Auswertungen in der Form von Tabellen untermauert, anscheinend vergessend, dass Korrelation nie Kausalität ist. Schwerwiegender: nur vermeintlich Misshandelte werden gehört, andere Stimmen kamen nicht zu Wort.

Ein weiteres Problem ist, dass viele dieser Indianerschulen auf Bitten der Indianer selber gestiftet wurden. Das Pensionat zu Kamloops ist ein Beispiel, es wurde vom damaligen Stammeschef Louis Clexlixqen („Petit Louis“) initiiert: „Louis war um 1852 Häuptling der Kamloops-Bande geworden und diente bis zu seinem Tod als „erblicher Häuptling“. In den frühen 1860er Jahren konvertierte er zum Katholizismus und wurde um 1866 zum Kirchenhäuptling ernannt, eine Ernennung im Rahmen des von den Oblatenmissionaren eingeführten Dorfratssystem. In jenem Jahr lobte ihn der Oblatenpriester Pierre Richard für seine Mitarbeit bei der Durchsetzung der kirchlichen Gebote. Im Jahr 1872 berichtete Pater Florimond Gendre, dass Louis das Geld für den Bau einer Kirche im Kamloops-Reservat aufgebracht hatte. Louis setzte sich konsequent für das Bildungswesen ein: Er ermutigte

die Shuswap-Kinder in den späten 1860er Jahren, die Internatsschule der Okanagan-Mission zu besuchen, unterstützte die Oblaten 1880 bei der Einrichtung einer Tagesschule im Kamloops-Reservat und initiierte den Bau der dortigen Internatsschule im Jahr 1890. Wahrscheinlich war es seinem Einfluss zu verdanken, dass die Oblaten 1893 die Leitung der Schule übernahmen.“ In einem Bericht aus dem Jahr 1890 lesen wir: „Sie [der Kamloops-Stamm] sind sehr erfreut darüber, die Industrieschule in ihrem Reservat zu haben, und wenn Vorkehrungen für die Unterbringung und Unterstützung von mehr Schülern getroffen würden, könnte die derzeitige Zahl leicht vervierfacht werden.“ Während der 1920er Jahre überstieg die Nachfrage nach Plätzen in einigen Internatsschulen weiterhin das Angebot. So schrieb Pater James McGuire 1925 von Eltern, die sich um die Aufnahme ihrer Kinder in der Kamloops Indian Residential School „drängten“, und ersuchte das Ministerium für Indianerangelegenheiten in Ottawa um die Genehmigung einer Erhöhung der Einschulungskapazität, während andere Schulen eine Warteliste führten. Wie oben erwähnt, nur eine Minderheit aller Ureinwohnerkinder besuchte ein Pensionat. Kurz gesagt, nach Ansicht des Ministeriums für indianische Angelegenheiten diente Abschnitt 9 der Verordnungen von 1894 ausschließlich dem Zweck, Kinder in ein Internat oder eine Industrieschule einzuweisen, wenn es in dem Reservat eine Tagesschule gab oder wenn die Eltern sich weigerten, ihre Kinder in diese Tagesschule zu schicken. Wenn es in einem Reservat keine Tagesschule gab, weigerte sich das Ministerium, Kinder in ein Internat oder eine Industrieschule außerhalb des Reservats einzuweisen, da es nicht die Politik des Ministeriums war, Kinder von ihren Eltern zu trennen. – „Wenn zwei Drittel keine Internatsschule besucht haben, liegt es auf der Hand, dass die katastrophale Situation vieler kanadischen Ureinwohner heute nicht allein auf die Internatsschulen zurückzuführen ist“ (Nina Green).

## Wie es zum „Genozid“ kam

Zur Verdeutlichung: wir behaupten nicht, dass alles immer einwandfrei zugeht auf den Internaten. Besonders in den Anfangsjahren waren die Schulen schlecht gebaut, und der kanadische Staat war nicht groß-

zünftig mit den Zuschüssen angesichts der großen Nachfrage, trotz wiederholter Ersuchen der Ordensmitglieder und anderer Schulbetreiber. Die Todesrate in den Pensionaten war aber keinesfalls höher als in den Heimatreservaten dieser Kinder, und es ist wahr, dass indigene Kinder und Erwachsene im 19. und frühen 20. Jahrhundert aufgrund ihrer fehlenden natürlichen Immunität gegen ansteckende europäische Krankheiten wie Pocken, Grippe, Masern und Tuberkulose viel häufiger starben als andere Kanadier. Die Todesrate sank aber hiernach kontinuierlich, und die Versorgung wurde besser, was weder die Zeugnisaussagen noch der Abschlussbericht der *CVR* erwähnen. Zwar gab es auch inzidentale Misshandlungen, viele davon wurden verfolgt und verurteilt, wie z.B. der kath. Pfarrer Harold McIntee in 1989, der Ordensbruder Glen Doughty und der spätere Bischoff Hubert O'Connor lange vor der jetzigen Hysterie - zu Recht verurteilte Missbrauchstäter, die Schande über ihre Kirche und Kanada gebracht haben, unvorstellbar schrecklich, aber kein Beweis für systematischen Kindesmissbrauch, der von Autoritäten gebilligt wird, oder amoklaufende Pädophilenbanden und sicherlich weit entfernt von systematischem Genozid.

In dem, was wir oben beschrieben haben, können wir eine schrittweise Entwicklung erkennen. Von der Kritik am Internatssystem wegen der Assimilation an die europäisch-kanadische Kultur und des seelischen Missbrauchs kam die *CVR* 2015 zu dem Schluss, dass diese Schulen ein zentrales Element dessen waren, „was am besten als ‚kultureller Genozid‘ beschrieben werden kann“ - ein juristisch nicht definierter Begriff, der sich auf alle Ureinwohner bezog. Nach kurzer Zeit verschwand das Adjektiv, besonders nach dem Erscheinen des Berichtes der Kommission zu verwundeten und ermordeten Ureinwohnerinnen, die untersuchen sollte, warum indigene Frauen (offiziell als 2SLGBTQIA bezeichnet) häufiger Opfer tödlicher Gewalt werden als andere Gruppen, was wiederum schnell vom heutigen Premier Trudeau akzeptiert wurde. Hiernach befand man durch Ausweitung des juristischen Genozidbegriffes, besonders in kanadischen akademischen Kreisen, dass die Pensionate völkermörderischen Charakter hatten, was aber auch Kritik erfuhr. Aber ein Genozid, selbst ein

kultureller, benötigt Leichen, oder zumindest Gräber.

Die kanadischen Kommissionen oder vielmehr die publizierten Ergebnisse ihrer Beratungen tragen eindeutig den Stempel des Zeitgeistes, den der Identitätspolitik, des postkolonialen Diskurses, der Opferkultur und „White Guilt“ (die Überzeugung, dass Weiße eine kollektive Verantwortung für den Schaden tragen, der durch die historische oder aktuelle rassistische Behandlung von Menschen anderer Rassengruppen entstanden ist, wie z.B. im Zusammenhang mit dem atlantischen Sklavenhandel, dem europäischen Kolonialismus und dem Völkermord an indigenen Völkern). Es ist daher weder überraschend noch zufällig, dass in den Tagen nach der Nachricht aus Kamloops, nur wenige Tage nach dem ersten Jahrestag der Ermordung George Floyds – als die Vereinigten Staaten mit Rückblicken, Gedenkveranstaltungen, Festivals und Märschen beschäftigt waren – die altgediente liberale Politikerin Carolyn Bennett, die damals als Ministerin für die Beziehungen zwischen der Krone und den Ureinwohnern diente, die Hoffnung äußerte, dass die Nachricht ein Katalysator sein würde, wie der Mord an George Floyd. Obwohl kanadische Progressive einst ihre (sehr realen) kulturellen Unterschiede zu den Vereinigten Staaten feierten, haben sich kanadische Akademiker und die Trudeau-Regierung in jüngster Zeit dazu entschlossen, die amerikanische Rassenfixierung in vollem Umfang in unsere Entscheidungsprozesse zu importieren. So ist es zur Routine geworden, jede statistische Ungleichheit in der Repräsentation von Gruppen beiläufig als Beweis für „strukturellen Rassismus“ zu werten; Wörter wie „Genozid“, die einst für die Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen reserviert waren, werden nun verwendet, um den Alltag in unserer bisher friedlichen und nicht erfolglosen multikulturellen Gesellschaft zu beschreiben. Inzwischen ist es eine gängige Masche, irgendein amerikanisches Ereignis – wie die Ermordung von George Floyd, die angeblich Teil eines weißen Genozids gegen Afroamerikaner ist – heranzuziehen, um Kanadier zu belehren, dass solche Schandtaten für unsere Gesellschaft ebenso typisch sind wie für die amerikanische. Einst waren die Kanadier stolz darauf, dass es in Britisch-Nordamerika keinen Wilden Westen gab.

Der allgegenwärtige Begriff Genozid wurde nicht zufällig gewählt, „residential-school denialism“ wird mit Holocaustleugnung gleichgestellt, die kanadischen Indianerschulen sollen den deutschen Todeslagern während des Dritten Reiches gleichkommen, eine erprobte Taktik, um kritische Forschung zum Schweigen zu bringen. Auf der Webseite des öffentlich-rechtlichen Senders der Provinz Ontario, wird auf die Erklärung des kanadischen Historikerverbandes verwiesen, die „kürzlich klargestellt hat, dass der Begriff Völkermord im kanadischen Kontext korrekt ist.“ Wer diese Erklärung liest, wird feststellen, dass es hier nicht um eine Quellen-gestützte Feststellung geht, wie man das von akademischen Historikern erwarten müsste, sondern um eine ideologische Feststellung mit dem Ziel, die Erzählung für sich zu beanspruchen und Abweichler zu ermahnen, sich an die offizielle Linie zu halten oder die entsprechenden Folgen zu tragen. Damit ist eindeutig die Schwelle ins postfaktische Zeitalter endgültig überschritten. Faktenentleerte Geschichtspolitik und ideologisierte Erinnerungskultur führen nicht zur Vergangenheitsbewältigung, sondern höchstens zu Vergangenheitsvergewaltigung – Fakten sprechen nie für sich selbst, sie sprechen für oder gegen konkurrierende Theorien. Diese schlampige Arbeit, hervorgehend aus einem angeblichen wissenschaftlichen Konsens, ist eine in Deutschland nicht unbekannteste Arbeitsweise seit dem Erscheinen von Elaboraten wie Bernals „Schwarze Athene“ oder Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“. Sie hat in Kanada eine Gegenreaktion prominenter Historiker hervorgerufen, - darunter auch von einem Mitautor dieses Beitrages, einem emeritierten Professor der Université de Montréal, die aber größtenteils totgeschwiegen wurde. So wird in der „schönen Neuen Welt“ wissenschaftliche Wahrheit hervorgebracht. Können all diese dramatischen Berichte aber denn unwahr sein? In den vorangegangenen Abschnitten haben wir die Rolle des Kevin Annett in den letzten dreißig Jahren erörtert. Angesichts seiner Aktivitäten und der feststellbaren Entstehung von Zeugenaussagen aus zweiter und dritter Hand, die wir oben erörtert haben, scheint es plausibel - wie Widdowson (a.a.O.) vorschlägt -, dass hier eine Form der „Recovery Memory Therapy“ (‘Trauma-Erinnerungstherapie’) am Werk ist. Dies ist

eine umstrittene, wissenschaftlich diskreditierte Form der Psychotherapie, die in Nordamerika immer noch populär ist und bei der unbewiesene Befragungstechniken eingesetzt werden, wie von Annett praktiziert, um den Patienten angeblich zu helfen, zuvor vergessene Erinnerungen wiederzuerlangen. Auffallend ist die Rolle selbsternannter weißer Gerechtigkeitskrieger wie Annett (oder seiner akademischen Helfer). So fand 2019 eine Bücherverbrennung statt: In den Bibliotheken des katholischen Schulrates von Providence, der 30 französischsprachige Schulen im gesamten Südwesten Ontarios umfasst, fand eine literarische Säuberung statt; fast 5000 Jugendbücher, in denen von Ureinwohnern die Rede ist, wurden vernichtet, um eine Versöhnung mit den First Nations herbeizuführen. Danach fand eine „Flammenreinigungszereemonie“ statt, bei der etwa 30 der verbannten Bücher zu „Bildungszwecken“ verbrannt wurden; die Asche wurde dann als Dünger verwendet, um einen Baum zu pflanzen und so angeblich das Negative ins Positive zu wenden. Die Aktion wurde von einer selbsternannten „Hüterin des Wissens“, die von sich behauptet, Ureinwohnerin zu sein, wofür jeglicher Beweis fehlt, geleitet. Wird man auch am Ende noch Menschen verbrennen, oder ist Heinrich Heine mitsamt seiner Warnung nur noch ein zu verachtetes Bleichgesicht?

## Was nun?

Es steht nicht zur Diskussion, dass die Ureinwohner Kanadas benachteiligt wurden und werden. Viele haben niedriges Bildungsniveau, einen schlechten Gesundheitszustand und hohe Raten von Gewaltkriminalität, Alkoholismus, sexuellem Missbrauch und Selbstmord. Diese schwerwiegenden Probleme haben reale Ursachen, besonders wirtschaftliche Isolation, unterdurchschnittliche soziale Leistungen und Bildungsmangel. Wird sich durch die Ausgabe von Milliarden von Dollar zur Feststellung eines vermeintlichen Genozids hieran etwas ändern? Oder werden nicht vielmehr, wie bereits mehrfach in der Vergangenheit geschehen, diese Gelder einer autochthonen Elite und ihren willigen Vollstreckern (u.a. in der Form von Forschungsgeldern) zugutekommen, zum Nachteil der normalen autochthonen Bevölkerung? Dies ist aber nicht neu, in verschiedenen Ländern und Zeiten haben die

Führer von Gruppen, die wirtschaftlich und bildungsmäßig zurückgeblieben sind, ihren Mitgliedern beigebracht, alle ihre Probleme auf andere Menschen zu schieben – und diese anderen Menschen zu hassen. Die Flut von neuen Klagen wird dafür sorgen, dass Gelder für aufwändige Vereinbarungen und bürokratische Prozesse abgezweigt werden, die niemandem nützen außer Anwälten, Beratern und anderen ‚Geiern‘, die angeblich soziale Gerechtigkeit, Versöhnung und Heilung anstreben. Wie beim uneigentlichen Umgang mit dem echten Holocaust an die europäischen Juden durch die Deutschen, besonders durch US-amerikanischen Fürsprecher, ist etwas Ähnliches jetzt in Kanada im Gange, wie Frances Widdowson und Albert Howard eingehend darlegen. Frau Widdowson stellt fest, die Internatsschulen als „Völkermord“ darzustellen sei bestenfalls ein Ablenkungsmanöver; schlimmstenfalls dient es dazu, die ernsthaften pädagogischen Herausforderungen zu verschleiern, vor denen jeder Nationalstaat steht, der versucht, isolierte und marginalisierte Stammeskulturen in eine moderne Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren. Es ist längst überfällig, dass wir nicht mehr länger den Wandel durch rassische oder ethnische Führer suchen. Solche Führer haben zu viele Anreize, polarisierende Haltungen und Handlungen zu fördern, die für Minderheiten kontraproduktiv und für ein Land katastrophal sind. Zurück zur jüngsten Papstreise nach Kanada, in seinen Worten eine Bußpilgerfahrt, in der er viel Zeit mit der autochthonen Bevölkerung verbrachte. Auffallend ist, dass er Britisch-Kolumbien, die Provinz, die beansprucht, die meisten Opfer zu haben, gänzlich vermied. Bei der derzeitigen Faktenlage ein weiser Entschluss. Seine Worte „Ich empfinde Scham, Schmerz und Schande über die Rolle, die verschiedene Katholiken, insbesondere mit Erziehungsverantwortung, bei all dem, was Sie verletzt hat, gespielt haben. Für das beklagenswerte Verhalten dieser Mitglieder der katholischen Kirche bitte ich Gott um Vergebung“ sind unmissverständlich: er bittet namens der Kirche für in ihrem Namen durch ihre Vertreter begangenes Unrecht. Bei der Pressekonferenz im Flugzeug auf der Rückreise bemerkte er, dass „das Bewusstsein der menschlichen Gleichheit langsam aufkam ... Die heutigen Kolonialisierungen [u.a. „Woke“ und „Cancel Culture“] folgen

noch immer der gleichen Logik. Wer nicht in ihren Weg, in ihren Pfad passt, ist minderwertig. Gehen Sie zurück und bereinigen Sie alles, was falsch gemacht wurde, aber seien Sie sich bewusst, dass es auch heute noch denselben Kolonialismus gibt ... Ich habe um Vergebung gebeten für diese ‚Arbeit‘, die der Völkermord ist. Zum Beispiel habe ich auch das verurteilt: Kinder zu entführen, die Kultur zu ändern, die Mentalität zu ändern, die Traditionen zu ändern, eine Rasse zu ändern, sagen wir es so, eine ganze Kultur zu ändern ... Aber ich habe beschrieben, was wirklich ein Völkermord ist.“ Er schreibt den hier geschilderten Taten, unabhängig von ihren Urhebern und ihrer Häufigkeit, genozidalen Charakter zu, ohne aber die kirchliche Sendung oder die Kirche selber zu verurteilen.

Dass der Papst sich für die Missstände, die im Namen der Kirche verübt wurden, für die von Kirchenangehörigen begangenen Verbrechen um Vergebung bittet, ist richtig – eine zutiefst christliche Haltung, die das Sakrament der Versöhnung – früher sagte man „Beichte“ oder „Buße“ -, vorausgesetzt, dass man seine Sünden bekennt und sich fest vornimmt, sie nicht noch einmal zu begehen, und hofft auf Vergebung und die Gnade, die einem die Kraft gibt, sein Leben zu ändern, wie Rémi Brague in einer differenzierten Betrachtung anlässlich des Papstbesuches bemerkte.

Franziskus hat durch Worte und Taten während seiner letzten Kanadareise einen weiteren Schritt getan, um die Wunden vergangener Verfehlungen zu heilen, ohne sich an einer Geisterjagd zu beteiligen. In seinen Worten legte er den Finger auf die wunde Stelle: die Teilnahme der Kirche am Projekt der kanadischen Regierung, ihre Ureinwohner zu „zivilisieren“, obwohl die Kirche, historisch gesehen, die frohe Botschaft, das Evangelium mit Respekt und Achtung vor den lokalen Kulturen und Sprachen verbreitet hat. Der Kirche und dem Interesse ihrer Diener ist es zu verdanken, dass ein Großteil einheimischer Kultur, die sonst längst in der unausweichlichen, schicksalhaften Konfrontation mit der von Fremden verursachten Veränderung verloren gegangen wäre, erhalten geblieben ist – viele Grammatiken, Schriftsysteme und Bibelübersetzungen wurden von Kirchenleuten angefertigt, lange bevor sich die weltliche Gesellschaft für die einheimi-

sche Kultur interessierte. Wir erwähnen hier nur den hl. Jean de Brébeuf, der im 17. Jh, im Zeitalter des Ritenstreits in China, einige Indianersprachen erlernte; besonders wichtig wird seine Beherrschung der von den Huronen gesprochenen Wyandot, in die er den Katechismus, Teile der Bibel, Gebete und Lieder übersetzte, und in dieser Sprache Kanadas älteste Kirchenlied „Jesus Ahatonhia“ schrieb. Von ihm stammen viele Berichte über die Lebensweise der autochthonen Bevölkerung zur damaligen Zeit. Seine Aktivitäten, sowie die der übrigen kanadischen Märtyrer oder die der indigenen hl. Kateri Tekakwitha stehen in diesem Licht. Heutzutage aber, im Zeitalter der Ideologisierung und politischen Instrumentalisierung der Vergangenheit, werden sie gerne zugunsten einer ahistorischen Indianervorstellung, die genauso unwahr ist wie die barbarische vergangener Zeiten, vergessen. Man muss sich immer vor der Gefahr des Anachronismus hüten („Die Gnade der späten Geburt“), die Taten unserer Vorgänger anhand moderner Empfindungen zu beurteilen - Präsentismus, ein ontologischer Trugschluss. Wenn manche Kirchenangehörige nicht immer in der Nachfolge Christi handelten, muss man sich trotzdem der Frage stellen, was passiert wäre, wenn die Kirche nicht da gewesen wäre. Kirchenleute wie z.B. Bartolomé de Las Casas - wenige, wie Franziskus selber einräumte - zählten zu den schärfsten und meistbeachteten Kritikern der europäischen Kolonisierung und kämpften für die Rechte und die Würde der Ureinwohner. Krieg, Eroberung, Unrecht und Unterwerfung sind aber nicht neu und nicht nur einer Kultur vorbehalten. Sie zu bekämpfen war und bleibt eine Aufgabe der Kirche. Wären ohne die Kirche(n) die Indianer nicht dem „Fortschritt“ schutzlos ausgeliefert? Nur bei einer ehrlichen auf Tatsachen basierenden Aufarbeitung der Vergangenheit, bei der man aus der Vergangenheit lernt und sie nicht verurteilt, kann man begangenes Unrecht überwinden und gemeinsam weitergehen.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## **Das Verhältnis der polnischen Jugend zu Glaube und Kirche**

Der 21jährige Kacper war lange Zeit ein sehr aktives Glied der Kirche. Er gehörte der Oase-Bewegung an und erinnert sich gern an zahlreiche Treffen, Ferienfreizeiten und Einkehrtage. 2016 nahm er in Krakau als freiwilliger Helfer am Weltjugendtreffen teil, erlebte es als eine weltumfassende Glaubensgemeinschaft junger Christen. Kacper sah sich in jenen Tagen auf dem Gipfel seiner religiösen Begeisterung. Er überlegte sogar, sein Studium abzubrechen und in ein Priesterseminar einzutreten. Unter dem Eindruck des Krakauer Weltjugendtreffens konnte man 2016 bezüglich der Glaubensstärke und Kirchenbindung der polnischen Jugend noch einigermaßen optimistisch sein. Polens Ministerpräsidentin Beata Szydło war es jedenfalls, nahm sie doch jene Tage als Beweis dafür, dass „für die Jugend die allerwichtigsten Werte jene sind, die mit dem Glauben und der Kirche verbunden sind.“

Besonders hatte Kacper damals die Predigt von Papst Franziskus beeindruckt, zumal seine Botschaft: „Habt Mut! Die Welt braucht eure Freiheit des Geistes.“ Diese päpstliche Maxime hatte er sich im Sinne eines Leitworts zu Eigen gemacht, und das führte ihn schließlich zur Abkehr von seiner Kirche, in der er in den folgenden Jahren eben diese Freiheit des Geistes vermissete. Was er dagegen in der relativ kurzen Phase von sechs Jahren in seiner Kirche erlebte, das waren die zahlreichen sexuellen Missbrauchsfälle pädophiler Priester, ihre Vertuschung durch die Bischöfe, die Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern, Skandale, die im katholischen Polen eine große mediale Beachtung fanden und zum Ausgangspunkt einer massiven Kirchenkritik wurden. Des Weiteren nahm Kacper Anstoß an der Politisierung eines Großteils der Bischöfe und Priester, die aus ihrer nationalistischen Gesinnung keinen Hehl machten und offen die nationalkonservati-

ve Regierung unterstützten. Aus dieser zumal durch das Medienimperium von Pater Rydzyk geförderten Geisteshaltung resultierte die öffentliche Diskriminierung von Homosexuellen und die Hetze gegen alle jene, die anderen Geistes waren. Und es ärgerte ihn der gehobene Lebensstandard so mancher Priester, die teure Autos fahren, für kirchliche Projekte aber den Armen in der Gemeinde das Geld aus der Tasche locken.

Unter dem Eindruck all dessen steht Kacper heute der Kirche fern. Er will sich nicht kirchlich trauen lassen, die Kinder nicht religiös erziehen. Den Verlust des Glaubens erfährt er nicht einmal als Mangel. Noch hat er der Kirche nicht vollends den Rücken gekehrt, doch er überlegt bereits, auch diesen letzten Schritt zu tun. Kacper ist heute der Auffassung, dass es weder des Glaubens noch einer Beziehung zu Gott bedarf, um moralisch zu leben. Das mag zwar sein, doch zur Bewältigung aller Lebenssituationen dürfte die Moral kaum eine Lösung bieten. Doch warum geht der Glaube verloren, wenn die Bindung an die Kirche nicht mehr besteht? Im polnischen religiösen Verständnis ist sein vorrangiges Kriterium, wie es scheint, nicht die Orientierung am Evangelium, sondern die Treue zu den kirchlichen Institutionen. Dass der Glaube aber durch die Kirche statt erhellt, verdunkelt werden kann, wird kaum wahrgenommen. Und was bedeutet es, wenn jemand die Kirche um die Wahrung seines Glaubens willen verlässt, wie dies gegenwärtig nicht nur in westlichen Ländern, sondern auch in Polen zu beobachten ist? Es bedeutet die Gefährdung eines förmlich in Kirchlichkeit aufgehenden Glaubens, eine Fehlentwicklung, die kirchliche Reformen zwingend erforderlich machen.

Dass junge Erwachsene wie Kacper, die in ihrer Jugend ein besonderes religiöses Erlebnis hatten, dennoch die Kirche verlassen, scheint keine Seltenheit zu sein. Auch Ada, um einen zweiten persönlichen Bericht zu erwähnen, spricht von einer solchen Erfahrung. Die Familie wohnte in Krakau gegenüber der Kurie. So hatte Ada mit ihrer Mutter 2005 einen direkten Blick auf das Fenster, in dem sich der von schwerer Krankheit gezeichnete Johannes Paul II. den Gläubigen zeigte. Eine bewegende Szene, die Ada in ihrer Erinnerung bewahrt hat.

Wenig später starb der Papst, was die Polen weit über die Konfessionsgrenzen hinaus in Trauer versetzte. In dieser Atmosphäre hatte Ada in Vorbereitung ihrer Erstkommunion ihre erste Beichte. Sie wurde nach „schmutzigen Gedanken“ gefragt, wusste nicht, was damit gemeint war, und antwortete, dass sie gerne Süßigkeiten esse, was der Pfarrer bei seiner Schwerhörigkeit offenbar nicht verstanden hatte. Er klopfte dreimal auf das Holz des Beichtstuhls, womit Ada entlassen war.

Schlimmer noch als ihre erste Beichte erlebte Ada den Tag ihrer Erstkommunion. Während andere Eltern ihre Kinder zum Tisch des Herrn begleiteten, musste ihre geschiedene Mutter in der Bank bleiben. Darüber habe sie sich, so Ada, sehr geschämt. Was würden wohl die Leute denken? Ihre Mutter eine Diebin oder gar eine Mörderin?

Heute betritt Ada eine Kirche als Kunsthistorikerin nur mehr aus beruflichen Gründen. Denn, so ihr Fazit, „das Leben ist auch ohne die Last der Religion schon schwer genug!“

## Statistische Erhebungen

Das staatliche Statistische Hauptamt legte 2021 eine umfassende Untersuchung der Religiosität der Polen für den Zeitraum von 1992 – 2021 vor. Während dieser Zeit zeigt sich ein deutlicher Trend der Abkehr bislang religiös engagierter Polen von ihrer Kirche. Dabei gibt es Unterschiede in den Altersgruppen. Je jünger die Polen sind, umso höher ist der Prozentsatz derer, die jede religiöse Praxis aufgegeben haben. Dabei gibt es einen Unterschied zwischen Stadt und Land. Der Anteil der Gläubigen in den Großstädten sank mit 91% im Jahr 1992 auf 72,5% im Jahr 2021. Damit geht ungefähr jeder vierte Großstädter nicht mehr zur Kirche, auch nicht Weihnachten oder Ostern.

Bezeichneten sich 1992 noch 94% der Polen als gläubig oder als sehr gläubig, so waren es 2021 nur mehr 87,4%, ein im Vergleich zu westlichen Ländern immer noch recht hoher Anteil. Doch in der jüngsten Gruppe der 1997 und später Geborenen verminderte sich im Laufe von nicht einmal sieben Jahren die Zahl der regelmäßig Praktizierenden um 32,7%, der überhaupt nicht Praktizierenden um 18%. Das hat Konsequenzen für die Zukunft. Ein wach-

sender Teil junger Eltern bietet keine Garantie mehr für eine religiöse Erziehung ihrer Kinder. Sie sind selbst nicht kirchlich getraut. So wächst auch im katholischen Polen in Teilen eine Generation heran ohne Taufe, ohne Erstkommunion und ohne Firmung.

Der Theologe und Publizist Sebastian Duda kommentiert diese Entwicklung wie folgt: „Wir sind es in Polen nicht gewohnt, den Primat der Kirche vom Thron zu stoßen. Derweil vollzieht sich vor unseren Augen das Ende des bislang gültigen Modells des Katholizismus und eines Amtspriestertums, eine Entwicklung als Trend einer globalen religiösen Krise.“

Die Auswirkungen dieser Krise zeigen sich auch in einem deutlichen Rückgang geistlicher Berufe. So wurden 2022 nur noch 227 Diözesanpriester geweiht. Vor neun Jahren waren es mit 407 fast doppelt so viele. Der Oppelner Bischof Andrzej Czaja sah sich aus Mangel an Priestern nach deutschem Muster bereits genötigt, einzelne Pfarreien zusammenzulegen.

Die Männerorden verzeichneten 2020 442 Eintritte. 1980 waren es dreimal so viele. Und die Frauenorden melden seit 15 Jahren kontinuierlich immer weniger Postulantinnen und Novizinnen. Im Jahr 2000 waren es 566, 2017 nur noch 177. Auch die Zahl der Austritte ist im Laufe dieser Zeit drastisch gestiegen.

## Keine Lust auf Katechese?

Bezeichnend ist ein in der „Gazeta Wyborcza“ veröffentlichtes Foto. Es zeigt eine vor leeren Bänken am Pult sitzende Katechetin in Ordenstracht.

Religionsunterricht ist in Polen ein Schulfach mit Freiwilligkeitscharakter, denn es kann abgewählt werden. Inhaltlich geht es nicht um eine Unterweisung in verschiedene Religionen, sondern ausschließlich um kirchliche Glaubensunterweisung, also um Katechese. Doch besonders beliebt scheint diese Art von Religionsunterricht bei den polnischen Schülerinnen und Schülern nicht zu sein. So zeigt eine Befragung in 20 Krakauer Lyzeen eine radikale Abnahme der Frequenz in den letzten Jahren. Vor vier Jahren betrug die Abmeldung nur 4%, gegenwärtig sind es 60%.

Für diesen negativen Trend sind neben verschiedenen, bereits in anderen Zusammenhängen erwähnten Faktoren Erfah-

rungen mit der schulischen Katechese als solche verantwortlich. Sie wird von vielen als langweilig, doktrinär, inkompetent und aus der Zeit gefallen empfunden, wie aus zahlreichen Aussagen hervorgeht. So berichtet eine 12jährige Schülerin, man habe der Klasse eine Frau als vorbildhaft vor Augen gestellt, die ein Kind geboren hat, obwohl sie wusste, dass sie selbst infolge der Geburt sterben werde. „Ich habe nicht verstanden, warum diese Frau, nur um ein reines Gewissen zu behalten, sich dazu entschied, ihr Kind ohne Mutter und den Mann ohne Frau zurückzulassen. Und ich habe auch nicht verstanden, warum wir uns ebenso verhalten sollen. Eine Antwort auf meine Fragen bekam ich nicht. Mir blieb nur die Wut auf die Katechetin.“

### Der Rapport „Kirche in Polen“ der kirchlichen Pressestelle (KAI)

Im März 2021 veröffentlichte die kirchliche Pressestelle (KAI) unter dem Titel „Kirche in Polen“ eine umfassende Beschreibung der gegenwärtigen kirchlichen Situation. 18 Autoren und Autorinnen befassten sich mit den einzelnen kirchlichen Institutionen und ihren pastoralen, gesellschaftlichen und karitativen Aktivitäten. Das Autorenteam kommt trotz „schleichender Säkularisierung“ zu dem Ergebnis, dass „die Gesellschaft immer noch eine starke Verbundenheit mit dem Glauben und mit der Kirche zeigt, die über ein beachtliches apostolisches Potential verfügt, das mit dem anderer Länder nicht zu vergleichen ist.“

Diese positive Sicht findet allerdings in dem Beitrag „Jugend in der Kirche“ keine Bestätigung. Die Autorin Anna Rasińska meint jedenfalls, dass die polnische Jugend nicht von einer schleichenden, sondern von einer galoppierenden Säkularisierung betroffen ist. Bekannten sich 2008 noch 81% der Jugendlichen als gläubig, so waren es zehn Jahre später nur noch 63%. In den letzten 25 Jahren verminderte sich die religiöse Praxis polnischer Jugendlichen um 50%.

Die Einstellung zur Sexualmoral zeigt kaum noch eine Übereinstimmung mit der kirchlichen Lehre. 79% der befragten Jugendlichen befürworteten eine voreheliche Gemeinschaft und halten sie für ein gelungenes Leben für erforderlich. Entsprechende Angaben gibt es zu den kirchlichen Verböten der Empfängnisverhütung und Ab-

treibung. Die Autorin nennt die Abkehr der Jugendlichen von der Kirche „radikal. Die jungen Leute besuchen die Schule und hören danach auf zu praktizieren oder praktizieren sporadisch.“

Eine „Befragung der akademischen Jugend zu Familie und Religion“ aus dem Jahr 2020 ergibt folgendes Bild: Zweidrittel halten sich für gläubig, doch nur jeder zweite der Befragten sagt von sich, dass er religiös praktiziere.

47,8% der Studierenden sprach der Kirche ihren erlösenden Charakter gänzlich ab, 16,7% zum Teil. Nur 6,9% halten sie um des Heiles willen unbedingt für notwendig. Aus der Untersuchung folgt zudem, dass die bekannt gewordenen sexuellen Skandale von Priestern für den Rückgang der Religiosität und der Autorität der Kirche im hohen Maße verantwortlich sind.

Im November 2020 gab es ein Jugendtreffen, auf dem die Jugendlichen sagen sollten, was sie fühlen, wenn sie das Wort „Kirche“ hören. Hier einige ihrer Antworten: „Wut, Resignation und ein Gefühl von Ohnmacht angesichts der Verkehrung der Botschaft des Evangeliums“; „Ein Gefühl von Nähe und Glaubensgemeinschaft bei gleichzeitigem Mangel an Erfahrung von Wahrheit und Offenheit“; „Ich empfinde eine Spaltung zwischen der Kirche persönlicher Erfahrung und der Kirche als Institution“. Beklagt wurden auch die Dialogunfähigkeit von Priestern sowie ein fehlender Reformwille.

Wie beurteilen Bischöfe diesen für die Kirche wenig erfreulichen Befund? Zwei Stimmen sollen zu Wort kommen: Der ultrakonservative Krakauer Metropolit Marek Jędraszewski lässt, wie auch sonst, einen selbstkritischen Blick vermissen und gibt die Schuld für die Abkehr eines Großteils der polnischen Jugend von Glaube und Kirche den äußeren Umständen. In der Kirchenzeitung „Niedziela“ beklagt er, ohne dafür einen Beleg anzuführen, einen äußeren Druck, die Kirche zu verlassen, und betont, wer sich von der Kirche entfernt, werde dies noch bereuen und sich irgendwann nach ihr sehnen. Das klingt doch sehr nach einem Pfeifen im Walde.

Bischof Adrian Galbas dagegen verweist auf das durch die sexuellen Missbrauchsfälle von Priestern bedingte Problem der Glaubwürdigkeit der Kirche, das einen Prozess kirchlicher Selbstreinigung erfordere, ohne

die es keine glaubwürdige Verkündigung geben könne. Sie verlange zudem eine andere Sprache, eine Sprache der Bezeugung, und nicht die Sprache akademischer Vorlesung oder die eines Referats. Er spricht sich für den „Stil des Samariters“ aus, also für eine Kirche, die den Opfern nahe ist. Diese Sicht auf eine gewandelte Kirche begründet wohl seine Hoffnung, „dass die schwierige Zeit, welche die Kirche derzeit durchlebt, sich als eine Segenszeit erweist, dass aus dem Leiden eine Auferstehung, eine neue Jugend, hervorgeht.“ Schön wäre es.

### Die Minderheit tief gläubiger Jugendlichen

Das Bild der polnischen Jugend in ihrem Verhältnis zu Glaube und Kirche bliebe unvollständig, würde die Gruppe jener Jugendlichen außer Acht gelassen, die sich als tief gläubig bezeichnen. Sie verzeichnet sogar in jüngster Zeit einen Anstieg von 6% auf 8%.

Bislang fehlt eine umfassende Studie zu dieser Minderheit religiös engagierter und mit der Kirche verbundener Jugendlichen. Es gibt verschiedene kleinere Untersuchungen, die ein Mosaik recht unterschiedlicher Verhaltensweisen vermitteln. So gibt es Jugendliche, die ihren Glauben auf ihre Weise leben, und solche, die sich streng an die kirchlichen Vorgaben halten und die ihre Kirche trotz aller Skandale eng verbunden bleiben und sie gegen alle Angriffe vehement verteidigen.

Den jungen Christen wurde die Frage gestellt, was ihnen der Glaube bedeute. Die Antworten zeigen, dass in den meisten Fällen ihr Glaube selbst dann, wenn er zunächst aufgrund familiärer Erziehung traditionell übernommen wurde, aus persönlicher Entscheidung resultiert: „Mein Glaube ist die Suche nach Gotteserfahrung im Alltag“; „er ist das Bemühen, mein Leben in Gottes Hand zu geben“; „er gibt mir Hoffnung und Zuversicht, vermittelt mir die Begegnung mit Jesus“. Diese tief gläubigen jungen Leute finden in der Religion gewisse für ihr Leben grundlegende Werte. Damit zeigt ihr Glaube eine starke Individualisierung und besitzt für sie, weil als heilsam erfahren, eine therapeutische Funktion. Ihr Glaube ist somit nicht primär ein dogmatisches Bekenntnis, kein bloßes Fürwahrhalten, wenngleich auch dies in ver-

einzelten Voten zum Ausdruck kommt, sondern eine im Raum der Kirche und ihrer Mysterien gewonnene persönliche Beziehung zu dem verborgenen, sich in Jesus offenbarenden Gott. Sie suchen die Gemeinschaft Gleichgesinnter, um sich in ihr sowie in den sozialen Medien über ihre Glaubenserfahrungen auszutauschen und ihre Religiosität in Orientierung am Evangelium zu vertiefen.

Dabei zeigt sich auch bei dieser Gruppe ein deutlicher Dissens zur kirchlichen Morallehre. Im vorehelichen Zusammenleben sieht sie mehrheitlich kein Problem, befürwortet die Empfängnisverhütung und lehnt kirchliche Sanktionen in Fällen von Scheidung und Wiederverheiratung ab.

Diese tiefgläubigen jungen Katholiken sind gegenüber der Kirche nicht kritiklos. Sie beklagen, nicht als Subjekte, sondern als Objekte dogmatischer Glaubensverkündigung behandelt zu werden. Indem sie sich zu kleinen Gemeinschaften zusammenschließen, unterscheiden sie sich von der Kirche als Institution, die man in ihrem Fehlverhalten kritisieren kann und kritisieren muss. Das eine ist der Glaube, der mittelbare Bezug zur Transzendenz, das andere sind „sie“ – die über kirchliche Macht verfügenden Kleriker und Hierarchen. Diese Unterscheidung schafft eine kritische Distanz zur institutionellen Kirche, die gleichzeitig im Bewusstsein „die Kirche sind wir“ davor bewahrt, sich von ihr abzuwenden.

### Kein vergleichbarer Trend bei Orthodoxen und Lutheranern

Der Trend zunehmender Abkehr junger Polinnen und Polen von Glaube und Kirche gilt nur für die katholische Glaubensgemeinschaft. Orthodoxe wie Lutheraner scheinen die Bedürfnisse ihrer jungen Gläubigen zu befriedigen. Das mag an ihrem Minderheitsstatus liegen - Orthodoxe 600 000, Lutheraner 61 000 Gläubige. Der Minderheitsstatus bedingt die Bildung kleiner Gemeinschaften, in denen persönliche Beziehungen gepflegt werden. Dazu bieten beide Kirchen durch einen geringeren Grad an Institutionalisierung weniger Anhaltspunkte für klerikale Machtstrukturen samt ihren negativen Folgen, die eine massive Kirchenkritik fördern würde und ein Anlass wäre, die Kirche zu verlassen.

Quelle: Małgorzata Skowrońska, „Anioł Pański zmajstrował pannie Maryi“ i „Barka“ na imprezach. Raport o religiności młodych [...] Rapport über die Religiosität der Jugend, Gazeta Wyborcza v. 03.06.2022 (Internet); Piotr Sikora, Dobra jest wiara (Gut ist der Glaube), Tygodnik Powszechny v. 05.06.2022, S. 13-16; Irena Borowik, Kościół to my (Kirche sind wir) ebd., S. 17-19.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Der Wahlkampf hat bereits begonnen

Wenn der Slogan „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ auf ein Land zutrifft, dann auf Polen. Dort finden im Herbst 2023 Parlamentswahlen statt, doch der Wahlkampf ist bereits im vollen Gang. Und kein anderer nach dem Umbruchjahr 1989 wurde mit einer solchen Erbitterung geführt.

Zur Ausgangslage: Nach einer Umfrage vom 2. Juli 2022 führt mit 31% die Vereinigte Rechte, also der Zusammenschluss der Kaczyński-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit der von Justizminister Zbigniew Ziobro geführten Partei Solidarisches Polen. Für die Bürgerkoalition (KO), zu der sich die Bürgerplattform (PO) von Donald Tusk mit den zwei Miniparteien Moderne und Die Grünen vereinigt hat, wurden 26% ermittelt. Die von Szymon Hołownia gegründete und geleitete Partei Polen 2050 kam auf 10%, die Neue Linke auf 8%.

Sollte sich an diesem Ergebnis wenig ändern, dann ist vorhersehbar, dass die Vereinigte Rechte aus den kommenden Parlamentswahlen zwar als Siegerin hervorgehen wird, doch ihre bisherige siebenjährige Regierungsarbeit nicht fortsetzen kann. Dagegen hätte ein von Donald Tusk angeführtes Bündnis aus Bürgerkoalition, Polen 2050 und Neue Linke eine zur Regierungsbildung deutliche parlamentarische Mehrheit. Der Wahlausgang könnte dennoch sehr knapp ausfallen, sollte Jarosław Kaczyński von der in Teilen antisemiti-

schen und antiukrainischen Konföderation, die 8% für sich verzeichnen konnte, unterstützt werden.

## Gemeinsam oder getrennt?

Am 11. Juni 2022 trafen sich auf Einladung von Donald Tusk die Spitzenpolitiker der drei Oppositionsparteien, deren gemeinsames Ziel es ist, die Vereinigte Rechte im Herbst 2023 von der Macht zu verdrängen. Man war sich durchaus bewusst, dass nur ein hoher Grad an Geschlossenheit einen Erfolg verspricht und dieser durch jede Spaltung und jeden Richtungsstreit verspielt würde. Daher müssten die politischen und weltanschaulichen Unterschiede und Gegensätze, die es unter ihnen gibt, um des gemeinsamen Zieles willen zurückgestellt werden. Also verzichtete man auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Programms, wobei diese Gegensätze naturgemäß deutlich geworden wären.

Es hätte nahe gelegen, sich bei diesem Treffen entsprechend dem Wunsch von Donald Tusk auf eine gemeinsame Liste zu verständigen. Zumal Umfragen zeigen, dass sich eine große Wählergruppe dafür ausspricht. Doch dazu waren Polen 2050 und die Neue Linke nicht bereit. Und sie haben dafür ihre Gründe. Zum einen können sie sicher sein, die 5%-Hürde zu überspringen und so aus eigener Kraft im nächsten Parlament vertreten zu sein. Zum anderen spielt ein gewisses Misstrauen gegenüber Tusk und seiner Bürgerplattform eine Rolle. Polen 2050 war gegründet worden, um den ewigen, die polnische Gesellschaft tief spaltenden Gegensatz zwischen PO und PiS zu überwinden, doch dieses Ziel wurde verfehlt. Es zeigte sich, dass mit der Rückkehr von Tusk in die polnische Politik Hołownia die Hälfte seiner Anhängerschaft an die Bürgerplattform verlor. Auf dem Hintergrund dieser Erfahrung würde, so die Befürchtung von Hołownia, ein Bündnis mit der Bürgerplattform einer Kapitulation gleichkommen, und er würde möglicherweise auch noch den Rest seiner Wählerschaft einbüßen.

Die Neue Linke hat nach einer Phase des Niedergangs neues Selbstbewusstsein gewonnen und fühlt sich in einem politischen Aufwind. Große Teile der Gesellschaft haben es ihr honoriert, dass sie sich, anders als die sonstigen Parteien, in der Coronapandemie für eine Impfpflicht ausgespro-

chen hat. Zudem kommt angesichts der zunehmenden Unbezahlbarkeit von Wohnraum ihr Wahlslogan „Wohnraum ist ein Recht, keine Ware“ bei den Wählern gut an. Die Neue Linke befürchtet daher nicht ohne Grund bei bloßen Listenplätzen einen politischen Profilverlust und sieht die Gefahr, von der starken PO aufgesogen zu werden.

So werden wohl die jetzigen Oppositionsparteien bei der kommenden Wahl getrennt antreten und, falls sie am Wahlabend über eine Mehrheit verfügen, eine Koalitionsregierung aushandeln.

### Ein kämpferischer Parteitag

Am 2. Juli 2022 versammelten sich rund 6000 Parteiaktivisten der Bürgerplattform in der Sporthalle von Radom zu ihrem Parteitag. Die Wahl des Ortes war Programm. In dieser im südöstlichen Teil Polens gelegenen Stadt regierte lange Zeit ein Vertreter der Kaczyński-Partei, doch 2018 wurde durch die Wahl eines der Bürgerplattform nahestehenden Stadtpräsidenten diese Vorherrschaft von PiS beendet. Und 1976 waren es die Arbeiter von Radom, die wegen der Preissteigerungen das kommunistische Regime herausforderten, woran denn auch Parteichef Tusk in seiner Rede erinnerte.

Der Parteitag stand unter dem Leitwort „Konvent der Zukunft“. In Wahrheit aber diente er einer Generalabrechnung mit der nun schon sieben Jahre währenden Regierungszeit von PiS. Sie zu beenden, sei die Voraussetzung für eine neue Zukunft. Doch dazu müssten unbedingt die nächsten Wahlen gewonnen werden, und das bedeute, auch in den östlichen Kleinstädten und Dörfern, den Hochburgen von PiS, um Stimmen zu werben. Das hatte die Bürgerplattform vor den letzten Wahlen versäumt, weil man glaubte, zum Wahlsieg reiche die Konzentration auf den westlichen Teil Polens mit den größeren Städten, ein Irrtum, wie sich zeigen sollte.

Donald Tusk hat daraus die Lehre gezogen und einen verstärkten Wahlkampf auch in den östlichen Gebieten des Landes angeordnet, wo sein Rivale Kaczyński unter Aufgabe seines Regierungsamtes schon seit Wochen zu Wahlkampfveranstaltungen unterwegs ist. Tusk selbst ging mit gutem Beispiel voran und zog auf dem Parteitag gleich zu Anfang seiner Rede eine positive

Bilanz seiner Wahlkampfreise durch die von PiS dominierten Landesteile. Wie wirksam dieser Strategiewechsel ist, wird sich am Wahlabend zeigen.

Insbesondere befasste sich der Parteichef mit den rasant steigenden Preisen. Wie jedes westliche Land, so hat auch Polen unter einer hohen Inflation zu leiden. Mit aktuell bei 16% liegt sie deutlich höher als in der Bundesrepublik. Für den Herbst werden sogar über 20% prognostiziert. Das sei nicht allein dem Ukrainekrieg geschuldet, sondern auch durch eine verfehlte Finanzpolitik hausgemacht, worunter nun die Bevölkerung zu leiden habe. Ausgerechnet in dieser Situation habe PiS die Gehälter der Regierungsmitglieder um sage und schreibe 50% erhöht, eine unerhörte Selbstbedienung auf Kosten der Armen.

Zur üblichen Rhetorik von PiS gehört die Behauptung, sie allein basiere auf christlichen Prinzipien und verteidige das Christentum gegen die westliche Dekadenz, von der auch Tusk und seine Partei befallen seien. Der verwahrte sich gegen diese böswillige Unterstellung, indem er sich ausdrücklich als Christ bekannte und konterte, man dürfe PiS nicht wählen, denn das hieße für „Lüge, Diebstahl und Verachtung“ zu stimmen. Wörtlich sagte er: „Wenn ihr Kinder, Enkel und Töchter habt, dann könnt ihr um Gottes Willen nicht PiS eure Stimme geben, die euren Töchtern und Enkeln die Hölle bereiten.“

In diesem Zusammenhang wandte sich Tusk auch gegen das von PiS und Kirche praktizierte Bündnis von Thron und Altar: „Für mich als Christ ist es schmerzhaft, dass 1976 alle Polen wussten, dass die Kirche auf ihrer Seite steht, als die Menschen in Radom wegen der Preissteigerungen auf die Straße gingen, während heute die Kirche ihren Platz an der Seite der Macht einnimmt, die gegen die Menschen gewaltsam vorgeht und sie demütigt.“

Auch die weiteren Redner gaben sich angriffslustig: PiS treibe die Menschen mit ihrer Politik ins Elend, zerstöre das zwischenmenschliche Vertrauen, schaffe mit ihren gravierenden Rechtsbrüchen eine allgemeine Rechtsunsicherheit, verfolge zum Schaden Polens eine Politik der Schwächung der Europäischen Union – kurzum eine Generalabrechnung mit PiS.

Im staatlichen Fernsehen erfuhren die Menschen von diesem Parteitag allerdings

nichts. Während Tusk seine kämpferische Rede hielt, waren auf den Bildschirmen weidende Schafe zu sehen.

## Eine gute, bewährte Regierung in schwerer Zeit

Mit diesem Wahlslogan hofft die Kaczyński-Partei aus den derzeitigen Krisen Gewinn zu ziehen: Vor Polens Tür der Ukraine-Krieg, die Aufnahme von über einer Million Flüchtlingen aus dem Nachbarland, die Corona-Pandemie, die hohe Inflation – diese Summierung von Krisen erfordere eine stabile, handlungsfähige Regierung, zu der die Opposition nicht in der Lage sei. Käme sie an die Macht, würde Polen im Chaos versinken.

In diesem Sinn äußerte sich Parteichef Kaczyński im Fernsehen und auf seiner Wahltournee: „Die Wahl von Tusk und seiner Formation kann zu unerhört harten Konflikten mit all ihren Konsequenzen führen“; Tusk bereite „etwas in der Art eines Bürgerkrieges vor“; er verfolge Pläne, „die nichts mit Demokratie und Rechtstaatlichkeit gemein haben“; „ich kann nur alle warnen, die für eine solche Politik stimmen möchten, die fatale Folgen haben wird.“

Was ist von derlei Worten zu halten? Droht mit Tusk wirklich ein Bürgerkrieg? Wie kann sich ausgerechnet Kaczyński, der eine Fülle von Verletzungen der Rechtstaatlichkeit zu verantworten hat und mit seinem autoritären Kurs die Demokratie in seinem Land gefährdet, zum Wächter von Demokratie und Rechtstaatlichkeit aufspielen? Hinter dieser Angstmache verbergen sich in Wahrheit eigene und durchaus berechtigte Ängste. Für Kaczyński und seine Getreuen steht viel auf dem Spiel. Der Verlust der Macht wäre kein bloßer Wechsel auf die Oppositionsbänke, bedeutete nicht nur den Verzicht auf die ach so lukrativen Pöstchen, angesichts ihres Machtmissbrauchs und ihrer Rechtsbeugungen drohen den dafür verantwortlichen Politikern von PiS Prozesse, die sie möglicherweise hinter Gittern bringen könnten.

Versuche, Politiker der Rechten wegen Machtmissbrauchs vor Gericht zu bringen, hat es in der Vergangenheit bereits gegeben. 2007 betraf dies den jetzigen Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, 2014 den Chef des Geheimdienstes Mariusz Kamiński. In beiden Fällen wurde aber im Sejm die erforderliche Mehrheit

zur Aufhebung ihrer Immunität verfehlt, so dass es nicht zu Prozessen kam.

Donald Tusk ließ auf dem erwähnten Parteitag keinen Zweifel aufkommen, dass nach gewonnener Wahl sich schuldig gemachte Politiker zur Rechenschaft gezogen werden, unter ihnen die führenden Köpfe von PiS, Jarosław Kaczyński und Premier Mateusz Morawiecki. Die wissen das und werden alles unternehmen, um einer möglichen Strafverfolgung zu entgehen.

## Wahlkampf als totaler Krieg

Allein schon dieser Tatbestand dürfte Grund genug für diesen vorzeitigen Wahlkampf sein, der mit aller Härte geführt wird, so dass sowohl Kaczyński als auch Tusk von einem „totalen Krieg“ sprechen. In diesem „Krieg“ verfügt PiS über die meisten Waffen. An erster Stelle ist das öffentliche, von PiS kontrollierte Fernsehen zu nennen, das mit seiner Propaganda ganz in Diensten des Regierungslagers steht. Nicht erst jetzt, sondern bereits mit dem Tag, an dem im Oktober 2021 Donald Tusk in die polnische Politik zurückkehrte, sieht er sich fast täglich verleumderischen Angriffen ausgesetzt. Tusk, der fließend Deutsch spricht, jahrelang das Amt des EU-Ratspräsidenten bekleidete und danach den Vorsitz der im Europäischen Parlament als stärkste Gruppierung vertretenen Volkspartei übernahm, wird permanent beschuldigt, die gegen Polen gerichteten Interessen Deutschlands zu vertreten und der polnischen Regierung in ihrer Auseinandersetzung mit der Europäischen Kommission in den Rücken zu fallen; er sei ein Verräter. Neuestens gilt er sogar als Mann Moskaus und für den Ausbruch des Krieges in der Ukraine mit verantwortlich. Eine Machtübernahme durch Tusk und seine Partei bedeute für Polen und die Polen nichts weniger als einen dramatischen Anstieg der Armut, zerstöre die Kirche und mache Gender und die LGBT-Ideologie zur Staatsdoktrin. Absurde Behauptungen und Unterstellungen, die aber durch ständige Wiederholung ihr Ziel bei einem Teil der Wählerschaft nicht verfehlen dürften.

Doch PiS verfügt nicht nur über die Propagandahoheit, sondern über ein ganzes Arsenal staatlicher Instrumente, die möglicherweise im Kampf mit der Opposition zum Einsatz kommen. So könnte etwa der die Tankstellen versorgende Ölkonzern Orlen

kurz vor der Wahl die Benzinpreise senken und in der Breite der Gesellschaft die Bereitschaft wecken, PiS diese „Wohltat“ an den Wahlurnen zu honorieren. Auch wird bereits vermutet, die Regierung werde zugunsten von PiS die Wahlordnung ändern. Und die Nationalkonservativen könnten die Wahlen für ungültig erklären, sollte die Opposition sie für sich entscheiden. Das dazu erforderliche Instrument ist die mit PiS-treuen Richtern besetzte, für die Feststellung der Gültigkeit von Wahlen zuständige Oberste Kammer für Öffentliche Angelegenheiten.

## Inhaltliche Schwerpunkte des Wahlkampfes

Wie in früheren Wahlkämpfen präsentiert sich PiS als die einzige politische Kraft, die in der Lage ist, die angeblich durch die Opposition bedrohten nationalen Werte zu verteidigen. Entsprechend wird die Gefahr beschworen, nach einem Regierungswechsel würden unter dem Einfluss westlicher Dekadenz Gender und die LGBT-Ideologie zur Staatsdoktrin, und Abtreibungen könnten dann auf Wunsch der Frauen wieder erlaubt sein.

Dazu hat Kaczyński angekündigt, wieder einmal die antideutsche Karte zu spielen. Am 1. September, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, soll der erste Teil eines umfassenden, die polnischen Reparationsforderungen betreffenden Dokuments veröffentlicht werden. Dabei ist dieses Problem bereits vor Jahren diskutiert und damit klargestellt worden, dass es für deutsche Reparationszahlungen keine rechtliche Grundlage gibt. Aber zur Anheizung einer antideutschen Stimmung bei einem Teil der Gesellschaft reicht dies allemal. Und sie macht sich, so hofft PiS, durch entsprechende Wählerstimmen bezahlt. Umfragen zeigen allerdings, dass die Polen gegenwärtig andere Sorgen haben. Sie stellen sich vor allem die Frage, ob ihr Geld noch für das ihnen von PiS verheißene gute Leben reicht. Die Angst, in eine Notlage zu geraten, wächst in der Gesellschaft. Die Unzufriedenheit nimmt angesichts der hohen und sich beschleunigenden Inflation in der Bevölkerung zu.

Diese sozio-ökonomische Situation, durch die sich die nationalkonservative Partei und Regierung in die Defensive gedrängt sehen, nützt die Opposition aus. Sie lässt

die Erklärung, die wachsende Teuerungsrate sei durch den Ukrainekrieg bedingt, nicht gelten und verweist auf eine falsche Finanzpolitik. Und Tusk verspricht in seinen Wahlkampfreden, dass es unter seiner Regierung eine derartige Teuerung nicht geben werde. Eine gewagte These, zu der er die Erklärung, wie dies konkret geschehen solle, schuldig bleibt.

Tusk ist im Übrigen der Auffassung, dass Programme für den Wahlsieg nicht ausschlaggebend sind. Sie würden ohnehin nicht gelesen. Man solle, um möglichst viele Stimmen zu gewinnen, die Wähler nicht vor den Kopf stoßen. Und schließlich würde derjenige die Sympathie der Bürgerinnen und Bürger für sich gewinnen, der sich als der stärkere erweise. Und dafür tut Tusk in diesem monatelangen Wahlkampf alles, und sei es auf Kosten der übrigen Parteichefs der Opposition. So läuft dieser Wahlkampf letztlich auf ein Duell zwischen Kaczyński und Tusk hinaus – auf die Fortsetzung einer seit Jahrzehnten bestehenden Rivalität, bei der so mancher Schlagabtausch unter der Gürtellinie zu erwarten ist.

\*\*\*

Rudolf Walter

## Ein Judentum, das uns schmerzlich fehlt

*Buchbesprechung zu: Elizabeth Petuchowski, Where From and Where To. One of the Last Self-Told German Jewish Life Stories. Archway Publishing, Bloomington (Indiana, USA) 2022, 576 S.*

Die jüdische Gemeinde in Deutschland heute bestehe „aus Fragmenten ohne gemeinsame Basis“, die Abwesenheit von deutschen Juden in den aktuellen Debatten sei „ein schrecklicher Mangel“, beklagte jüngst der israelische Autor und frühere Knesset-

Präsident Avraham Burg (SZ, 26.8.2022). Neu ist das nicht, und im religiösen Bereich besonders spürbar. Als der 1925 in Berlin geborene Jakob J. Petuchowski 1991 starb, beschrieb die Zürcher „Orientierung“ ein Gefühl so: „Mit ihm ist auch eine Welt untergegangen, die Welt des deutschen gelehrten Judentums, von dessen bedeutenden Repräsentanten er einer der letzten war.“ (Nr. 22, 30.11.1991). Bekannt geworden war der in Cincinnati lehrende Theologe und Rabbiner hierzulande v.a. durch erfolgreiche Editionen rabbinischer Geschichten, die einen ganzen Kosmos religiöser Überlieferung eröffneten, durch theologische Impulse im christlich-jüdischen Dialog (etwa in der Aachener Kath. Akademie oder der Freiburger Stiftung „Oratio Dominica“), und nicht zuletzt auch durch sein mit Clemens Thoma verfasstes „Lexikon der jüdisch-christlichen Begegnung“, das nach Gastvorlesungen in Luzern entstand.

Seine Frau, die promovierte Germanistin Elizabeth Petuchowski, ausgewiesene Expertin im Bereich jüdisch-deutscher Literatur, die über Feuchtwanger, Hildesheimer, Celan und über Holocaustliteratur gearbeitet hat, inzwischen 98jährig und in den USA lebend, legt jetzt in Englisch ein umfangreiches Buch vor, das mehr und auch anderes ist als bloß autobiographisches Zeitdokument einer selbstbewusst reflektierten und emanzipierten jüdischen Frau an der Seite eines Gelehrten. Es ist aber auch mehr als eine Doppelbiographie (das ist es de facto auch, insofern sie naturgemäß Leben und Werk ihres Mannes miteinander, schließlich ist sie Autorin des Werks „Ein Rabbi kommt selten allein“): „Where From and Where To“ ist ein Buch, das von der ausführlichen Erzählung einer konkreten Biographie ausgehend eben auch ein authentisches Bild jüdischen Lebens in der Vor- und Nach-Holocaust-Zeit zeichnet. Die Autorin revidiert das Klischee eines singular völlig assimilierten deutschen Judentums, indem sie erzählt: von ihrer eigenen, ebenso selbstverständlich deutschen wie selbstverständlich jüdischen Familie, im Ruhrgebietsmilieu Bochums – wo der Vater ein florierendes Installationsgeschäft hatte - oder vom eher ländlichen hessischen Bad Camberg, wo die Verwandtschaft der Mutter ein sehr orthodoxes Leben in einer christlich geprägten Umgebung führte. Aber sie berichtet auch davon, wie die

Erfahrungen im Nazideutschland, in England während des zweiten Weltkriegs und dann später in den USA ihr Leben und ihr Jüdischsein bestimmt und geformt haben. Bei und neben all dem ist es auch ein Buch über eine letztlich spirituelle existentielle Erfahrung - schon der Titel mit seiner Frage nach dem „Woher und Wohin“ eines jüdischen Lebens deutet das ja an -, über unvorstellbar glückliche Umstände in Zeiten, in denen es um Leben und Tod ging, über ebenso unglaublich gute Erfahrungen auch in Zeiten, die von Gefahren und unsäglichem Leid geprägt waren.

Elizabeth Petuchowskis Buch erzählt vom Untergang des deutschen Judentums und gibt gleichzeitig Zeugnis vom Überleben dieses Judentums im genauen und empathischen Blick auf diese Überlebenden, dargestellt auch an Biographien geflüchteter Zeitgenossen v.a. aus dem theologischen und intellektuellen Milieu, aber auch durch den Einblick in das eigene Schicksal und Erleben. Die Autorin erinnert, beobachtet, reflektiert und geht dabei chronologisch vor, mit Vor- und Rückblicken, bewusst eingestreuten Seitensträngen, anekdotisch konkret, mit der Neigung zu Details, die bisweilen eine ganze Welt erschließen können und deren Evidenz überzeugender sein kann als noch so kluge aber abstrakte Theorien. Der erzählte Lebensweg führt von Bochum nach England und Amerika, wo bald das HUC (Hebrew Union College) Ort eines verheißungsvollen Neuaufbruchs und zum Lebensmittelpunkt wird – und von dort aus in die Welt, nach Jerusalem etwa, aber auch immer wieder zurück nach Deutschland.

Sie ist dreizehneinhalb, als sie im März 1938 in Camberg in den Ferien bei der Großmutter die Zeitungen sieht, die den Anschluss Österreichs ans Dritte Reich feiern und als Aufmacherfotos ältere jüdische Menschen in Wien zeigen, die auf ihren Knien und mit bloßen Händen, bewacht und angepöbelt von gestiefelten, uniformierten Nazis, die Straßen reinigen mussten. Noch Jahrzehnte später, als sie mit ihrem Mann zwei Tage in Wien verbringt, ist der Schock von damals gegenwärtig: Die visuell stark christlich geprägte Kultur dieser Stadt, an jeder Straßenecke immer noch christliche Heiligen, Märtyrer, Kruzifixe und eine religiöse Ikonographie, die, vorkonziliar antijudaistisch konnotiert, in der

NS-Zeit antisemitische Aktionen nicht verhinderte. Dass diese christliche Bevölkerung, intoxiniert von des Führers Vorstellung, sogar der Welt zeigen wollte, wie schnell sie zur realen Verfolgung der Juden bereit war: Das ist die Botschaft, die sie als präsent wahrnimmt (S. 87).

Oder die sog. „Reichspogromnacht“, die das junge Mädchen in der Nacht vom 9./10. November 1938 völlig unvermutet traf. Sie rief die Polizei an: Einbrecher seien am Werk. Die Antwort: „Lassen Sie sie doch!“ Der Vater wurde in dieser Nacht ins KZ Oranienburg gebracht und musste in winterlicher Eiskälte mit erfrorenen Fingern Metallteile bearbeiten. Der Großvater entkam der Gestapo in der gleichen Nacht und nahm in seiner Verzweiflung eine Überdosis Schlaftabletten. Die Behörden ordnen die Beerdigung am nächsten Morgen um 5 Uhr an, in der Dunkelheit, ohne Rabbi (der ebenfalls nach Sachsenhausen verschleppt war): „Unwirklich und doch real“ (S. 112). Subkutan ist diese Realität, die die junge Elizabeth erlebt, für sie immer präsent. Etwa in den 70er Jahren, als das ehemalige Wohnhaus ihrer Großmutter mütterlicherseits in Camberg abgerissen wird, um einem Neubau zu weichen – und die auswärtigen Bauarbeiter im Keller nach von den früheren jüdischen Bewohnern versteckten vermuteten jüdischen Geldschätzen buddeln.

Jakob Petuchowski, der sich mit einem Kindertransport nach England retten konnte, dessen geliebte Mutter im KZ ermordet wurde, hat später an das „andere Deutschland“ geglaubt, zahlreiche Freundschaften haben ihn in diesem Glauben gestärkt, auch wenn er davon überzeugt war, dass seine Art des Judeseins in diesem Land keine Zukunft hatte und nur noch in der Erinnerung existierte. Der Dialog und eine auf religiöser Basis beruhende Versöhnung waren ihm aber Motiv des Theologietreibens mit Christen auch hierzulande. Seine Frau ist skeptischer. Als sie in den 80er Jahren eine touristische Visite an den Schaffhausener Rheinfluss machen und sie lauthals hinter ihrem Rücken in bayerischem Dialekt Antisemitisches heraushört: „so was hoam mer ja long nit geseng“ – flüchtet sie Hals über Kopf (S. 532 f).

Auch Elizabeth konnte sich, mit ihren Eltern, nach England retten, der Großteil ihrer Familie kommt in den Lagern um. In

England beschäftigt sie sich im Studium mit deutscher Literatur, deutscher Kultur und hier im Exil, berührenderweise beim innigen Singen deutscher Weihnachtslieder (S. 221), trifft sie einen liberalen Juden aus Berlin, den Theologiestudenten Jakob. Er unterrichtet sie in Hebräisch, sie bringt ihm Tanzen bei. Gemeinsam lernen sie, aufgeschlossen für und neugierig auf andere Formen jüdischer Frömmigkeit, schon in London eine vielfältige und reiche Welt jüdischer Denominationen kennen, oft genug geprägt von Rabbinergestalten, die aus Deutschland stammen: der bekannteste von ihnen Leo Baeck, ein Freund der Petuchowskis (255). Deren Impuls: Jüdisches Bewusstsein, „jewish awareness“ sei wichtiger, als „professional jew“ zu sein (241). Wie auch später in Cincinnati die Synagoge der deutschstämmigen Juden „New Hope“ gekennzeichnet ist durch Pluralität. Beeindruckend das weite Herz für die Vielfalt religiöser Ausdrucksformen „des Jüdischen“, jenseits orthodoxer, konservativer oder reformierter Observanzen. Beeindruckend auch die Profile hochkarätiger meist theologischer Intellektueller deutscher Herkunft, von Fritz Rothschild bis Nelson Glueck oder bis zu dem aus Rheda stammenden Sprachwissenschaftler Werner Weinberg (dessen Buch „Wunden, die nicht heilen dürfen“ bei Herder erschien).

Es gibt interessante Einlassungen auch über jüdische Konvertiten zum Christentum: Helfen sie von innen her das Judentum verstehen? „Does apostasy have merits?“ fragt die Autorin. Oder auch zu Theologischem: Dass im Werk Jakob Petuchowskis – trotz seiner Erfahrung – der Holocaust nicht ausdrückliches Thema ist, wurde festgestellt. Keine Antworten auf diese Frage aller Fragen zu haben, ist ebenso eine Antwort, die in der Überzeugung vom Zurückbleiben menschlicher Vernunft vor der unergründlichen Wirklichkeit Gottes gründet. Wie auf der anderen Seite auch Humor als Skepsis gegenüber theologischer Selbstüberhebung eine theologische Tugend ist. Auch dafür steht der Name Petuchowski.

Ein Buch, das, so gelassen es erzählt ist, beim deutschen Leser doch auch Trauer hinterlässt. Auch und gerade in der religiösen Situation unseres Landes fehlen diese hellen, gebildeten theologischen Geister der so vielfältigen, lebendigen jüdischen Tradi-

tion. In Amerika ist das deutsche Judentum („Wie guter Wein reist es nicht gerne“, sagt Petuchowski, vgl. S. 415) nicht dauerhaft angekommen, hierzulande fehlt es schmerzlich.

\*\*\*

## Personen – Fakten - Trends

### 11. Vollversammlung des ÖRK

Vom 31. August bis 8. September 2022 fand in Karlsruhe unter dem Motto *Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt* (nach 2 Kor 5,14) die **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK)** statt. Ca. 4000 offizielle Teilnehmer, Delegierte und Gäste aus den rd. 350 Mitgliedskirchen nahmen teil; die Römisch-katholische Kirche ist nicht Mitglied, hat aber Gaststatus; die Erzdiözese Freiburg war unter den Gastgebern. Bei der Eröffnung sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, wobei er die Unterstützung des russischen Überfalls auf die Ukraine durch die Russisch-orthodoxe Kirche (ROK) undiplomatisch scharf kritisierte, wogegen die ROK-Delegation protestierte.

Außer vielfältigen spirituellen Impulsen - die den Unterschied zu einer rein politischen Versammlung ausmachten - fanden Wahlen zum Präsidium und Zentralausschuss statt. Dabei wurde der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (61) in den Zentralausschuss gewählt, der ihn wiederum zu seinem Moderator (Vorsitzenden) wählte, neben dem ÖRK-Generalsekretär die wichtigste Leitungsperson in diesem Dachverband für rd. 500 Millionen Christen weltweit.

Außerdem gab es fünf thematische Plenen. Dabei stand im Europa-Plenum der Krieg in der Ukraine im Mittelpunkt. Der Vertreter der unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine kritisierte ebenfalls sehr scharf die russische Politik, die sich in eine jahrhundertelange Unterdrückung des ukrainischen Volkes durch Russland einfüge. Repräsentanten der ROK waren nicht als

Redner zugelassen (Im Vorfeld hatte der Zentralausschuss den russischen Angriffskrieg, den der Moskauer Patriarch Kyrill unterstützt, verurteilt, die Suspendierung der Mitgliedschaft der ROK aber abgelehnt, ihr jedoch kein Rederecht auf der Vollversammlung eingeräumt, damit die Ukrainer ihre Situation unwidersprochen darstellen könnten). Die Erwartung, dass es zu bilateralen Gesprächen zwischen den russischen und ukrainischen Delegierten kommen könnte, erfüllte sich nicht. Der Generalsekretär der weltweiten *Evangelischen Allianz* sprach sich für eine Differenzierung zwischen Präsident Putin und der russischen Bevölkerung aus. Es gab auch Warnungen, die ganze Aufmerksamkeit auf den Ukraine-Krieg und die dortige Not zu richten – und die Situation in anderen Krisengebieten der Welt (Afghanistan, Syrien, Sudan, Jemen, Venezuela...) zu übersehen.

Es wurden Resolutionen zum Krieg in der Ukraine, zum Klimawandel und zu den Christen in Nahost verabschiedet. Was letztere betrifft, wurde festgestellt, dass die christlichen Gemeinschaften dort aufgrund von Kriegen und Extremismus besonders gefährdet seien, in Jerusalem sei die „Präsenz und Identität“ des Christentums bedroht (vgl. dazu auch die Statements der libanesischen Schriftstellerin Alawiya Sobh in den „Fundsachen“ in diesem Heft).

Obwohl der Festgottesdienst am 4. September im deutschen Fernsehen live übertragen wurde, und trotz einer deutschen Sonderbriefmarke zur 11. Vollversammlung des ÖRK – erst der dritten auf europäischem Boden - fand diese vergleichsweise wenig Resonanz in den Medien (realistisch betrachtet, kann *imprimatur* dagegen leider wenig ausrichten!). Ihre Außenwirkung wurde als eher gering eingeschätzt, das Hauptergebnis liegt nach der Einschätzung von Volker Hasenauer (KNA) im Abstecken von Themen und Projekten bis zur nächsten Vollversammlung in 8 Jahren und in einer „durchaus eindrucksvollen spirituellen Selbstvergewisserung“. Die geringe mediale Resonanz kommentierte der anglikanische Primas Justin Welby, Erzbischof von Canterbury, nicht ohne Sarkasmus mit: „Vielleicht sollten wir mehr über Sex reden“. (Ob er das in seiner Predigt beim Staatsbegräbnis für Queen Elisabeth II. – das gerade stattfindet, während diese Zeilen geschrieben werden – tun wird, darf eher bezweifelt werden).

Quellen: <https://www.karlsruhe2022.de>;  
Katholisch.de vom 8.9.2022; domradio.de  
09.09.2022; FAZ 19. 9. 2022.

\*\*\*

## Drastischer Autoritätsverlust des Papstes in Polen

In der Zeit vom 2.- 5. Mai 2022 befragte das polnische Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung 1087 erwachsene Polen nach der Autorität von Papst Franziskus in ihrem Leben. Nur 57% der Befragten beantwortete die Frage positiv. 2014 und 2015 waren es noch 83% bzw. 84%. Der drastische Autoritätsverlust des Papstes geht vor allem auf seine Einschätzung des Krieges in der Ukraine zurück, die eine klare Verurteilung des Aggressors Putin vermissen lässt (Th.M.).

\*\*\*

**Pater Stephan Senge**, der letzte Zisterziensermönch in der früheren **Abtei Himmerod** im Salmtal/Eifel, wurde im August 2022 für sein Lebenswerk mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der 1934 in Hannover Geborene trat 1958 in die Zisterzienserabtei ein und wurde 1964 zum Priester geweiht; er betätigte sich als Kursleiter – bekannt für seine bisweilen ungewöhnlichen Meditationsmethoden, z.B. Wälzen im Schlamm -, als Verfasser religiöser Texte und Entwicklungshelfer im Sudan. Er lebt zurzeit noch als einziger Mönch in Himmerod. Im Oktober 2017 hatte die Mehrerauer Kongregation beschlossen, aufgrund des finanziellen und personellen Niedergangs das Kloster aufzulösen. Es wurde an das Bistum Trier übergeben, das – da keine andere Ordensgemeinschaft für den Weiterbetrieb zu finden war – es zu einem Jugendzentrum umgestalten will (Kosten ca. 15 Mio. €), das 2023 eröffnet werden soll. Die bewegte Geschichte von Himmerod – es wurde direkt von Bernhard von Clairvaux gegründet, der selbst den Standort bestimmte; Tochterklöster waren die Abtei Châtillon im Bistum Verdun und Heisterbach im Siebengebirge - endet sinnigerweise mit einem Mönch, der selbst ein sehr bewegtes Leben geführt hat.

\*\*\*

Vom 8.-10. September 2022 fand in Frankfurt a.M. die **4. Vollversammlung des „Synodalen Wegs“** (SW) statt.

Zunächst einiges zur Vorgeschichte: Im Juli d. J. hatte eine neuerliche Kritik des Hl. Stuhls an diesem angeblichen „Sonderweg“ der deutschen Katholiken für ‚Stimmung‘ gesorgt. In einer namentlich nicht gezeichneten schriftlichen Erklärung wurde klar gestellt, die Deutschen seien nicht berechtigt, die Leitungsstruktur der Kirche oder gar die katholische Lehre zu verändern. Diese Erklärung stieß weithin auf Unverständnis und Empörung. Die Präsidentin des ZdK, **Irme Stetter-Karp**, und der Vorsitzende der DBK, **Bischof Georg Bätzing**, wiesen in einer gemeinsamen Erklärung den schlechten Kommunikationsstil und die inhaltlichen Unterstellungen zurück. Andererseits fand die „Klarstellung“ aus Rom auch Unterstützer, z.B. den Augsburger Bischof **Bertram Meier** [der lange Jahre seines Lebens, vom Studium an der Gregoriana an, in Rom verbracht hat, an der Päpstlichen Akademie und im diplomatischen Dienst des Hl. Stuhls – wie soll man da eine Erklärung aus Rom nicht gut finden? Anm. d. Red.] und, wenig überraschend, den ehemaligen Präfekt der Glaubenskongregation, **Kardinal G. L. Müller**. Dieser sagte in einem Interview mit dpa, die Kirche sei von Jesus Christus eingesetzt, und: „Wir haben keine Vollmacht, diese Ordnung zu ändern“. [Anm. d. Red.: So steht's in allen Katechismen! Dazu braucht's eigentlich kein Kardinal-Interview.] Dies brachte wiederum Bischof Georg Bätzing auf die Palme, in einer Predigt wies er, ohne ihn zu nennen, Kardinal Müller zurecht: „Wie kommen durchaus kluge Köpfe heutzutage zu der völlig ungeschichtlichen Behauptung, die Kirche habe keine Vollmacht, ihre Lehre in der Auseinandersetzung mit der Gegenwartskultur ... zu verändern, denn dies bedeute Treulosigkeit gegenüber Christus und seinem Evangelium?“ (FAZ 5.9.2022). [Anm. d. Red.: Falls Bätzing Kardinal Müller tatsächlich für einen ‚klugen Kopf‘ halten sollte, empfehlen wir ihm, die letzte Rezension einer Veröffentlichung von Müller in dieser Zeitschrift zu lesen: „Präfekt der Glaubenskongregation outet sich als Kulturpessimist und schlechter Theologe“ (imprimatur 4/2016); nicht nur weil er von Papst Franziskus abgesetzt wurde, übergehen wir sei-

ne theologischen Äußerungen seitdem mit Schweigen. Ein Münchner, allerdings evangelischer Professorenkollege von Müller bescheinigte ihm schon damals „wenig Sachkenntnis“: „Man hätte sich den Präfekten der Glaubenskongregation gern theologisch gebildeter vorgestellt“, FAZ 8. 10. 2016]. Bischof Bätzing erhielt Unterstützung, ausgereicht aus Rom, von keinem Geringeren als **Kardinal Mario Grech**, der im Auftrag des Papstes die Weltbischofssynode im Herbst 2023 zum sog. Synodalen Prozess (!) – nicht „Weg“! – organisiert. Er wies die Offenen Briefe, in denen die Polnische und die Nordische Bischofskonferenzen schwere Vorwürfe gegen ihre deutschen Mitbrüder wegen des SW erhoben hatten, als „öffentliche Denunziation“ zurück. Auch Rückmeldungen aus der Weltkirche zum Synodalen Prozess zeigen, dass die Deutschen keineswegs auf einem Sonderweg unterwegs sind, sondern dass die hier diskutierten Probleme auch in anderen Ortskirchen, etwa in Irland, Belgien, der Schweiz, virulent sind (vgl. FAZ 8.9.2022: Kein deutscher Sonderweg).

Verlauf und Ergebnisse: Angesichts dieser Vorgeschichte war es nicht verwunderlich, dass es auf der Vollversammlung hoch herging. Gleich zu Beginn kam es zu einem Eklat, als ein umfassendes Grundsatzpapier zur Erneuerung der katholischen Sexualmoral mit dem Titel „Leben in gelingenden Beziehungen“ an der Sperrminorität der Bischöfe scheiterte. Eine große Mehrheit der Delegierten stimmte zu, aber weniger als Zweidrittel der Bischöfe. Es kam zu sehr emotionalen Reaktionen, bis hin zu öffentlichen Tränen und dem Auszug einiger unter Protest. Dass nicht der ganze SW scheiterte, wurde verhindert durch Verdoppelung der Redezeit, so dass die Vertreter der konservativen Minderheit ihre Position ausführlicher darlegen – und teilweise auch ändern! – konnten. Außerdem rief der Bischofskonferenz-Vorsitzende Bätzing in einem überraschenden Manöver vor heiklen Abstimmungen die Bischöfe zu separaten Beratungen hinter verschlossenen Türen zusammen. So konnten, begleitet von Geschäftsordnungsdebatten, schließlich doch „zum Teil weitreichende Vorschläge [! - an den Papst zur Prüfung, keine eigenständigen dogmatischen Äußerungen] zur Änderung an der kirchlichen Lehre und Ordnung“ beschlossen werden (Ludwig Ring-

Eifel, PL 18. 9. 2022). Sich im Einzelnen damit zu befassen, lohnt sich wohl erst nach der Prüfung durch Rom.

Ein Beschluss, der keiner Prüfung durch Rom bedarf, betrifft den sog. Synodalen Rat, ein neues, mit Bischöfen und Laien besetztes Leitungsorgan, das als „Beratungs- und Beschlussorgan ... Grundsatzentscheidungen von überdiözesaner Bedeutung zu pastoralen Planungen, Zukunftsfragen und Haushaltsangelegenheiten der Kirche“ trifft. Es soll mittelfristig den SW auf Dauer stellen, ein Synodaler Ausschuss soll zunächst in den kommenden drei Jahren über seine konkrete Ausgestaltung beraten. Der Ausschuss soll zugleich über alle Grund- und Handlungstexte befinden, die der SW nicht mehr abschließend beraten wird. „Weg“ – „Ausschuss“ – „Rat“ – der Synodale Weg ist dabei sich zu perpetuieren, Synodalität das Stichwort der Stunde! Ein starkes Argument für dieses neue Leitungsgremium war, dass ja Papst Franziskus eine „chiesa sinodale“ wolle. Das hinderte die konservative Minderheit, hinter dem Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer, nicht an der Ablehnung, mit Berufung wiederum auf Franziskus' Aussage, dass eine evangelische Kirche in Deutschland genug sei. Bischof Helmut Dieser hielt dem entgegen: „Wir brauchen die Konservativen. Aber sie machen ihre Sache nicht gut genug“.

Nachgeschichte: Zur Ermutigung des Synodalen Wegs fand am 24./25. September 2022 in Köln ein von der KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* initiiertes und organisierter **KirchenVolksKongress** statt. [Anm. d. Red.: *imprimatur* gehörte zu den Mitwirkenden bzw. Unterstützern, konnte aber, nicht nur wegen unseres Alters, nicht vor Ort, in der Jugendherberge Köln-Deutz, mitwirken. Unterstützung leisten wir durch diesen Kurzbericht.] Das Motto lautete: *Wir gehen schon mal voran – für eine synodale Zukunft der Kirche*. Das einstimmig verabschiedete *Gemeinsame Wort* ist eine Selbstverpflichtung, richtet sich an die Kirchenleitenden und soll auch die Mitwirkenden des SW ermutigen. Es fordert zur Verankerung des Prinzips der Gewaltenteilung eine „Charta der Grundrechte“ in der katholischen Kirche.

Der Kongress fand unmittelbar vor der **Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe** statt, die gegenwärtig (27.9.)

noch andauert. Schwerpunkt der Beratungen ist u.a. der Fortgang des SW, dem ein halbtägiger Studientag gewidmet sein wird – nach dem von der konservativen Minderheit der Bischöfe beinahe provozierten Scheitern. Der Vorsitzende der DBK, Georg Bätzing, kritisierte konservative Bremsen im Vatikan. In seiner Eröffnungspredigt sagte er wörtlich: „In vieler Hinsicht halte ich ein einfaches ‚Weiter so‘ für höchst gefährlich.“

[Anm. d. Red.: Auch bei imprimatur wird es kein einfaches ‚Weiter so‘ geben; siehe „Introitus“ in diesem Heft.]

\*\*\*

## Probleme mit dem Priester-nachwuchs auch in Polen

Auch das katholische Polen bleibt von einem zunehmenden Mangel an Priester-nachwuchs nicht verschont. So sah sich der Bischof von Bydgoszcz (Bromberg) genötigt, das Priesterseminar zu schließen, nachdem sich 2022 kein einziger Bewerber um den Eintritt in das Seminar beworben hat und er nur einen Neupriester in seiner Kathedrale weihen konnte. Er traf sich mit der Seminarleitung, mit den 25 am Seminar lehrenden Professoren sowie mit den neun verbliebenen Alumnen und traf nach den Gesprächen die Entscheidung, das Seminar zu schließen. Die neun noch im Priesterseminar vorhandenen Alumnen werden an der Posener Universität ihr Studium beenden und nach ihrer Weihe in der Diözese Bydgoszcz ihren priesterlichen Dienst antreten.

Die Lage ist in anderen Bistümern ähnlich. Auch in drei weiteren Diözesen gab es in diesem Jahr keinen neuen Priesteramtskandidaten. In Olsztyn (Allenstein) gab es erstmals seit 1950 keine Priesterweihe. Die vor sechs Jahren ihr Studium begannen, haben allesamt das Priesterseminar vorzeitig verlassen. Im Laufe von 20 Jahren fiel in Polen die Zahl der Priesterberufe um 60%. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. (Th.M.)

\*\*\*

## Fundsachen

### SPRÜCHE DER LEUTE

Wer weiß  
Wer weiß, wofür das gut ist  
Vielleicht ist doch etwas dran  
Manchmal kann es nicht schaden, aber man soll's nicht übertreiben  
Man soll die Kirche im Dorf lassen  
Man kann nie wissen  
Man tut, was man kann – wer weiß, wofür das noch gut ist

Kein Problem!  
Alles klar!  
Das bringt nichts  
Das kann man vergessen  
Das Leben geht weiter  
Was soll's!  
Mach dir keine Gedanken!  
Man soll nicht alles glauben, was die Leute sagen  
Schönen Abend noch!

Wie das Leben so spielt  
Man lebt nur einmal  
Man wird älter  
... sag ich mal  
Was weg ist, ist weg  
Was kann man machen?  
Was nicht geht, geht nicht  
Damit kann ich leben  
Pass auf dich auf!

Quelle: Heinz Robert Schlette, Skeptische Religionsphilosophie. Zur Kritik der Pietät, Freiburg 1972, S. 9; ders., Kleine Metaphysik, Frankfurt 1990, S. 7; ders., Mit der Aporie leben. Grundlegung einer Philosophie der Religion, Frankfurt 1997, S. 9.

\*\*\*

### Die libanesische Schriftstellerin Alawiya Sobh zur Situation der Christen im Nahen Osten, speziell Libanon:

*Angst habe ich nicht um mich selbst... Ich mache mir ernste Sorgen um die verbliebenen Christen im Libanon, nachdem viele von ihnen in den Westen ausgewandert sind und sie hier zu einer Minderheit wurden. Nach der Explosion im Hafen von Bei*

---

*rut [am 4. Aug. 2020, bei der weite Teile Beiruts zerstört wurden. Red.] sind wieder Tausende von ihnen gegangen. Deshalb mache ich mir Sorgen um das religiöse Gleichgewicht in diesem Land, denn die zivilisatorische Auszeichnung Libanons verdankt sich vor allem diesem Gleichgewicht und der Anwesenheit von Christen.*

*Außerdem mache ich mir Sorgen um die Kinder im Libanon, die ohne Essen, Trinken, Milch, Medikamente, Impfstoffe, Krankenhäuser und Schulen sind. Ich fürchte um die enttäuschten Mädchen und die jungen Männer...*

Quelle: FAZ 16. Juli 2022, S. 18; Alawiya Sobh wurde durch ihren ersten Roman „Marjams Geschichte“ 2002, dt. Übersetzung bei Suhrkamp 2010, berühmt. Seitdem hat sie drei weitere Romane veröffentlicht, zuletzt „Das Leben lieben“, das in der arabischen Welt weithin verboten wurde. – Zum Thema siehe auch die Resolution der 11. Vollversammlung des ÖRK „Christen in Nahost“, vgl. unseren Kurzbericht in Personen – Fakten – Trends, S. ?

\*\*\*

Benno Rech

## **Die Glosse**

---

Lieber Sozi-Sepp,

das hier dürfte der letzte imprimatur-Brief an Dich, meinen geachteten Kameraden auf der anderen Seite meiner Welt, sein. Ich bin nicht schreibensmüde, ich bin wie unsere gesamte Redaktion alt geworden. So hören wir nicht aus Verdruss auf, sondern aus Einsicht!

Mich hat das aufgemöbelt, wenn ich mich gefragt habe, was Dich als Gewerkschafter an dem Treiben in unserer Kirche interessieren könnte. Natürlich habe ich oben drein immer im Visier gehabt, wie ich Dir Deinen katholischen Rücken für den har-

ten Kampf in der stürmischen See des Gewerkschafterlebens stärken könnte, so wie Du mir meine ausschließlich katholische Sicht der kirchlichen Verhältnisse aufgebrochen hast. Sepp, ich glaube, wir haben uns lebenslang einander geholfen.

Du bist Rentner, ich bin Rentner. So ist die Zeit reif dafür, dass wir abtreten, und die Geschäfte in die Hände der Jungen geben. Ab jetzt schreiben wir uns nur noch privat, über Fußball oder besser, wir telefonieren miteinander. Das ist zudem billiger als wie die Briefmarke.

Halt Dich morgen für das erste Telefonat bereit.

Herzlich

Dein Freund Joseph,

P.S.: Wenn wir morgen mit dem Telefonieren beginnen, könnten wir gleich mal in dem, dass wir unseren Senf zu dem Fernsehinterview von Friedrich Merz dazugeben. Der hat nämlich die Ukraineflüchtlinge als „Sozialtouristen“ diffamiert, und das vor den Zuschauern der ARD als Position der CDU, der wahren Christen im Land, propagiert, als wenn die Not in der Heimat sie zu Touristen gemacht hätten, die Haus und Hof, die Heimat also verlassen hätten, um uns auf Pelle zu rücken.

Die Themen werden uns nicht ausgehen!

\*\*\*